

REZENSIONEN

JGO 67, 2019/2, 298–300

Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur

Hrsg. von Dan Diner.

Leiden: Brill, 2016. = Brill Online Reference Works. ISBN: 2468-2845. URL: <http://referenceworks.brillonline.com/browse/enzyklopaedie-judischer-geschichte-und-kultur>.

Seit Februar 2017 liegen nach dem Erscheinen des abschließenden Registerbandes nun alle sieben Bände der *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur* (EJGK) in gedruckter Form vor, seit vielen Jahrzehnten das erste Nachschlagewerk zur jüdischen Geschichte in deutscher Sprache. Als Online-Enzyklopädie stellt Brill es bereits seit 2016 gegen Bezahlung zur Verfügung. Der Herausgeber Dan Diner, unter dessen Ägide das umfangreiche Werk seit 2007 am Simon-Dubnow-Institut in Leipzig als Teil des Akademieprojekts „Europäische Traditionen – Enzyklopädie jüdischer Kulturen“ (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig) entstand, ist sich der mehrfachen Geschichtlichkeit dieses Augenblicks wohl bewusst. Nicht von ungefähr findet sich im Vorwort zum 1. Band eingangs der Hinweis, dass Enzyklopädien immer auch Schwellenwerke seien, die als Antwort auf Veränderungen im historischen Bewusstsein zu lesen sind. Ein solcher Wandel im Gedächtnis sei vor allem auf den Holocaust zurückzuführen, der *das* einschneidende Ereignis jüdischer Geschichte bleibe, zugleich aber nahezu ein Menschenleben zurückliege – Zeit genug, um innezuhalten und neue Schlaglichter auf „Geschichten und Kulturen der Juden“ (Einführung) zu werfen.

Die Erinnerung und das mit ihr eng verbundene Konzept des *lieu de mémoire* nehmen daher einen besonderen Platz innerhalb der EJGK ein, für deren Zusammenstellung vor allem Orte und Texte (und weniger einzelne Akteurinnen und Akteure) konstitutiv sind. Beide appellieren ganz bewusst an die Assoziationsfähigkeit der Leserin und des Lesers, indem sie auf das Nicht-Statische, das Punktuelle jüdischer Existenz abzielen und dieses abzubilden suchen. Diese Herangehensweise bedeutet indes nicht, dass sich die EJGK nicht in der Tradition enzyklopädischer Kanonbildung sähe, wenn auch nicht in klassischer Weise, sondern im Sinne einer „dekonstruktivistischen Verfremdung“ (Einführung). Diese steht in direktem Bezug zu den fragilen Lebenswelten der verschiedenen Judenheiten, die in vielerlei Hinsicht die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen verkörpern, indem sie einerseits vormoderne Deutungsmuster tradierten und andererseits bereits in der Moderne postmoderne Erfahrungen vorwegnahmen. Dem Phänomen der Auflösung in seinen verschiedenen Spielarten als Verflüchtigung, (An-)Verwandlung und Verschiebung wendet die EJGK deshalb besondere Aufmerksamkeit zu.

Unverkennbar spiegelt die Anlage des Werks Forschungskonzepte und -ideen des Herausgebers Dan Diner wider, so vor allem „imperiale Residuen“ als Verlängerungen genuin jüdischer Erfahrungen von Transterritorialität und Mehrsprachigkeit in die Neuzeit sowie die „sekundäre Konversion“ als Transformation jüdischer religiöser Tradition und Identität, ohne dass diese selbst aufgegeben würden. Die etwa 800 Lemmata, deren geographische Spannweite über Europa und den amerikanischen Kontinent hinausreicht und den Zeitraum von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts umfasst, stammen hingegen aus der Feder eines internationalen Teams, in

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

dem bekannte Namen ebenso wie Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler vertreten sind.

Eine detaillierte Würdigung der Enzyklopädie scheint aufgrund ihrer thematischen Breite und Präsentationsdichte ausgeschlossen. Die im Folgenden ausgewählten Beispiele, die als Einblick in den Aufbau und die Funktionsweise der EJGK gedacht sind, bleiben daher notwendigerweise auf die Kenntnisse und Interessen der Rezensentin beschränkt. Als Teil einer Besprechung für eine Zeitschrift mit Fokus auf dem östlichen Europa vernachlässigen sie zudem den ganzheitlichen Anspruch des Werks, das sich deutlich von osteuropaspezifischen Angeboten, wie der *YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*, abhebt.

Schlägt man die EJGK auf, so fallen zwei Besonderheiten auf: Zum einen fehlen Personeneinträge völlig, zum anderen scheinen einige mehr als naheliegende Lemmata nicht vorhanden respektive unvollständig. So verzeichnet das Nachschlagewerk auf den ersten Blick weder einen eigenen Eintrag zu Gender-Aspekten im Judentum, noch erwähnt beispielsweise der Eintrag zu Wilna das YIVO als zentrale ortsansässige jiddischsprachige Forschungs- und Lehreinrichtung in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Tatsächlich findet sich beides, eine Einführung in Fragen der jüdischen Geschlechterhierarchie ebenso wie ein vorzüglicher Überblick über das YIVO, in der Enzyklopädie: Ersteres subsumiert unter dem bildlichen Lemma der „Mehiza“ (JUDITH R. BASKIN), der synagogalen Trennwand zwischen Männern und Frauen, zweites als eigener Eintrag (SAMUEL D. KASSOW), allerdings ohne entsprechenden Verweis im Artikel auf „Wilna“. Dieser beschäftigt sich hauptsächlich mit der Bedeutung Wilnas für die jüdische Welt in der Frühen Neuzeit und – in engem Zusammenhang damit – mit der Person und Wirkungsgeschichte Elia ben Salomos, des berühmten Gaon von Wilna.

Wie die Einleitung verrät, war es in vielen Fällen Absicht des Herausgebers sowie der Autorinnen und Autoren, eine eindeutige Sachzuweisung eines Eintrags zu vermeiden und stattdessen gewissermaßen ein *pars pro toto* als Artikelüberschrift zu wählen – ganz im Einklang mit dem Prinzip, mit der Vielschichtigkeit und Uneindeutigkeit des zu beschreibenden Wissensstandes zu spielen. So ist etwa die in der Literatur seit Shakespeare häufig anzutreffende Figur der „schönen Jüdin“ unter dem Lemma „Deborah“ (HANS-JOACHIM HAHN) eingeordnet – einem erfolgreichen Theaterstück von Salomon Hermann Mosenthal aus dem Jahre 1848, das die Möglichkeiten und Grenzen einer interkonfessionellen Liebesbeziehung im Österreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts auslotet. Diese Anordnung ist reizvoll und weckt die Neugierde der Leserin bzw. des Lesers, gerade weil sich die EJGK damit nicht als Nachschlagewerk im „klassischen“ Sinne präsentiert – eine Herangehensweise, die angesichts der Omnipräsenz des Internets vermutlich auch gar nicht sinnvoll wäre.

Sie wird jedoch problematisch, wenn es um wichtige Akteure der jüdischen Geschichte geht, die, wie etwa der erwähnte Gaon von Wilna, hinter einzelnen Lemmata „versteckt“ werden. Ganz offensichtlich wollte man nicht gänzlich auf gewohnte Personeneinträge und Biogramme verzichten und verknüpfte sie daher mit zentralen Orten und Werken. Im letzteren Falle scheint dies häufig einleuchtend, etwa, wenn der sehr lesenswerte Artikel zu Isaak Babels „Reiterarmee“ (GREGORY FREIDIN), zweifellos einem Schlüsselwerk für die Geschichte der Juden in der frühen Sowjetunion, die Entstehungsgeschichte des Erzählzyklus' mit der Biographie Babels verwebt. Weniger plausibel ist dieses Darstellungsprinzip jedoch im Falle von Orten, so etwa, wenn „Prag“ (SAUL FRIEDLÄNDER, STEFAN HOFMANN) in der Person Franz Kafkas verdichtet respektive auf sie verengt wird. Hier scheint der in metaphorischer Hinsicht überzeugende Zugang über „Erinnerungsorte“ eine

Statik zu generieren, die den Inhalt des Lemmas auf (allzu) Erwartbares reduziert: in diesem Falle auf den deutsch-tschechischen Nationalitätenkonflikt als scheinbar unentrinnbares Dilemma für die jüdische Bevölkerung in den böhmischen Ländern, für das Leben und Werk Franz Kafkas geradezu emblematisch seien. Dass die Enzyklopädie bei dieser Sicht nicht stehen bleibt, sondern sehr wohl in der Lage ist, Differenzen aufzuzeigen und weiterführende Denkanstöße zu geben, belegen die mit „Prag“ inhaltlich verbundenen Einträge zu den „Českožidovské listy“ (TATJANA LICHTENSTEIN), dem wichtigsten politischen Periodikum der tschechojüdischen Bewegung, das bei seinen Leserinnen und Lesern Ende des 19. Jahrhunderts für eine Integration in die tschechischsprachige Gesellschaft warb, sowie zu „Liblice“ (INES KOELTZSCH). Auf dem unweit von Prag gelegenen Schloss fand 1963 im Rahmen einer internationalen Konferenz anlässlich des 80. Geburtstags von Kafka erstmals in der Tschechoslowakei eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem nach 1939 vernichteten Prager jüdischen Erbe statt. Zugleich gilt die Tagung als wichtiger Meilenstein für den späteren „Prager Frühling“.

Diese und ähnliche „Aufgliederungen“ machen ein gewisses Vorwissen für die Benutzung der EJGK unabdingbar, auch wenn gerade die Online-Ausgabe der Enzyklopädie hier zahlreiche Möglichkeiten böte – so vor allem durch die Volltextsuche sowie durch eine vertiefende Verlinkung –, die bislang allerdings nur teilweise ausgeschöpft werden. In jedem Falle ist die *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur* ein Thesaurus im besten Sinne des Wortes – ein reicher Wissensspeicher, der eine anregende und zugleich „ausgreifende“ Lektüre verspricht.

MARTINA NIEDHAMMER

München

JGO 67, 2019/2, 300–302

Jan Arend

Russlands Bodenkunde in der Welt. Eine ost-westliche Transfergeschichte 1880–1945

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017. 314 S., 4 Abb., 3 Ktn. = Schnittstellen. Studien zum östlichen und südöstlichen Europa, 6. ISBN: 978-3-525-30112-8.

Auf wenigen Feldern hat Russland die Wissenschaft nachhaltig bereichert. Die Bodenkunde oder Pedologie war dabei nicht nur ein herausragendes Teilgebiet naturkundlicher Forschung. Mit einigem Recht kann auch festgestellt werden, dass diese Disziplin von der russischen Forschung erst geschaffen wurde. Die Münchener Dissertation widmet sich dabei dem speziellen Aspekt des Wissentransfers in ost-westlicher Richtung, der sich auf die Zeit zwischen den Weltkriegen konzentrierte und der jungen Disziplin im Westen wesentliche Hilfe zu ihrer Etablierung leistete. Diese wurde gleichwohl erst gegen Mitte des 20. Jahrhunderts erreicht. Anstoß für die Erforschung der Böden im europäischen Russland waren Missernten und daraus folgende Hungersnöte insbesondere seit 1890. Sie veranlassten die Regierung zu wissenschaftlich fundierten Maßnahmen. Um 1900 etablierte sich die russische Bodenkunde als eigenständige, von der Geologie und Landwirtschaftschemie

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

(im Text: Agrikulturchemie) unabhängige Wissenschaft. Dabei konzentrierte sich ihr Begründer, Vasilij Dokučev (1846–1903), auf die russischen Verhältnisse und erstrebte keine Verbreitung seiner Erkenntnisse und Ideen im Ausland. Das leisteten dann vor allem im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts seine Schüler und Nachfolger, die Dokučevs Werke in fremde Sprachen übersetzten, seine Kategorien ausbauten und so den eigentlichen Impuls zum Transfer auslösten.

Der Verfasser macht als hauptsächliche Rezipienten der russischen Bodenkunde zum einen Mitteleuropa, d. h. vorzüglich Deutschland, und zum anderen die Vereinigten Staaten aus, womit er auch wichtige Vergleichsländer für seine Studie wählt. Ansätze einer Bodenkunde gab es dort auch schon vor dem russischen Transfer. In den als Vergleichsobjekt wegen ausgedehnter Prärielandschaften besonders geeigneten USA bestanden diese Vorläufer in der wissenschaftlichen Begleitung ausgedehnter Besiedlungs- und Kolonisationsprojekte seit dem späten 19. Jahrhundert, in Deutschland seit dem Entstehen der Landwirtschaftschemie.

Die Eigenart der von Dokučev wesentlich vorformulierten Bodenkunde bestand in wenigen methodischen Grundsätzen: eine ganzheitlich-wissenschaftliche Untersuchung von Böden, die nicht zweckgebunden für die Landwirtschaft war, und, damit zusammenhängend, die Betonung von „bodenbildenden Faktoren“ wie Bodengenese, Geologie, Klima etc., also die Erfassung einer Vielfalt von Einflüssen, die die russische Bodenkunde auch später gegen stark verkürzende, meist auf die praktische Anwendung zielende Sichtweisen verteidigte.

Die Kontroverse drehte sich dabei um zwei konkrete Fragen: um die Nomenklatur der Bodentypen und die Kartierung bzw. Klassifikation von Böden. Hier rieben sich die Bodenkundler an den landwirtschaftlichen Praktikern, denen das wissenschaftliche System zu detailgesättigt, kompliziert und unverständlich schien, weshalb sie es als für ihre Zwecke unnützlich ansahen. Obwohl die deutschen Bodenkundler früher und stärker vom russischen Transfer erfasst wurden, dessen Ideen sie – in gewisser Fortführung der russischen Linie – weiterentwickelten, konnten sich die amerikanischen Bodenkundler, die solche Ideen annahmen, politisch früher durchsetzen: Wegen der Folgen der Bodenerosion Mitte der dreißiger Jahre („dust bowl“) wurde in den USA eine spezielle Bodenschutzkommission eingesetzt. Allerdings klammert hier der Verfasser das Einwirken der bodenkundlichen Einflüsse der russisch-sowjetischen Forschung auf die amerikanische Bodenkunde aus (S. 177–206) und behandelt das Kapitel als inneramerikanischen Diskurs.

Der Verfasser setzt bei seiner quellengesättigten Darlegung Schwerpunkte und veranschaulicht den Transfer anhand zweier internationaler Konferenzen, 1927 in Washington und 1930 in Leningrad, sowie anhand zweier Kontroversen in den USA und in Deutschland ab 1935. Was mit der sowjetischen Bodenkunde in den dreißiger Jahren geschah, als infolge der Kollektivierung Missernten und Hungerkatastrophen auftraten, während die russischen Bodenkundler in der sowjetischen Wissenschaft doch scheinbar festen Boden unter den Füßen hatten, wird nur am Anfang und Schluss gestreift. Dass sich ihre Transfertätigkeit infolge der zunehmenden (Selbst-)Isolierung des Staates einschränkte, ist vorstellbar. Der führende amerikanische Bodenkundler hatte nach der Teilnahme an der Leningrader Konferenz zwar das große Entwicklungspotenzial der russischen Böden und der sowjetischen Agrarwirtschaft seiner Regierung bekundet, die im Sowjetstaat einen aufstrebenden Konkurrenten auf dem Exportmarkt für Getreide witterte. Dass mit dem sozialen Gewaltakt eine Versorgungskatastrophe ausgelöst wurde, die über zwei Jahrzehnte andauern würde, lag den in einem naturwissenschaftlichen Determinismus befangenen Bodenkünlern auch in den USA fern.

Arends Wissenschaftsgeschichte richtet sich nicht nur an die Osteuropaforschung. Nützlich dürfte sie auch für weitere natur- und technikwissenschaftliche Disziplinen sein, und so ist zu begrüßen, dass russische Literaturtitel und Fachbegriffe ins Deutsche übersetzt sind. Neben der Medizin(-forschung) als intensives Kooperationsfeld Russlands und Mitteleuropas bis zur Stalinzeit eröffnet Arend mit der russischen Bodenkunde in ihren führenden Jahrzehnten (von 1900 bis ca. 1930) ein weiteres Kapitel einer wissenschaftlichen Verflechtungsgeschichte. Vielleicht hätte dazu auch die Erwähnung einiger wissenschaftlich abgesegneter Großprojekte des frühen Sowjetstaats gehört, sicher aber die Frage des Umwelt- bzw. Bodenschutzes. Dass die russisch-sowjetische Bodenkunde nach 1930 kaum mehr Impulse ins Ausland vermittelte, lag an der wissenschaftsfeindlichen Ideologisierung in den totalitären Staaten, an der Kriegs- bzw. Nachkriegssituation, aber auch an einer gewissen wissenschaftlichen Sättigung nach der internationalen Rezeption der russischen Grundlagen, die in etwa drei Jahrzehnten bis 1920 geschaffen worden waren.

REINHARD NACHTIGAL

Freiburg i. Br.

JGO 67, 2019/2, 302–304

Dmitrij I. Antonov / Michail R. Majzul's

Anatomija ada. Putevoditel' po drevnerusskoj vizual'noj demonologii

[Anatomie der Hölle. Reiseführer in die altrussische visuelle Dämonologie]

Vtoroe izdanie [2. Aufl.] Moskva: Forum, 2015. 239 S., zahlr. Abb.

ISBN: 978-5-91134-842-7.

„Wir wissen hierzuland nur unvollkommen, Was in der Hölle Mod[e] ist“, sagt der Richter im *Zerbrochenen Krug* des Heinrich von Kleist. Dank der Moskauer Historiker Dmitrij Antonov und Michail Majzul's wissen wir jetzt, dass die altrussischen Dämonen – genauso wie die Sünder und die Bösen – sich nicht wie bei Kleist durch Perücken von den anderen unterscheiden, sondern durch ihre gestäubten Haare. Diese Vorgabe bildlich umzusetzen, war besonders schwierig, wenn die Bösen eine Kopfbedeckung trugen. Dann ließ der Künstler die vertikal stehenden Haare oder Federn auf dem Helm wachsen, wie es bei den Kriegerern geschah, die Fürst Svjatopolk zur Ermordung seines Bruders schickte (Miniatur aus dem handschriftlichen Sammelband von Sil'vestr, 14. Jahrhundert, S. 72). Gerade solche Bilder sind ohne Kommentar einer Historikerin oder eines Historikers schlicht nicht lesbar. In diesem Sinne bietet das Buch von Antonov und Majzul's eine Einführung in die Ikonographie des Bösen. Man kann es mit dem ikonographischen Handbuch von Alfredo Tradigo vergleichen, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde und fast in jedem Museumshop in Europa erhältlich ist (Alfredo Tradigo: *Ikonen. Meisterwerke der Ostkirche*. Berlin 2005).

Im Zentrum des Buches steht also die Ikonographie, die mit Hilfe schriftlicher Quellen erörtert und kommentiert wird. Die Autoren beweisen noch einmal, dass der von Evgenij Trubeckoj geprägte Begriff der „Theologie in Farben“ keineswegs eine Metapher darstellt: Die Entwicklung der Ikonographie zeichnet sich durch eine gewisse Autonomie gegenüber der Entwicklung des theologischen

Diskurses aus. Man sollte eher von einer komplexen Interaktion zwischen der Ikonographie und der theologischen Polemik sprechen. Besonders deutlich wird das durch das Beispiel der Moskauer Miniaturen, Fresken und Ikonen des 17. Jahrhunderts, die die Dämonen als Peiniger darstellen. Gerade in dieser Zeit entwickelten die Moskauer Theologen eine erbitterte Polemik gegen ihre ukrainischen Kollegen, besonders gegen Kirill Trankvillion-Stavroveckij, dem sie Phantasie bei der Darstellung der höllischen Qualen vorwarfen. Den Moskauer Theologen zufolge gehörten der Satan und seine Knechte selbst zu den Gestraften und hatten deswegen keine Machtbefugnisse in der Hölle (S. 20).

Die Autoren belegen zwei wichtige ikonographische Entwicklungen. Zum einen zeigen sie auf, dass die Dämonen, die ursprünglich als widerliche anthropomorphe Figuren mit gestäubten Haaren dargestellt wurden, seit dem 17. Jahrhundert mehr und mehr animalische Merkmale (z. B. Hörner) erhielten. Dem Autorenteam zufolge fand diese Entwicklung unter dem Einfluss des lateinischen Teils Europas statt (S. 35). Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden den Dämonen manchmal die Züge von Tieren, Vögeln und Drachen verliehen, wie sie bei den monströsen Höllenbewohnern auf der Ikone „Letztes Gericht“ zu sehen waren, die für die Carevna Marfa Alekseevna angefertigt wurde (S. 20–22, 194–195).

Gleichzeitig fand auch eine andere Entwicklung statt: Der Tod, zuerst als nackte, blasse menschliche Figur dargestellt, bekam die Züge eines Knochenmannes, was auch als Okzidentalisation der Ikonographie interpretiert werden kann. Antonov und Majzul's verfolgten auch andere ikonographische Typen – Hades als alter Mann, Satan mit Judas auf den Knien, der wohlthätige Sünder. Die ikonographische Entwicklung wird dabei vorbildlich dokumentiert, die Autoren geben immer genaue Hinweise auf die Signaturen der Handschriften, aus denen die Miniaturen stammen.

Leider sind die Autoren beim Umgang mit den schriftlichen Quellen nicht so gründlich. Die Behauptung, dass die Beschreibungen des Jenseits in der altrussischen Literatur als Nachahmung der Beschreibungen von Wallfahrten ins Heilige Land entstanden, widerspricht der Chronologie der Werke und ist allgemein nicht zutreffend.

Einige Informationen sind ohne Angabe der Quelle aufgeführt – z. B., die Erwähnung eines Druckes aus dem Jahr 1793, auf dem Dämonen die Seele von Charlotte Corday, der Mörderin von Jean Paul Marat, in die Hölle bringen. Die Existenz eines solchen revolutionären Propagandadruckes, auf dem die Verehrung Marats, des „Freundes des Volkes“, mit der christlichen Symbolik verknüpft sein soll, ist eher fragwürdig.

Eine Liste der Quellen und der verwendeten Literatur fehlt, und so bleibt unklar, ob die Autoren wichtige Titel berücksichtigt haben (z. B. *Himmel, Hölle, Fegefeuer. Das Jenseits im Mittelalter*. Katalog zur Ausstellung des Schweizerischen Landesmuseums in Zusammenarbeit mit dem Schnütgen-Museum und der Mittelalterabteilung des Wallraf-Richartz-Museums der Stadt Köln. Hrsg. von Peter Jezler. Zürich 1994; Aleksej I. Alekseev: *Sjužet „zmeja mytarstv“ v kompozicii russkich ikon „Strašnogo suda“*, in: *Cerkovnaja archeologija*. S.-Peterburg 1998. Vyp. 4, S. 13–17).

Insgesamt bleiben drei kritische Punkte anzumerken. Erstens führt die Breite des Themas die Autoren wiederholt dazu, einen Aspekt anzukündigen, ohne dann weiter auf ihn einzugehen. Ein Beispiel hierfür ist das Thema „Darstellung von Gewalt“. Die Qualen der Sünder in der Hölle gaben den altrussischen Malern die sonst eher seltene Möglichkeit, die zeitgenössischen Gewaltpraktiken abzubilden (als Pendant dazu dienen Darstellungen von Heiligenmartyrien). Die Autoren geben dem Kapitel einen vielversprechenden Titel („Gewaltraum“, S. 169) und vergleichen die peinigenen Dämonen mit den Henkern und Folterknechten des frühneuzeitlichen Moskauer Reichs. Mei-

ner Meinung nach verweisen jedoch viele Bilder auf illegale, nichtstaatliche Gewalt, nämlich auf die Gewalt von Kriminellen oder Söldnern. Zugunsten einer solchen Vermutung sprechen die von den Autoren ausgesuchten Bilder, die manchmal sexualisierte Gewalt zeigen (S. 181, 189). Auf die umfangreiche Literatur zur Anthropologie der Gewalt wird dabei nicht eingegangen (z. B. R. Muchembled: *A History of Violence. From the End of the Middle Ages to the Present*. Cambridge 2012; J. Babrowski, G. Metzler: *Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*. Frankfurt/Main 2012).

Zweitens stammen die Miniaturen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die im Buch abgebildet sind, aus der altgläubigen Tradition. Die Autoren hätten hier mehr auf die Besonderheit dieser Tradition eingehen sollen, um beim Leser nicht den irreführenden Eindruck zu erwecken, dass es sich dabei um die einfache Fortsetzung der altrussischen Kultur in moderner Zeit handelt. So bleiben die subversiven Tendenzen dieser Bilder durch die Autoren unkommentiert, etwa wenn auf einer Miniatur aus einem altgläubigen Florilegium (*cvetnik*) ein Bischof inmitten von Sündern zu sehen ist und auf einer anderen ein Mönch und zwei junge Zaren (!) in der gleichen Gesellschaft (S. 138).

Drittens sollten die ikonographischen Typen und die individuellen künstlerischen Schöpfungen besser voneinander getrennt werden. Die Miniatur des 18. Jahrhunderts, auf der Arius und die Mitglieder seines Pseudokonzils als Hundeköpfige dargestellt wurden, ist faszinierend (S. 198). Bezieht sich diese Ikonographie auf eine Tradition oder ist sie neu? Könnte dieses Animalisieren eine Veränderung in der Wahrnehmung der Ketzerei widerspiegeln? Auf alle diese Fragen geben die Autoren keine Antwort. Meiner Meinung nach handelt es sich eher um ein individuelles Kunstwerk als um eine ikonographische Tradition. Arius wird sonst immer als Mensch dargestellt. Allerdings weist eine altrussische Ikone aus dem 17. Jahrhundert (Staatliches Historisches Museum, Moskau), auf der der Heilige Nikolaus Arius ohrfeigt, einige Analogien mit der Ikonographie der Dämonen, und dies könnte die Argumentation der Autoren stärken.

ALEKSANDR LAVROV

Paris

JGO 67, 2019/2, 304–306

Helmut Altrichter

Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst

2., durchges. und erw. Auflage. Paderborn: Schöningh, 2016. 622 S., 37 Abb., 27 Tab., 10 Ktn. ISBN: 978-3-506-78583-1.

Stephen A. Smith

Revolution in Russland. Das Zarenreich in der Krise 1890–1928

Aus dem Englischen von Michael Haupt. Mainz: von Zabern, 2017. 496 S., 20 Abb., 3 Ktn. ISBN: 978-3-8053-5068-6.

Zu den Vorzügen von runden Jahrestagen wie dem Zentenarium der Russischen Revolutionen 2017 gehört das Privileg, verschiedene Gesamtdarstellungen eines zentralen Vorgangs der Geschichte

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

des 20. Jahrhunderts parallel lesen zu können. Dabei teilen sich nicht nur Einblicke in die Revolutionen in Russland mit. Es eröffnen sich auch Einsichten in die Herausforderung, die die Synthese der Revolutionsgeschichten darstellt, und unterschiedliche Ansätze ihrer Bewältigung. Die Bücher von Helmut Altrichter und Stephen A. Smith könnten dabei auf den ersten Blick kaum unterschiedlicher sein. Altrichter hat sein Buch ursprünglich für den ersten runden Jahrestag der Russischen Revolutionen nach dem Ende des Kommunismus in Osteuropa 1997 geschrieben und nun in einer Fassung wieder vorgelegt, die um ein Kapitel über Jubiläen der Oktoberrevolution in der Sowjetunion erweitert ist. Stephen Smith hingegen hat vollkommen neu angesetzt und eine Überblicksdarstellung eigens für den 100. Jahrestag verfasst. In beide Bücher hat sich auf je eigene Weise ihre Entstehungszeit eingeschrieben.

Altrichters Darstellung schöpft noch aus der Auseinandersetzung westlicher und sowjetischer Historiographien und steht unter dem Eindruck des Endes der Sowjetunion. Dem sowjetischen Narrativ vom Großen Oktober setzt Altrichter eine Darstellung entgegen, deren Revolutionsbegriff sich aus dem Studium der Französischen Revolution 1789 und der Revolution in Deutschland 1848/49 speist. Altrichter operationalisiert seine Einblicke aus dem Vergleich in einem Ansatz, der die Vielzahl unterschiedlicher Revolutionen 1917 betont. Daraus resultiert Altrichters thematisch-analytische Gliederung. Die Kapitel über einen Staat in der Krise, eine Gesellschaft in Aufruhr und ein Vielvölkerreich im Zerfall bilden das Gerüst der Darstellung Altrichters. In seiner Einleitung hebt Smith sehr stark darauf ab, alte Fragen mittels der jüngeren Forschung der zurückliegenden 25 Jahre zu beantworten. Warum ging das Zarenreich unter? Warum scheiterte die Demokratie in Russland 1917? Warum begründete eine zunächst marginale Gruppe von Revolutionären wie die Bolschewiki eine neue Herrschaft? Warum gelangte Stalin an die Herrschaft und baute sie zu einer in Russland nie dagewesenen gewalttätigen Diktatur aus? Smith nennt diese Fragen „in Ehren ergraute Themen“ (S. 9). Die Antworten auf diese Fragen sucht Smith im Umgang der Akteure mit Macht. Die herkömmliche Politik- und Sozialgeschichte der Revolution möchte Smith in einem größeren Blickwinkel auf das Imperium, seine Nationen und Regionen und die Vielschichtigkeit der Akteure und Prozesse im Bürgerkrieg erweitern.

Weitere wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Büchern fallen ins Auge. Altrichter verdichtet in seiner Darstellung das Geschehen im Jahr 1917. Im Kapitel über den Zerfall des Vielvölkerreiches arbeitet er mit Rückblenden in das 19. Jahrhundert. Die Politik- und Sozialgeschichte in den Kapiteln über Staat und Gesellschaft ist jedoch sehr stark auf 1916/17 konzentriert und besticht durch Quellennähe, Informationsdichte und Prägnanz. Altrichters Bericht der politischen Ereignisgeschichte ist dicht, und seine Darlegung der Sozialgeschichte gründet tief in Statistiken jahrzehntelanger gesellschaftsgeschichtlicher Forschungen. Der Fokus von Smith auf den Umgang der Akteure mit Macht – wobei strukturelle Fragen von internationalen Beziehungen, Ökonomie und Gesellschaft stets mit verhandelt werden – bringt demgegenüber einen weiteren Betrachtungszeitraum zustande, der von den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1928 reicht. Von Nikolaus II., Kerenskij, Lenin und Stalin zeichnet Smith dabei eindringliche Portraits. Insgesamt ist Smith eine äußerst elegante Erzählung geglückt, in der der analytische Blick jedoch stets aufgehoben ist. Die jüngere Forschung über Kultur, Gewalt und das Imperium hat Smith gut mit der herkömmlichen Revolutionsgeschichte verwoben. Die Revolution wird bei Smith als Bruch erkennbar, über den hinweg jedoch auch Kontinuitäten und Metamorphosen zu beobachten sind. Im Zarenreich wie in der Sowjetunion war der Staat ein ausgesprochen interventionistischer Staat, der jedoch zahlrei-

chen strukturellen Handlungsbeschränkungen unterworfen war, wie Smith in seinem Schlussteil resümiert. Hier gelingt ihm zum Ende auch eine sehr ausgewogene Diskussion der Bolschewiki als Akteursgruppe. Smith arbeitet die gesamte Erkenntnisbreite der jüngeren Gewalt- und Staliniismusgeschichte in sein Buch ein. Wenn er zum Schluss des Buches jedoch über die Aktualität der Russischen Revolution nachsinnt, kommt er allerdings auch auf die Ideale zu sprechen, die die Bolschewiki als Revolutionäre antrieben. In der Kritik an einem globalisierten Kapitalismus und dem Aggressionspotential moderner Nationen und des Imperialismus sieht Smith Aspekte der Geschichte der Bolschewiki, die unserer Gegenwart durchaus etwas mitteilen. Insofern mag die Geschichte der Russischen Revolution nicht so weit von uns entfernt sein, wie es die Distanz eines Jahrhunderts zunächst vermuten lässt.

Über allen Unterschieden darf zum Schluss eine Gemeinsamkeit der beiden Bücher nicht übersehen werden. Beide Bücher verknüpfen die russozentrische Politik- und Sozialgeschichte mit der Geschichte der Regionen und Nationsbildungen im Imperium. Smith geht auch auf den Wandel der Organisation des imperialen Raumes im Übergang vom Zarenreich zum Sowjetstaat ein. Eine radikale Herausforderung der Revolutionsgeschichte aus Sicht der Regionalgeschichten wie sie Rolf Reichardt für die Französische Revolution geschrieben hat (*Das Blut der Freiheit*), hat für Russland bislang niemand verfasst. Reichardts Darstellung beginnt mit Bauernunruhen in den Regionen Frankreichs, schreitet dann zu französischen Provinzstädten voran, um erst in ihrem letzten Kapitel Paris zu erreichen. So fundamental hat bislang niemand aus dem Kreis der Russlandhistoriographie die auf Petrograd zentrierte Revolutionsgeschichte herausgefordert. Die Suche nach einer ausgewogenen Darstellung der Revolution in Zentrum und Regionen leitet alle Revolutionsgeschichten, auch die von Altrichter und Smith an. Die Frage nach der Verortung der Revolution im Zentrum und in den Regionen, die Auseinandersetzung zwischen imperial, national und regional gerahmten Geschichten ist nur einer von vielen Aspekten, die zeigen, dass ungeachtet der Gedenkroutine im Jahr 2017 die Russische Revolution unverändert auf der Agenda der Geschichtsschreibung stand.

MARTIN AUST

Bonn

JGO 67, 2019/2, 306–309

Philipp Ammon

Georgien zwischen Eigenstaatlichkeit und russischer Okkupation. Die Wurzeln des russisch-georgischen Konflikts vom 18. Jahrhundert bis zum Ende der ersten georgischen Republik (1921)

Klagenfurt, Wien: Kitab, 2015. 232 S. ISBN: 978-3-902878-45-8.

Der Berliner Historiker und Slawist Philipp Ammon hat ein interessantes Buch über eine schwierige Beziehung vorgelegt – jene zwischen Georgien und Russland, welche seit dem Ende der Sowjetunion mehrfach zu kriegerischen Auseinandersetzungen beigetragen hat. Das Werk eignet sich primär für einen breiteren Leserkreis, weil es einen Überblick über die historische Entwicklung

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

dieser Beziehung bis 1921 gibt und dabei so sensibel wie plausibel die Gefühlslagen beider Seiten erklärt. In der deutschen Öffentlichkeit, wo die Befindlichkeiten gerade kleinerer Länder nur wenig wahrgenommen werden, weil die meisten Medien ihr Augenmerk auf große geopolitische Spieler konzentrieren (deren Positionen sie dadurch oft implizit stützen), ist das schon viel wert. Eingeweihte werden nicht wirklich Neues erfahren, weil das Werk ausschließlich auf westlicher und russischsprachiger Sekundärliteratur beruht. Als Synthese ist das Buch aber auch für Kolleginnen und Kollegen „vom Fach“ lesenswert. Das gilt insbesondere für Ammons Darstellung der russisch-georgischen Kirchenbeziehungen, denen meistens wenig Beachtung geschenkt wird, und das sehr zu Unrecht – denn Religion war (und ist) in Transkaukasien nicht nur ein gesellschaftliches Subsystem, das sich an die Theologie delegieren ließe – sondern das Feld, auf dem kollektive Identitäten in erster Linie ausgefochten wurden.

Ammons Studie zeigt recht viel Sympathie für die georgische Seite, ohne aber in eine Apologie auszuarten. Das kleine Land war nur im frühen und im hohen Mittelalter politisch geeint; prägend war die frühe Christianisierung im 4. Jahrhundert, begleitet von der Ausbildung einer eigenen Kirchensprache samt Alphabet. In diesem Zusammenhang merkt Ammon an, dass das konstruktivistische Paradigma der „erfundenen Nation“ nicht überall gleich plausibel sei. Was Benedict Anderson am Beispiel Lateinamerikas mit den tatsächlich oft willkürlich gezogenen Grenzen und zunächst künstlichen nationalen Identitäten darlegte, ist bei den Georgiern, die schon am Übergang von der Spätantike zum Frühmittelalter eine eigene Schriftkultur hatten, nicht so überzeugend – hier entstand die moderne Nation nicht am Reißbrett, sondern ging auf Vorläufer zurück (S. 18 f.).

Einer kulturellen Kontinuität, vermittelt über die Kirche, stand politische Diskontinuität gegenüber. Das östliche Georgien (Iberien) geriet schon im frühen Mittelalter unter persische/arabische, das westliche (Kolchis) unter byzantinische, seit der Frühen Neuzeit unter osmanische Oberhoheit. Dazwischen, im 13. und 14. Jahrhundert, waren beide Teile von den Mongolen unterworfen. In keine dieser Herrschaften wurde Georgien allzu tief integriert, direkte Autorität übten meist einheimische, den auswärtigen Mächten gegenüber tributpflichtige Fürsten bzw. Könige aus. Ammon porträtiert das vormoderne Georgien als Feudalsystem, geprägt von einem zunehmenden sozialen Gegensatz zwischen Adel und Bauern, welche vor allem in den Ebenen in die Leibeigenschaft herabgedrückt wurden. An orthodoxen Maßstäben gemessen nahm die Kirche eine starke Position gegenüber den weltlichen Herrschern ein, auch weil die adligen Patriarchen über enormen Landbesitz verfügten. In der Frühen Neuzeit befriedigten sowohl Osmanen als auch Safawiden ihren Sklavenbedarf in Georgien. Auf seinem Boden trugen Perser und Osmanen ihre Auseinandersetzungen aus, der Adel konvertierte teilweise zum Islam, das Land blutete demographisch aus.

Als Russland unter Peter dem Großen dann begann, sein Reich in den Schwarzmerraum auszudehnen, erkannten die georgischen Herrscher darin die Chance, einen christlichen Protektor zu finden. Russland dagegen zögerte zunächst, erkannte aber schließlich die Möglichkeit, geostrategisch zu expandieren und dabei ein Stück südlich-üppiger Natur zu erwerben, deren Bewohnerinnen und Bewohner man als rückständig, aber heroisch exotisierte. Ammons Schilderung einer besitzergreifenden russischen Kaukasusromantik (Kapitel V: „Zuneigung und Entfremdung“) gehört zu den erhellenden Momenten dieses Buches. Moralisch war der russische Erwerb Georgiens nicht schwer zu rechtfertigen – König Vaxt'ang war in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts der erste gewesen, der explizit um russische Unterstützung gegen Persien nachgesucht hatte; König Erekle schließlich widerrief im Vertrag von Georgievsk 1783 alle Abhängigkeit von sonstigen äu-

ßen Mächten und unterstellte sich Russland. Letzteres versprach dem georgischen Königshaus dafür auf alle Zeiten die Herrschaftsrechte über Georgien (S. 49).

Im folgenden konzentriert sich Ammon auf die Enttäuschungen, die Georgien mit dem christlichen „Beschützer“ aus dem Norden bis 1921 erlebte. Diese Geschichte erinnert durchaus an das ambivalente Verhältnis zwischen Russland und den Balkanstaaten, ist aber aufgrund der direkten russischen Herrschaft schmerzhafter. Die Idee der späten georgischen Bagratidenkönige war, dass Russland sie und ihr Land schützen solle, ohne sich stark im Inneren einzumischen. Die georgische Feudalélite war von vormodernen Patronage- und Treuevorstellungen geprägt und erwartete, dass Russland sich an den Vertrag von Georgievsk halten würde. Für das Zarenreich dagegen waren die Georgier nur eine unter vielen beherrschten Völkern. Petersburg verfuhr gemäß imperialer Eigeninteressen, gab Georgien 1795 einem persischen Rachefeldzug preis, beseitigte das georgische Königtum und gliederte die georgische Kirche in die russische ein. Das alles geschah mittels eines Staatsapparats, der in Georgien oft als fremd und unethisch wahrgenommen wurde, was Ammon an der teils kulturell unsensiblen, teils korrupten russischen Kirchenbürokratie eindringlich zeigt. Dennoch handelte das Imperium zunächst nicht unklug, ermöglichte dem georgischen Adel den Aufstieg im russischen Staatsdienst und achtete die Rechte der georgischen Sprache. Das 1795 zerstörte Tbilisi wurde im europäischen Stil wieder aufgebaut, der Bevölkerungsschwund kehrte sich um, der Menschenhandel wurde unterbunden.

In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts setzte unter panslawistischem Einfluss eine brutale Russifizierung ein, welche sowohl die Kirche als auch das Schulwesen betraf; die werdende georgische Nationalbewegung erhielt dadurch einen entscheidenden Impuls und begann, die Rückkehr zur Autokephalie zu fordern. An Sezession, so Ammon, dachte bis weit in den Ersten Weltkrieg aber kaum jemand – zwar verletzte das Imperium die Gerechtigkeitsvorstellungen vieler Georgier empfindlich, aber die russische Herrschaft hatte dem Land auch mehr Stabilität und Wohlstand gebracht. Die relative Schwäche der georgischen Nationalbewegung hing eng mit den feudalen Verhältnissen zusammen, Adelige und Bauern konnten nicht mit gemeinsamer Stimme sprechen. Petersburg machte sich die soziale Kluft zunutze, köderte den georgischen Adel mit Privilegien und versuchte gleichzeitig, dessen Grundherrschaft über die Bauern zu lockern. Der soziale Konflikt mündete schließlich in einer gespaltenen Nationalbewegung: Im frühen 20. Jahrhundert standen sich ein nationalromantischer und ein sozialistischer Flügel gegenüber. Letzterer war von Menschewiken dominiert, welche nach der Oktoberrevolution im Mai 1918 die „Demokratische Republik Georgien“ proklamierten, die dann aber im Februar 1921 von den weniger national orientierten Bolschewiken zerschlagen wurde.

Ammon schließt mit einer interessanten Pointe. Er skizziert die Georgier als Kollektiv mit einem auch durch Fremdherrschaften erzeugten Staatsmisstrauen, welches sich heute gegen den eigenen Staat richte. Die Erwartungen an die Qualität von Staatlichkeit seien aufgrund der historischen Erfahrung begrenzt, wodurch die heutigen politischen Eliten es leicht hätten, den Staat zum eigenen Vorteil abzuwickeln. Die eigentliche Loyalität der Georgier gelte nach wie vor der Kirche und nicht ihrem Staat (S. 218). Russland sei dagegen stolz auf seine staatliche Tradition und sehe sich als Wohltäterin der Völker in seiner Peripherie. Die Erfahrung der „Ohnmacht gegenüber dem eigenen Staat“ und der „eigenen Rechtlosigkeit“, so vermutet Ammon, mache es vielen Russen aber unmöglich, die Verletzung der Rechte anderer Staaten und Gesellschaften ernst zu nehmen (S. 222). Russen seien daher oft unfähig, sich in die Traumata der Georgier, vor allem in die von

Russland verursachten, hineinzusetzen. Man möchte hinzufügen: Solange das so bleibt, wird sich das Karussell historischer Selbstgerechtigkeit auf beiden Seiten weiterdrehen.

KLAUS BUCHENAU
Regensburg

JGO 67, 2019/2, 309–313

Reformy v Rossii s drevneishikh vremen do kontsa XX veka

[Reforms in Russian from Ancient Times until the End of the 20th Century]

V 4 tomach. T. 1: IX–XVII vv. [in 4 volumes, vol. 1: 9th – 17th century]

Otv. red. I. N. Danilevskii. Moskva: Rosspeñ, 2016. 374 S. ISBN: 978-5-8243-2052-7.
[edited by I. N. Danilevskii]

Reformy v Rossii s drevneishikh vremen do kontsa XX veka

V 4 tomach. T. 2: XVIII – pervaiia polovina XIX v. [in 4 volumes, vol. 2: 18th – first half of 19th century]

Otv. red. A. B. Kamenskii. Moskva: Rosspeñ, 2016. 429 S. ISBN: 978-5-8243-2046-6.
[edited by A. B. Kamenskii]

Reformy v Rossii s drevneishikh vremen do kontsa XX veka

V 4 tomach. T. 3: Vtoraia polovina XIX – načalo XX v. [in 4 volumes, vol. 3: first half of 19th century – beginning of 20th century]

Otv. red. V. V. Shelokhaev. Moskva: Rosspeñ, 2016. 765 S. ISBN: 978-5-8243-2048-0.
[edited by V. V. Shelokhaev]

Reformy v Rossii s drevneishikh vremen do kontsa XX veka

V 4 tomach. T. 4: 1917–1991 gg. [in 4 volumes, vol. 4: 1917–1991]

Otv. red. V. V. Zhuravlev. Moskva: Rosspeñ, 2016. 671 S. ISBN: 978-5-8243-2050-3.
[edited by V. V. Zhuravlev]

The fall of the USSR in 1991 ignited not only an “archival revolution” but a parallel upheaval in historiography. De-censorship and euphoria inspired the exploration of previously taboo topics (mostly in Soviet history) and a reassessment of the prerevolutionary past. As the post-Soviet catastrophe unfolded, however, some historians – like the rest of society – came increasingly to question facile presumptions of a painless, easy adoption of Western models. By the late 1990s historians made reform the focus of scholarly conferences, articles and monographs, collective volumes, and public lectures. A good example of this engagement is Aleksandr Kamenskii, one of the chief editors: in 1998 he defended a doctoral dissertation *Reformy v Rossii XVIII veka: opyt tselostnogo analiza* (RGGU), published three years later as *Ot Petra I do Pavla I* (with the dissertation title as its subtitle [Moscow: RGGU, 2001]). The “historicization” of reform generated multiple collective vol-

umes, such as *Administrativnye reformy v Rossii: istoriia i sovremennost'* (Moskva: ROSSPÈN, 2006), with eight of its chapters contributed by participants in this four-volume set under review.

It is indeed a massive undertaking, its twenty-seven authors producing a text with 2,239 pages. This ambitious project relied on official funding from the Russian Humanitarian Scholarly Foundation, no doubt underscoring its policy relevance: as the government deliberates contemporary problems and how to address them, this project sought to show what can be learned from Russia's historical experience ever since Princess Ol'ga sought to regularize the collection of tribute in 946 (vol. 1, p. 19). As the authors note, historians have produced much research on individual reforms, but have rarely considered the reform process in the *longue durée* (vol. 1, p. 6). The goal here is to provide a state-of-the-art historiographical synthesis on the history of reform – its conceptualization, implementation, results, and broader significance.

Volume one covers the 9th to the 17th centuries and treats this long pre-Petrine period as the “pre-history” of modern reforms. Apart from a forward by V.V. Shelokhaev, this volume has only two authors: I. I. Danilevskii (five chapters for the period prior to the mid-16th century) and I. L. Andreev (three long on the late 16th and 17th centuries). The chapters are heavily historiographic, drawing on prerevolutionary classics as well as recent scholarship; most chapters also include extensive citations from printed sources (for instance, 601 references to *Akty istoricheskie* [5 vols. St. Petersburg, 1841–42]) and some archival documents in *Rossiiskii gosudarstvennyi arkhiv drevnikh aktov*. The authors bewail the sparse documentation in earlier periods and emphasize the later, exponential increase – from an average of fewer than 1 act per annum in 1200–1400 to ever more in the 15th and 16th centuries and reaching 4,000 per annum in the 17th century (vol. 1, p. 14), reflecting the growth of the state. This volume follows the traditional periodization and focuses on well-known reforms (such as those by Ivan Groznyi in the mid-16th century). Attention is also given to unrealized proposals, such as the charter on service seniority in the late 17th century (vol. 1, pp. 347–362).

The authors offer several general observations. Although the state increased its reformist activities, it sought “to return the state to its ‘roots’ and to resurrect ‘earlier times’” (vol. 1, p. 372). Despite that backward-looking perspective, these spontaneous measures lay the foundation for the transformation under Peter the Great. The authors emphasize the role of the West, even in Kiev Rus', but especially in the 16th and 17th centuries. Reflecting T. V. Chernikova's *Evropeizaciia Rossii vo vtoroi polovine XV-XVII vekakh* (Moscow: Izd-vo MGIMO, 2012), Andreev notes the Western models and influx of foreigners into Muscovite service, concluding that “modernization itself was possible, in the final analysis, only in the form of Europeanization” (vol. 1, p. 183). That Western influence contributed to the “evolution in public attitudes – from conservatism to an atmosphere of change” (vol. 1, p. 215), such that even “the Muscovite Church experienced the modernizing influence of the West Russian clergy” (vol. 1, p. 229).

Volume two covers the period from Peter the Great to the mid-19th century. A. B. Kamenskii produced the chapters on Peter (with some assistance), Catherine II, Paul, and Alexander I; the chapters on 1725–61 and 1825–55 belong to I. V. Kurukin and L. M. Liashenko respectively. Kamenskii's chapters are heavily historiographic and demonstrate impressive familiarity with Western, not just Russian, scholarship; he also makes some references to printed sources and archival materials. Kurukin's chapter on 1725–61 is substantial and innovative; it relies on archival and published sources (including his co-edited documentary volume *19 janvaria – 25 fevralia 1730 goda* [Moscow:

Kvadriga, 2010]). The chapters on Catherine II and her successors give particular attention to the rulers and their role.

The authors portray this period as the first stage of transformation and emphasize that the idea of reform now became a basic component of political and social life (vol. 2, p. 6). They also see the state as the dominant actor – an *étatisme* that followed naturally from the Petrine focus on state building. That focus made Russia into a great power, but at great cost: it lowered the standard of living (vol. 1, p. 92) and tightened the bonds of serfdom that would impede industrialization. Moreover, as Kamenskii argues, the hypertrophic development of the Petrine state stunted the development civil society: “After all, practically right up to the reforms of Alexander II the country almost completely lacked the sphere of non-governmental activity” (vol. 1, p. 92). The chapter on post-Petrine rule, traditionally neglected and disparaged, presents a more positive picture, even for the “dark reign” of Anna (reflecting the massive study by N. N. Petruchincev *Vnutreniaia politika Anny Ioannovny 1730–1740* [Moscow: ROSSPĖN, 2014]). Kamenskii offers an authoritative overview of Catherine’s rule, presents a close analysis of her views on monarchy (vol. 2, pp. 173–178), and lauds her efforts to promote the development of society, not just the state. After portraying Paul’s tempestuous rule as “counter-reform” (vol. 2, p. 298), Kamenskii turns to Alexander I and rejects the traditional stereotype of a vacillating, two-faced monarch (vol. 2, pp. 300–301). Liashenko offers a portrait of Nicholas I more critical than in revisionist scholarship and draws a telling contrast between Peter I and his self-proclaimed admirer. Lastly, this volume shows how “reform” came to generate multiple perspectives, as in the Westerner-Slavophile debate (vol. 2, pp. 427–429).

Volume three, the single largest, covers the decades between the Crimean War and October Revolution. This volume is a hybrid, the first two-thirds chronological, the last thematic. More than half of the contributions came from V. V. Shelokhaev (volume editor), I. A. Khristoforov, and K. A. Solov’ev; seven other historians wrote the remaining chapters. Khristoforov presents a detailed historiographic overview, discusses theories of modernization, and raises questions about periodization and terminology (vol. 3, pp. 14–77). The following chronological sections examine the Great Reforms, late 19th-century “corrections” (terminology preferred here to “counter-reforms”) and rising instability, the 1905 revolution and prewar years, the Great War, and the Provisional Government in 1917. The last third of the volume is diachronic: it examines competing models from conservatives, liberals, socialists (neo-populists, social democrats, and anarchists), and émigrés. Most chapters incorporate recent scholarship, but also include abundant references to primary sources (including nearly 100 citations for documents in *Rossiiskii gosudarstvennyi istoričeskii arkhiv* and *Gosudarstvennyi arkhiv Rossiiskoj Federacii*).

As an overarching thesis this volume suggests that in this period the state embarked on a broad transformation, but failed to develop a unifying national program. The magnitude of change far exceeded what came before, yet proved incomplete and contradictory; all this did less to solve problems than to galvanize a diverse opposition. The underlying cause was the determination of ruling elites to retain power (vol. 3, p. 9); they were willing to adopt sundry reforms, but not Reform – that is, systemic change. They made concessions in 1905, but reluctantly and provisionally. Moreover, the government – for want of human and material resources – tended to opt for piecemeal, incremental change (e.g., in the gradual implementation of the *zemstvo* and judicial reforms). Altogether, insufficient and failed reform generated alternative programs, from conservative to socialist, which reflected the widening gap between state and society.

Volume four examines reform in the Soviet period. The volume editor, V.V. Zhuravlev, provides a chapter on the civil war, while eight other scholars contribute most of the text. The authors draw upon the growing Western and Russian scholarship, but rely heavily on printed sources and cite some archival materials. Although some chapters offer a general narrative (for example, on the Khrushchev era), most are case studies: industrialization in the 1930s, monetary reforms in 1921–1924 and 1947, the Kosygin reform of 1965, and the 1977 Constitution. The chapters foreground economics (providing useful tables of statistical data) but attention is also given to the “cultural revolution” (vol. 4, pp. 309–367) and to social and foreign policy in the Khrushchev era (vol. 4, pp. 420–440).

This volume seeks to challenge a hypercritical narrative of the Soviet era. As Zhuravlev emphasizes, official Soviet historians glorified the regime, and post-Soviet scholars espoused the diametrical opposite. In his view, however, “the phenomenon of Soviet society does not deserve unqualified censure any more than total idealization,” but rather objective study (vol. 4, p. 6). While the dark sides undeniably existed, there were also positives: “It is possible and important to draw from the experience of those years in order to achieve today that level of dynamic economic progress, social mobility, development in culture and education, and so forth” (vol. 4, p. 7). The case studies are empirically rich and analytically balanced; they show antecedents, analyze design and implementation, and assay immediate impact and long-term significance.

The four volumes, as a whole, offer a diachronic analysis of reform – its impulses, models, methods, and impact for more than a millennium of Russian history. Readers can find an updated review of the historiography (including points of debate), useful summaries of data, and in-depth case studies. The collection exudes a moderately nationalist perspective; it does not deny Western influence, but emphasizes how this was adapted to accommodate a Russian *sonderweg*. In Shelokhaev’s words: “Laying the accent on the internal impulses of reform, the authors consider both the positive and negative influence of foreign experience in their preparation and realization of national variants of the transformations” (vol. 1, p. 8). The authors, however, do not idealize the *étatisme* that prioritized the interests of the state (and ruling elites) over those of society. As a document funded to provide a historical perspective for policymakers and the public, the authors warn that reform requires the participation of society, and failure to mobilize this resource is detrimental to successful change and stability. Thus Zhuravlev insists that “*an absolute condition*” [his emphasis] for successful reform is “the permanent dialogue of society and state” (vol. 4, p. 661).

Even so ambitious an endeavor has shortcomings. Above all, it is so internalist that it discounts the transnational. Although it duly recognizes the role of Western models, it ignores the global dynamics that have increasingly configured intra-state development. Western historians have long stressed that the narrative of “national history” is archaic, that countries are increasingly impacted by the transnational – not only in geopolitics and economics, but also in social and cultural spheres. These volumes show little awareness of this. The term “globalization,” which gained currency in the 1980s and became ubiquitous by the turn of the century, appears only once in these 2,239 pages – indeed, in a reference expressing incredulity at that (vol. 3, p. 43). It is a missed opportunity in conceptualization, methods, and data (e.g., comparative historical metrics in A. Maddison, *The World Economy* [2 vols. Paris: OECD, 2006]). Social theory here is generally dated (e.g., citations of works from the 1970s [vol. 4, pp. 655, 657]) – in striking contrast to the informed discussions on recent scholarship on Russian history. Moreover, the authors often betray an affinity with the state

school of historiography, a view reflected a remark that “the *étatisme* of modernization in the fatherland is indisputable” (vol. 1, p. 177). For that reason this massive text pays relatively little attention to non-state actors, making them at most the object of state action, not independent actors with their own agency. One might also object that this project gives too little attention to confessional and ethnic issues; while not totally ignored (for example, vol. 3, pp. 128–135), this dimension remains peripheral to the discussion despite its obvious importance as a critical factor in destabilization. Finally, so massive an undertaking should have generated more general observations on “what reform history teaches”: the conclusions represent only 27 pages of this massive text. Far more generalizing and theorizing might have followed from all this historiographical analysis and empirical research.

It is unfortunate that the editors and publisher do not provide a standard scholarly apparatus. Neither individual volumes nor the whole collection has a bibliography; some authors amass lists of historians (e. g., vol. 2, pp. 9–10), but without any bibliographical references in footnotes, not to mention a stand-alone bibliography. Nor does this massive collection of data and essays have an index of names, institutions, and terms; the reader is left with the daunting task of searching through hundreds of pages to find relevant discussions and terms.

Still, this is an impressive piece of scholarship, especially useful for specialists seeking an authoritative overview of historiography and summary of data on the issues selected for case studies of reform.

GREGORY L. FREEZE
Waltham, MA

JGO 67, 2019/2, 313–315

Moshe Taube

The Logika of the Judaizers. A Fifteenth-Century Ruthenian Translation from Hebrew.

Critical edition of the Slavic texts presented alongside their Hebrew sources with Introduction, English translation, and commentary by Moshe Taube
Jerusalem: Israel Academy of Sciences and Humanities, 2016. 724 S.
ISBN: 978–965–208–204–6.

Due to the paucity of reliable sources, we shall never know whether the rather small number of individuals, first called the “Jewish reasoning Novgorod Heretics” in 1487 by Archbishop Gennadi of Novgorod, merited theologically the later common sobriquet ‘Judaizers’. But among the eleven books they allegedly possessed in 1489 (chiefly Old Testament books and polemical Christian apologetics) figured *Logika*. This is identifiable from nine extant Russian manuscripts, none earlier than late sixteenth century, as (Pseudo-)Maimonides’s *Logical Terminology* (itself based on al-Farabi’s rendition of Aristotle) – either alone or as combined with the section on theology or metaphysics from Al-Ghazālī’s *Intentions of the Philosophers* (itself adapting Avicenna’s Persian-language *Book of Science*). Translated between 1458 and 1483 from Hebrew versions into a Polish-influenced Ru-

thenian spiced with novel East Slavic technical vocabulary, and together constituting a potential propaedeutic, these two works treat philosophical matters in far more detail than does the then available abridged Church Slavic translation of the authoritative *Dialectica* of John of Damascus. The so-called Kievan Logic, a related fifteenth-century Slavic translation from Hebrew of the more extensive section on logic in the *Intentions*, survived in one Kiev manuscript, which was published in 1909 before vanishing in World War II.

Moshe Taube's masterful volume under review here represents a gigantic step forward in the scholarship regarding the fifteenth-century Ruthenian translations from Hebrew, and hence also the 'Judaizer' question. He has meticulously examined a) all nine manuscripts of the *Logika*, plus the published 'Maimonides' Arabic original with a Judaeo-Arabic transcription, and three fourteenth-century Hebrew translations; b) the published full and separate modern manuscript partial copy of the *Kievan Logic*, and additionally six fifteenth- and one sixteenth-century Hebrew manuscript versions, the published Arabic original, and medieval Latin and modern Spanish translations; c) published original and translated versions of Avicenna's *Book of Science*; d) numerous lexica of every relevant Classical, European, and Middle Eastern language; and e) an immense amount of secondary scholarship.

The hundred-page Introduction methodically reviews background, texts, sources, mode and language of translation, presumed intended and actual readership, goal of compilation, and possible Jewish motivation and connection to late-fifteenth century Russian heresy, as well as a judicious critical review of twenty-three scholars' writings about these texts since the 1890s. The fullest treatment of a scholar concerns Thomas A. Seeböhm, whose vastly underappreciated *Ratio und Charisma: Ansätze und Ausbildung eines philosophischen und wissenschaftlichen Weltverständnisses im Moskauer Rußland* (1977) represents the most serious analysis to date of the thought and implications of this translated literature, albeit with the admitted philological shortfall stemming from that author's lack of Hebrew. Here Moshe Taube amplifies Seeböhm's reasoned view that the translated texts' rationalist outlook, implicit educational program, and embedded heretical ontological ideas, such as Aristotle's eternity of matter (altogether, it seems, making for a rudimentary 'Hebrew Averroism'), constituted the core truth behind the rhetorical charge of 'Judaizing'. Our author, though, cautions that these may not represent the actual views of the Russians who were indicted for heresy. Yet he also speculates, in the light both of Jewish mystical notions current at the time and of the elimination of any words that might allow for Trinitarian speculation, that the Jewish promoters' "true agenda was [...] to attract their Slavic readers to Judaism" (p. 69).

The large-page layout of the publication of the three texts places the Slavic on the even-numbered pages, the corresponding Hebrew originals on the opposite odd-numbered pages, and variants of each directly underneath them. Next below on both sides lies the English translation of the Slavic, and on the bottom the extensive notes to most of the c. 1500 suitably numbered sentence bits or sentences, enabling precise correlation among the three texts, the notes, and the glossaries. The Slavic text and English translation contain symbols indicating additions, omissions, and occasional errors relative to the Hebrew and Taube's infrequent emendations and reconstructions. The extensive notes range over such matters as identifying the actual Hebrew version(s) employed for a given passage, deviations of the Slavic and Hebrew translations from their direct antetypes, the missing Hebrew (and sometimes Arabic) in the Slavic, the technical terminology employed and its meaning within the broad Aristotelian context, linguistic factors for judgments concerning

the translator(s) from Hebrew, lexical analogies to the other Ruthenian translations from Hebrew (especially the popular and influential pseudo-Aristotelian *Secretum Secretorum*), interpretation of obscure words and phrases, and critically appreciative and corrective analyses of the contributions of other scholars on specific points.

The three glossaries comprising over 140 pages constitute the book's final crucial component. The first gives the texts' Slavic equivalents of around 340 English technical terms, some of which appear surprising, such as *delo* for "art" (among other the uses of this common East Slavic word). These are well explained in the notes to the translation. The second provides the Slavic equivalents of roughly the same number of Hebrew terms, also with Taube's English translations (– this reviewer would appreciate more Hebrew). Most useful for Slavic linguists and philologists is the third glossary: over 2200 Slavic words in their various grammatical forms, with the Hebrew antetypes and English equivalents.

As we read through the extensive notes, we can readily grasp the contributions of several Slavic lexicographers and historical grammar compilers, as well as the publishers of key texts, such as S. L. Neverov (the *Kiev Logic*, 1909), Sulayman Dunya (the Arabic Al-Ghazālī, 1961), Israel Efros (the Hebrew 'Maimonides' et al., with a useful English translation, 1938), and the editor-translator Parvis Morewedge of the relevant Persian Avicenna (1973). We also profit from the care and penetrating understanding of Taube's approbation and critiques of the interpretations and alleged misinterpretations of others, for example, of V. P. Zubov's analysis of some of the Slavic Al-Ghazālī's mathematics and physics, and of many of Seebohm's philosophical and linguistic points. Key here was the forced reliance of both of these scholars on the medieval Latin translation rather than the Hebrew (and Arabic) for the original. With recourse to these languages, Taube supplies needed correctives.

The observations above merely scratch the surface of the content of this immensely rich and rewarding volume, which will surely remain authoritative for a very long time.

DAVID GOLDFRANK
Washington, D. C.

JGO 67, 2019/2, 315–318

Dušan Zupka

Ritual and Symbolic Communication in Medieval Hungary under the Árpád Dynasty (1000–1301)

Translated from the Slovak by Julia and Peter Sherwood. Leiden, Boston, MA: Brill, 2016. IX, 224 S., 6 Abb. = East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450–1450, 39. ISBN: 978-90-04-31467-2.

Die Monographie Dušan Zupkas beruht auf seiner Doktorarbeit, die er 2009 am Historischen Institut der Philosophischen Fakultät in Bratislava verteidigte. Das Thema des Buches, Ungarn in der Árpáden-Zeit, passt sich sehr gut in eine aktuelle internationale Forschungsdiskussion ein, deren Grundlage die Arbeiten Gerd Althoffs bilden.

Zupka hat seine Studie in eine Einführung und sechs Kapitel untergliedert, wobei das erste Kapitel eine theoretisch-methodische Zusammenfassung darstellt und das sechste Kapitel die Schlussfolgerungen referiert. Seine Hauptargumentation verteilt der Verfasser auf die vier dazwischenstehenden Kapitel. Darin behandelt er Machtsymbole, Konflikte und deren Lösungen, das *adventus regis* als Protokoll-Phänomen und die persönlichen Kontakte der Herrscher.

In seiner Einführung erläutert der Verfasser das Ziel seiner Studie: Er will Rituale analysieren, die in den politischen Ereignissen der Árpáden-Zeit in Erscheinung traten. Zentral sind für ihn die Quellen, die sich auf die Außenbeziehungen des Königreichs Ungarn im 11. Jahrhundert beziehen. Er analysiert sie auf zwei Ebenen: Zum einen in Bezug darauf, wie Rituale in den zeitgenössischen Quellen dargestellt wurden und zum anderen, wie sie im politischen Diskurs der mittelalterlichen Gesellschaft genutzt wurden.

Der Verfasser reflektiert hier kritisch die Quellenbeschaffenheit und die verhältnismäßig geringe Zahl an Quellen. Schade ist, dass er dabei die ungarische Geschichtsschreibung weitestgehend außen vor lässt. So kommt in der Interpretation von *Judicium Dei* (S. 10) die 1980 von József Gerics verfasste Studie überhaupt nicht vor (*Judicium Dei a magyar állam XI. századi külkapcsolataiban* [*Judicium Dei* in den Außenbeziehungen des ungarischen Staates im 11. Jahrhundert], in: László Mezey (Hg.): *Athleta Patriae. Szent László tanulmányok*. Budapest 1980, S. 111–134).

In vollem Maße zuzustimmen ist dem Verfasser, dass sowohl die Beschaffenheit der Quellen als auch die Forschungstradition eine komparative Herangehensweise erfordern. Allerdings stützt er sich vor allem auf tschechische und polnische Arbeiten und bezieht die ungarische Fachliteratur in seine Untersuchungen kaum ein. Es ist bedauerlich, dass er nicht einmal die in Englisch und Deutsch erschienenen Schriften ungarischer Verfasserinnen und Verfasser beachtete, die anhand der Bibliographie des von Nora Berend herausgegebenen Bandes *Christianization and the Rise of Christian Monarchy. Scandinavia, Central Europe and Rus' c. 900–1200* (Cambridge 2007) leicht aufzufinden gewesen wären.

Das theoretisch-methodische Kapitel (S. 15–34) gibt einen hervorragenden Überblick über das Thema und die bisherigen Forschungen zu Ritualen und symbolischer Kommunikation. Insgesamt, so schlussfolgert Zupka, kommt man in der Frage der mittelalterlichen Rituale und der Symbolik nach wie vor nicht an den Werken Althoffs vorbei.

Das zweite Kapitel („Rituals of Power and Symbols of Monarchy“, S. 35–69) beginnt mit der Königskrönung. Zupka hat Recht, wenn er behauptet, dass keine detaillierte Beschreibung einer Krönung aus der Árpáden-Zeit erhalten blieb. Lediglich Elemente der Rituale sind dokumentiert, die er auch aufzählt (S. 36). Jedoch ist seine Annahme nicht korrekt, dass sie nur aus den Aufzeichnungen der Hofdame von Königin Elisabeth aus dem 15. Jahrhundert bekannt sind (S. 36). Es existieren Quellen, die weitaus älter sind, beispielsweise zum Krönungsrecht des Erzbischofs von Gran/Esztergom aus dem 12. Jahrhundert, dem *sacra*-Attribut der Krone aus dem 13. Jahrhundert, das auf den fiktiven Sankt-Stefan-Ursprung hindeutet, oder Angaben über die Krönungen in Székesfehérvár. Letztlich deutet die dreimalige Krönung Karls I. Roberts auf das Vorhandensein von Krönungskriterien und -anforderungen hin. Diese Erkenntnis konnte Zupka aus narrativer Quelle nicht gewinnen, vielmehr hätte er Urkunden als Quellen heranziehen müssen bzw. aus der ungarischen Fachliteratur schöpfen können. Die Hartvik-Legende, die auf Gesuch Kolomans des Bücherfreunds niedergeschrieben wurde, spiegelt die Bedeutung der Krönung im königlichen Hof um die Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert sehr gut wider.

Problematisch ist auch, dass eine Quellenkritik des *Chronicon Hungarico-Polonicum* aus dem 13. Jahrhundert ausbleibt, schließlich ist es für das 11. und 12. Jahrhundert nicht als authentisch zu betrachten und enthält zahlreiche Missverständnisse. Ohne die Umstände der Krönung zu beachten schlussfolgert der Verfasser, dass der Sohn von Koloman dem Bücherfreund, der spätere Stefan II., nach seiner Krönung im Kindesalter als Mitregent zu betrachten sei (S. 47, Fn. 38). Weder die zitierte Quelle, noch die zitierte Literatur (Pál Engel: *The Realm of St. Stephen. A History of Medieval Hungary, 885–1526*. London 2005, S. 36; Márta Font: *Könyves Kálmán és kora*. Szekszárd 1999, S. 66, 79) deuten darauf hin.

Im dritten Kapitel (S. 70–116) wird in Bezug auf das Spannungsfeld zwischen Unterwerfung und Aussöhnung richtig behauptet, dass dieser Konflikttyp in den fünfziger Jahren des 11. Jahrhunderts beginnt (S. 72). Es ist sinnvoll, dass der Verfasser die Konflikte zwischen den Mitgliedern der Dynastie des 11. Jahrhunderts (S. 72–86) und die Konflikte zwischen den Dynastien getrennt voneinander behandelt, obwohl diese eng miteinander zusammenhängen. Er behandelt die Reihe der Konfrontationen und Aussöhnungen zwischen König Koloman und seinem Bruder, dem Herzog Álmos; dann die Beziehungen zwischen König Koloman und den Anführern des Kreuzheeres, bzw. den benachbarten Herrschern, und letztlich analysiert er Vorkommnisse in der Beziehung Bélas III. und Byzanz' im letzten Drittel des Jahrhunderts. Die Mitte des Jahrhunderts, die Herrschaft Gézas II., fehlt, obwohl sich eine Untersuchung der intensiven Beziehung zwischen Byzanz und Ungarn angeboten hätte. Mehrmals verweist Zupka auf Kontakte mit einzelnen Fürsten der Kiever Rus', er bezieht jedoch keine ostslawischen Chroniken in seine Analyse ein. Das hat der Verfasser in seiner Einführung auch nicht versprochen. Allerdings hat er dies ebenso wenig in Bezug auf byzantinische erzählende Quellen getan und sie trotzdem genutzt (z. B. die Chroniken von Kinnamos und Niketas, S. 101–106). Mittelalterliche ostslawische Chroniktexte wären leicht in englischer oder deutscher, aber auch in polnischer oder tschechischer Übersetzung zur Hand gewesen; oder man hätte den Mangel mit entsprechender Fachliteratur ersetzen können (z. B. S. 73, 98). Unklar bleibt, worauf Zupka seine Aussage gründet, dass Anastasia Andreas' I. zweite Gattin war und Salamon 1053 geboren wurde. Die Idee der zweiten Ehe stammt von Szabolcs Vajay (*Még egy királynékné? I. Endre első felesége* [Noch eine Königin von uns? Die erste Gattin von Endre I.], in: *Turul* 72 (1999) 1–2, S. 17–23, siehe S. 19; die Widerlegung siehe Márta Font: *I. András és Bölcs Jaroszlav* [Andreas. I und Jaroslav der Weise], in: *Világtörténet* 5/37 (2015) 4, S. 607–624), aber Zupka zitiert auch seine Studie nicht.

Das vierte Kapitel, das die Fälle des *adventus regis* behandelt (S. 117–138), ist kürzer als die anderen Kapitel und es weist wenige ungarische Beispiele auf. Der Verfasser rang offensichtlich mit den kargen Belegen, was in der sehr allgemein gehaltenen Konklusion zu sehen ist (S. 137–138).

Das persönliche Beziehungssystem der Herrscher steht im Mittelpunkt des fünften Kapitels (S. 139–178). Der Verfasser konzentriert sich hier auf die Kommunikation zwischen den drei polnischen Boleslavs und den ungarischen Königen (Stefan der Heilige, Ladislaus der Heilige, Koloman) sowie die Herrschertreffen in Ungarn während des Durchzugs der ersten drei Kreuzzüge. Zweifelsohne gibt es dazu die meisten Quellen, aus denen auch die meisten Beispiele angeführt werden können. Zum Thema gibt es wichtige Studien, z. B. analysierte die Berichte des Anonymus Gallus von den Treffen der drei Boleslavs und den ungarischen Königen jüngst Dániel Bagi, dessen Schrift auch in Polnisch verfügbar ist (*Królowie węgierscy w Kronice Galla Anonima*. Kraków 2008). Und zu den durch Ungarn ziehenden Kreuzzugsheeren ist die Studie James Sweeneys auch

heute noch maßgebend (*Magyarország és a kereszties hadjáratok* [Ungarn und die Kreuzzüge], in: *Századok* 118 (1984), S. 114–124).

Im sechsten Kapitel (S. 179–196) ist das Fazit der Forschungen des Verfassers zu lesen: Die Rituale und symbolischen Kommunikationen im Ungarn der Árpáden sind organischer Bestandteil der mitteleuropäischen Brauchtumsordnung, auch wenn sie einige Eigenarten aufweisen.

Mein Fazit nach der Lektüre des Buches ist, dass ihm ein gutes Konzept zugrunde liegt. Zudem basiert es auf einem fundierten globalgeschichtlichen Hintergrund, der für die Bearbeitung des Themas geeignet ist. Die Proportionen sind – insbesondere mit Blick auf den komparatistischen Anspruch – indes ungleichmäßig verteilt, ungarisches Material kommt zu kurz oder ist nur oberflächlich ausgewertet. Das ist nicht allein mit der Kargheit der Quellen zu erklären. Die Fachliteratur ist nur unzureichend rezipiert. Neben den bereits erwähnten Studien fehlen folgende wichtige Arbeiten: Attila Zsoldos: *The Legacy of Saint Stephen* (Budapest 2004); Ernő Marosi: *Die Anfänge der Gotik in Ungarn* (Budapest 1984); Gyula Moravcsik: *Byzantium and the Magyars* (Budapest 1970); Judit Gál: *The Roles and Loyalties of the Bishops and Archbishops of Dalmatia (1102–1301)*, in: *Hungarian Historical Review* 3 (2014), S. 471–493. Zudem wäre bei der Themenwahl die nähere Kenntnis der ungarischsprachigen Fachliteratur erwünscht, etwa die beiden Bücher von Attila Zsoldos: *Az Árpádok és asszonyaik. A királynéi intézmény az Árpádok korában* [Könige und ihre Gattinnen. Das Institut der Königin in der Árpádenzeit] (Budapest 2005) und *Családi ügy. IV. Béla és István ifjabb király viszálya az 1260-as években* [Familiäre Angelegenheit. Der Streit zwischen Béla IV. und dem jüngeren König Stefan in den 1260er Jahren] (Budapest 2007). Außerdem hätten folgende Werke die Analyse bereichert: Attila Zsoldos (Hg.): *Hercegek és hercegségek a középkori Magyarországon* [Herzöge und Herzogtümer im mittelalterlichen Ungarn] (Székesfehérvár 2016); Attila Györkös / Gergely Kiss (Hg.): *Francia-magyar kapcsolatok a középkorban* [Französisch-ungarische Kontakte im Mittelalter] (Debrecen 2013); Judit Csákó: *A Magyar-lengyel krónika és a hazai elbeszélő hagyomány* [Die ungarisch-polnische Chronik und die einheimische Erzähltradition], in: *Századok* 148 (2014), S. 289–334; Judit Gál: *IV. Béla és Uroš szerb király kapcsolata* [Die Beziehung zwischen Béla IV. und dem serbischen König Uroš], in: *Századok* 147 (2013), S. 471–500; Márta Font (Hg.): *Dinasztia, egyház, hatalom. Régiók formálódása Európa közepén 900–1453* [Dynastie, Kirche, Macht. Die Gestaltung von Regionen in der Mitte Europas 900–1453] (Pécs 2009).

Einen gewissen Widerspruch gibt es zudem zwischen Titel und Inhalt. Der Titel verspricht die Untersuchung dreier Jahrhunderte der Árpáden-Zeit, die Mehrheit der Beispiele stammen aber aus dem 11. und 12. Jahrhundert, nur vereinzelt tritt das 13. Jahrhundert in Erscheinung. Die Erklärung dafür ist, dass nur wenig narrative Quellen für das 13. Jahrhundert existieren, man muss sich hier in großem Maße auf urkundliches Material stützen. Der Verfasser aber arbeitete in erster Linie mit narrativen Quellen. Ein weiteres Manko ist, dass sich das Kapitel zu den spätmittelalterlichen Städten nicht in das Gesamtkonzept des Buches einfügt (S. 185–188).

MÁRTA FONT

Pécs



JGO 67, 2019/2, 319–321

Evgenija M. Lupanova

**Istorija zakrepoščenija prirodnogo resursa. Lesnoe chozjajstvo v Rossii
1696–1802 gg.**

[Geschichte der Versklavung einer Naturressource. Forstwirtschaft in Russland
1696–1802]

S.-Peterburg: Izdat. Evropejskogo universiteta, 2017. 347 S., Tab., Abb.
= Territorii istorii, 9. ISBN: 978-5-94380-230-0.

Russland ist das Land mit den größten Waldbeständen der Erde: Nach Angaben der Weltbank waren im Jahr 2015 fast 50 Prozent des Flächenstaates bewaldet. Auch wenn Wälder vor allem im europäischen Teil Russlands seit Jahrhunderten intensiv genutzt wurden, entdeckte die Geschichtsschreibung zum Zarenreich und der Sowjetunion den Wald, eines der klassischen Themen der Umweltgeschichte, erst vor wenigen Jahren. Ekaterina Pravilova (*A Public Empire. Property and the Quest for the Common Good in Imperial Russia*), Jane Costlow (*Hart-Pine Russia. Walking and Writing the Nineteenth-Century Forest*) and Stephen Brain (*Song of the Forest. Russian Forestry and Stalinist Environmentalism*) haben jüngst die Beziehungen von Staat, Gesellschaft und Wäldern vermessen und die zentrale Bedeutung des Waldes als kultureller Topos sowie als Aushandlungsort gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Interessen im russländischen Imperium und in der Sowjetunion herausgestellt. Die minutiös recherchierte Monographie Evgenija Lupanovs widmet sich der Forstwirtschaft von der Amtszeit Peters I. bis zum Beginn der Herrschaft Alexanders I. und bildet damit eine wichtige Ergänzung zu den vorliegenden Arbeiten. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, wann und auf welche Weise zeitgenössische Akteure nach Wegen suchten, um Waldnutzung und Waldschutz miteinander in Einklang zu bringen, und wie sich entsprechende Maßnahmen in die Geschichte des modernen Umweltbewusstseins einordnen lassen. Lupanova sieht in der Entwicklung der Forstwirtschaft seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert eine „Versklavung“ (*zakrepoščenje*) des Waldes, die ähnlich wie die Leibeigenschaft auf einer Verbindung von Paternalismus und Ausbeutung beruhte. Anders als die Bauern seien die Wälder allerdings nie aus dieser Beziehung entlassen wurden. Zwar hoben Peters Nachfolger das staatliche Holzmonopol auf. Der Staat und private Landbesitzer hätten den Wald jedoch weiterhin primär als eine Ressource behandelt und sich angeeignet.

Die Regulierung der Waldnutzung stand zunächst im Zeichen des Flottenbaus. Als Peter I. mit der Errichtung von Werften begann, wurden Wälder zu einer strategischen und mit der Zeit zunehmend knappen Ressource. Ein staatliches Holzmonopol, die Einrichtung von Schutzzonen und zahlreiche Vorschriften zum Erhalt der Wälder (*bereženie lesov*) zielten daher darauf, dem Staat den exklusiven Zugang zu den Bäumen zu garantieren, die für den Bau der Schiffe benötigt wurden. Entsprechend oblag die Fürsorge für die Wälder seit dem späten 17. Jahrhundert der Admiralität, bis sie 1802 an das Finanzministerium übergang. Auch die wachsende Bedeutung von Manufakturen und die Interessen von in- und ausländischen Händlern wirkten sich auf die Administrierung des Waldes aus. Mitunter kam es dabei zu Interessenskonflikten zwischen einzelnen Behörden oder zu widersprüchlichen Bestimmungen, wie etwa die Vergabe von Konzessionen an Holzhändler bei gleichzeitigen Ausfuhrbeschränkungen. Mit dem militärischen und ökonomischen Interesse an den

Wäldern einher ging außerdem die Rezeption von ausländischem Expertenwissen, die Anstellung von Forstwirten durch staatliche Behörden und später private Waldbesitzer sowie die Kartierung des Waldbestandes, die mit der Generalvermessung Katharinas II. zunehmend systematisiert wurde.

Ein zentraler Aspekt der Untersuchung sind die sich verändernden Besitzverhältnisse und das Nebeneinander unterschiedlicher Akteursgruppen bei der Regulierung der Waldnutzung. Neben dem Staat versuchten seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts adlige Gutsherren, einem Rückgang des Baumbestandes durch Aufforstungsmaßnahmen und Waldverordnungen vorzubeugen. Lupanova vermeidet ein pauschales Urteil über die Effektivität privater oder staatlicher Ansätze, die Holzwirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Stattdessen zeigt sie, dass die wachsende Bedeutung des Waldes als Grundlage von Macht und Einfluss mit langfristigen Folgen für jene sozialen Gruppen einherging, deren Lebensweise auf der Verfügbarkeit von Bau- und Brennholz oder der Möglichkeit zur freien Nutzung von Wäldern als Weideflächen beruhte. Für die Bauern entstanden durch die staatlichen und privaten Ansprüche auf den Wald mitunter neue Formen der ökonomischen Abhängigkeit, etwa wenn sie Bau- und Brennmaterialien aus entlegeneren Waldstücken heranschaffen oder für diese bezahlen mussten. Lupanova verweist auf den Widerstand gegen die zunehmende Regulierung der Waldnutzung und beschreibt, wie Bauern die Vorgaben von Staat und Gutsbesitzern hingertingen oder außer Kraft setzten. Interessante Belege sind etwa das unerlaubte und bisweilen lange unbemerkte Gründen von Dörfern auf staatlichen Waldstücken oder der erfolgreiche Protest gegen die Privatisierung gemeinschaftlich genutzter Waldstücke. Dass Lupanova hierin mitunter Konflikte zwischen „Tradition“ und „Moderne“ sieht und die verschiedenen Akteursgruppen somit verschiedenen historischen Entwicklungsstufen zuordnet, wirkt etwas irritierend. Wichtig an ihrer Studie ist jedoch etwas anderes: Auch wenn viele der staatlichen Regelwerke in der Praxis kaum durchgesetzt wurden, das Privateigentum an Land nur langsam Gestalt annahm und bäuerlicher Gemeinbesitz bis in die späte Zarenzeit prägend blieb, muss Russland als Teil eines globalen Trends zur Verdrängung der *commons* verstanden werden, in dessen Zuge gewohnheitsrechtliche Waldnutzungspraktiken als rückständig abgetan oder durch Gesetze als illegal deklariert wurden. Wie in anderen Teilen der Welt war Widerstand auch in Russland ein wichtiges Element dieses Prozesses.

Lupanova verortet die Waldbewirtschaftung im Russischen Reich überzeugend in ihrem europäischen Kontext. Ihre Studie lebt von einer beeindruckenden Kenntnis der Archivalien und gedruckten Quellen. Zahlreiche Aspekte des Buches sind sowohl für die Geschichte der russländischen Forstwirtschaft als auch für das Verhältnis von Staat und Ressourcen generell von zentraler Bedeutung. So bestätigt die Arbeit, dass ressourcenschonende Maßnahmen häufig in Zeiten wachsender Rohstoffnachfrage entwickelt werden, wenn Zeitgenossen eine Knappheit von Ressourcen befürchten. Leider verliert sich die Darstellung mitunter im Dickicht von administrativen und normativen Dokumenten, die zwar detailliert zitiert, deren Widersprüchlichkeit und Uneindeutigkeit allerdings nicht konsequent zum Gegenstand der Analyse gemacht werden. Schade ist zudem, dass Lupanova die originelle Idee von der „Versklavung“ des Waldes nicht systematisch ausführt: Die Art und Weise, in der Menschen ihre Beziehungen zueinander gestalten, bestimmt auch die Ordnung von Mensch-Natur-Beziehungen. Lupanovas Quellen zeigen sehr deutlich, dass hinter den staatlichen und privaten Maßnahmen zum Schutz des Waldes vielfach Interessen standen, deren Durchsetzung gerade die Ausweitung und nicht die Einschränkung des Holzverbrauchs erforderte. Es bleibt daher fraglich, ob das in der Einleitung eingeführte Konzept der „ökologischen Modernisierung“ hilfreich ist, um der Neuordnung von Besitzverhältnissen und Nutzungsrechten im Kon-

text von Staatsausbau, Manufakturentwicklung und Städtewachstum gerecht zu werden. Unklar bleiben die Ausführungen auch in Bezug auf die quantitativen und qualitativen Veränderungen der Wälder. Ob und in welcher Weise Vorschriften und Aufforstungsbemühungen den Baumbestand letztlich verändert haben, bleibt leider offen. Ein wenig hinterlässt die Lektüre daher den Eindruck, man habe den Wald vor lauter Bäumen nicht gesehen.

KATJA BRUISCH

Dublin

JGO 67, 2019/2, 321–322

Michail Vasil'evič Lomonosov

Schriften zur Geologie und zum Berg- und Hüttenwesen (1742–1765)

Hrsg. und komm. von Friedrich Naumann

Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2017. XII, 350 S., 50 Abb. ISBN: 978-3-11-042720-2.

1961 wurde in der DDR zum 250. Geburtstag Michail Vasil'evič Lomonosovs eine zweibändige Auswahl seiner Schriften in deutscher Übersetzung vorgelegt. Jetzt, nach mehr als 65 Jahren, folgt eine deutschsprachige Ausgabe seiner Schriften zur Geologie sowie zum Berg- und Hüttenwesen. Dieser Band bietet für einen speziellen Bereich eine wichtige Ergänzung und Weiterführung der älteren Forschungen.

Beeindruckend ist, mit welcher Begeisterung und inneren Anteilnahme der Herausgeber Friedrich Naumann die veröffentlichten Beiträge Lomonosovs vorstellt. Es wird hervorgehoben, dass Lomonosov in genialer Vorausschau Ansichten äußerte, die erst von den folgenden Generationen gewürdigt werden konnten. Geboten wird als Einleitung eine faszinierende, kenntnisreiche Studie zur Entwicklung der Geologie sowie des Berg- und Hüttenwesens, wobei Russland und die deutsch-russischen Beziehungen einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Aber – und dieses Aber ist groß zu schreiben – Naumann sieht in Lomonosov vor allem den Fachmann für das Berg- und Hüttenwesen, der auch Geologe ist; dass er zudem auch als Universalgelehrter Weltruhm erlangt hat, ist bei Naumann nur einen gelegentlichen Nebensatz wert. Richtig wäre es doch gewesen, den Universalgelehrten Lomonosov, seine Art, wissenschaftliche Probleme anzugehen, in den Mittelpunkt zu stellen und sein Wirken zu Fragen des Berg- und Hüttenwesens sowie der Geologie dieser übergeordneten Sicht zuzuordnen. In den biographischen Ausführungen ist von der Breite der Interessen Lomonosovs jedoch kaum die Rede (von einer Aufzählung abgesehen). Wenn es konkret wird, dann lässt sich das Ausgreifen Lomonosovs über die Grenzen der jeweiligen Disziplin kaum umgehen, so wenn Lomonosovs poetische Ausführungen über das Entstehen des Bernsteins zitiert werden oder wenn in den Gedanken über eine allgemeine Mineralogie physikalische Fragen einbezogen sind.

Hinweise auf den widersprüchlichen Charakter Lomonosovs sucht man in den Ausführungen Naumanns vergeblich. Letztlich bleibt Lomonosov für Naumann der geniale Geologe und Fachmann für das Berg- und Hüttenwesen – aber Lomonosov war mehr! Seine Auseinandersetzungen

mit Bergrat Henckel in Freiberg gingen doch darum, über die Versuchsergebnisse hinausgreifende Verallgemeinerungen zu suchen, was Henckel strikt ablehnte. Damit reiht sich die vorliegende Publikation ein in Veröffentlichungen der Reihe ‚Lomonosov und ...‘, wobei bisher von Astronomie über Chemie, Grammatik, Geographie, Geschichte, Mosaik bis zu Physik und Poesie viele Themen bearbeitet worden sind.

Als Schlussfolgerung sind zur Einführung mit ihrem knappen biographischen Abriss demnach zwei grundsätzliche Bemerkungen zu machen: Erstens – das Wirken Lomonosovs für das Berg- und Hüttenwesen sowie die Geologie wird nicht als Teilaspekt in sein vielfältiges Gesamtschaffen integriert, sondern überwiegend als dominante Disziplin herausisoliert. Die Konzentration auf Geologie sowie auf Berg- und Hüttenwesen führt dazu, dass die universale Vielfalt des Schaffens Lomonosovs nur gelegentlich angesprochen wird (allgemeine Hinweise auf den ‚Universalgelehrten‘ sind in dieser Hinsicht nicht ausreichend). Zum zweiten wird, auch das ist bereits angedeutet, der widersprüchliche Charakter Lomonosovs nicht erwähnt. Bergrat Henckel und Lomonosov werden als zwei bedeutende Wissenschaftler ihrer Zeit auf etwa gleichem Niveau dargestellt; völlig neutral wird vom Weggang Lomonosovs aus Freiberg berichtet. Die für den Charakter und für das Streben Lomonosovs bedeutsamen Auseinandersetzungen mit Bergrat Henckel werden nicht erwähnt. Damit bleiben aber auch die unterschiedlichen Zielsetzungen der wissenschaftlichen Forschungen Henckels und Lomonosovs und das unterschiedlich einzuschätzende Gesamtniveau ihrer wissenschaftlichen Leistung ungenannt.

Die den Übersetzungen vorangestellten Bemerkungen ‚Sprache und Terminologie‘ sind instruktiv. Naumann arbeitet heraus, dass für Lomonosovs Zeit noch nicht die heutige klar definierte Fachterminologie anwendbar ist. So lässt sich nicht klären, ob Lomonosov mit dem Begriff *smešenie* eine ‚Vermischung‘ oder eine chemische Verbindung gemeint hat. Aus seinen Schriften geht nicht hervor, ob Lomonosov diese beiden heute klar zu unterscheidenden Vorgänge überhaupt unterscheiden konnte und wollte. Es wirkt sich weiterhin aus, dass Lomonosov in vielen Fällen sprachschöpferisch vorgehen musste – für bisher in russischer Sprache nicht dargestellte Prozesse und Stoffe musste er in seinen Darlegungen russische Bezeichnungen finden. Die meisten seiner Vorschläge haben sich durchgesetzt, aber durchaus nicht alle, was bei der Übersetzung zu zusätzlichen Schwierigkeiten geführt hat.

Als Kernstück der Edition werden zehn Beiträge Lomonosovs zur angegebenen Thematik in deutscher Übersetzung vorgelegt. In der älteren Publikation waren nur die *Rede über die Entstehung der Metalle durch Erdbeben* (1757) sowie Widmung, Vorwort und zweite Beilage *Über die Erdschichten* aus dem Lehrbuch *Erste Grundlagen der Metallurgie und des Hüttenwesens* (1763) veröffentlicht. Diese Übersetzungen, die er als hochwertig einschätzte, hat Naumann weitgehend übernommen, aber unter fachspezifischen Aspekten überarbeitet, so hat er im Titel sachlich richtig ‚Erste Grundlagen‘ durch ‚Anfangsgründe‘ ersetzt.

Der vollständigen Übersetzung dieses Handbuchs gebührt besondere Anerkennung. In seiner Einführung bringt Naumann den wichtigen Hinweis, dass diese Schrift in Russland weite Verbreitung gefunden hat, so wurde sie sämtlichen zu jener Zeit in Russland bestehenden Betrieben des Berg- und Hüttenwesens zugesandt.

PETER HOFFMANN
Nassenheide

JGO 67, 2019/2, 323–325

V. S. Cvetkov

Dvorjanskoe samoupravlenie Moskovskoj gubernii (vторая половина XIX – начало XX v.)

[Die adelige Selbstverwaltung des Moskauer Gouvernements (von der zweiten Hälfte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts)]

Moskva: Staraja Basmannaja, 2013. 363 S., 11 Abb., Tab. ISBN: 978-5-904043-91-9.

Die Geschichtsschreibung zum Russischen Reich im 19. Jahrhundert weist nach wie vor zahlreiche weiße Flecken auf: So wissen wir etwa recht wenig zur alltäglichen Praxis der adeligen Selbstverwaltungsorgane, zu deren Gründung Katharina II. 1785 mit ihrer berühmten Gnadenurkunde die Erlaubnis gegeben hatte. Allzu hoch hatte der russländische Adel in den vergangenen Jahrzehnten ohnehin nicht im historiographischen Kurs gestanden. Allenfalls interessierte man sich für den Adel als ökonomischen Faktor, als retrograden Fortschrittshemmer, als Betroffenen im Zuge der Emanzipationsgesetzgebung, als Kulturträger eines „Goldenen Zeitalters“ oder als Brutstätte intellektuell-revolutionären Gedankengutes. Weniger konkrete und tiefgehende Beachtung fand der Adel dagegen in seiner Funktion als staats- und gesellschaftstragende Oberschicht, als politisch tätiger Stand, als erstes Realisierungsfeld zivilgesellschaftlicher Ansätze.

Cvetkovs Buch setzt genau hier an und schließt – am Moskauer Beispiel – durchaus eine Lücke in unserer Betrachtung gesellschaftlicher Partizipation im Russischen Reich. Für ihn stellt die adelige Selbstverwaltung ein erfolgreiches Beispiel des Zusammenwirkens von Staat und Gesellschaft dar. Damit reiht sich sein Buch in jene Tendenz einiger russischer Historikerinnen und Historiker der letzten Jahre ein, die Geschichte des Adels seit der Jahrhundertmitte nicht mehr ausschließlich als eine Geschichte des Niedergangs zu schreiben. Die pejorative Grundhaltung gegenüber der privilegierten Oberschichten, wie sie zu Sowjetzeiten nachvollziehbar war und wie sie auch kritische Kollegen und Kolleginnen des Westens prägte, ist mitunter einer Anerkennung der bedeutsamen, auch verantwortungsvollen Rolle des russischen Adels gewichen. Auf der anderen Seite wird insbesondere der Provinzadel immer wieder auch in krisenhaften Kontexten beschrieben.

Dagegen spielte für Cvetkov der Moskauer Adel, der freilich zu den wohlhabendsten, einflussreichsten und stärksten regionalen Adelsgruppen zählte, eine entscheidende Rolle, weil er das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben in Stadt und Gouvernement prägte. Auf breiter legislativer, protokollarischer und persönlicher Quellengrundlage, die in einem eigenen 15-seitigen Kapitel auf sehr systematische Weise vorgestellt wird, versucht der Verfasser ein Gesamtbild der Moskauer adeligen Selbstverwaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu zeichnen. Die Struktur des Buches ist dabei klar und systematisch: Der Reihe nach werden die Adelsvorsteher des Moskauer Gouvernements, die Adelsversammlungen und die Kanzleibeamten der Korporation abgehandelt, danach Finanzfragen geklärt und die gesellschaftlichen, rechtlichen und wohltätigen Handlungsfelder der Vereinigung beschrieben.

Cvetkov tut dies alles ebenso gründlich wie staubtrocken, seine Studie entspricht geradezu musterhaft einem beinahe ‚klassischen‘, in Russland bis heute verbreiteten Verständnis von Geschichtswissenschaft als vermeintlich ‚objektivem‘ in erster Linie deskriptivem, sammelndem und vorlegendem Metier. Problematisierung steht dabei nicht im Vordergrund, stattdessen wird in bewundernswerter Materialopulenz faktographisch beschrieben und aufgezählt, dass der räum-

This material under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

lich von den Archiven entfernte Leser vor Neid erblassen möchte. Freilich – die positivistische Grandeur hat auch bei Cvetkov ihre bekannten Kehrseiten, allen voran den Verzicht auf kritisches Hinterfragen, Begründen, Verstehen und Pointieren. So erfährt man zwar etliches über die Persönlichkeiten an der Spitze des Moskauer Adels, insbesondere über ihre Karrierestationen, Ordensauszeichnungen und finanziellen Verhältnisse, aber jene mit klingenden Namen ausgestatteten Vertreter der Moskauer Obersicht bleiben doch recht blutleer. Dass es sich meist um hochgebildete, verantwortungsvolle, vom Vertrauen ihrer Klientel getragene Männer Mitte vierzig handelte, die mit der notwendigen Erfahrung und der wünschenswerten Energie ausgestattet waren, um einerseits Interessen ihres Standes zu vertreten und andererseits auch eigene Karriereoptionen zu verfolgen, ist sicher eine lohnende, analytisch belegte Feststellung. Was aber hätte man aus der kollektivbiographischen Annäherung an jene schillernden Individuen nicht für ein fesselndes Zeit- und Kulturpanorama machen können!

Die weitgehend leidenschaftslose Darstellung der Adelsvorsteher zwischen 1844 und 1917 lässt bereits erahnen, in welchem Duktus die folgenden Kapitel zu Institutionen und Tätigkeitsfeldern derselben gehalten sind. Problematisch daran ist nicht einmal so sehr der Stil – da befindet sich Cvetkov ja durchaus in internationaler Gesellschaft –, sondern der weitgehende Verzicht auf Hinterfragung, Kommentierung und Verortung: Das Kapitel zu den Adelsversammlungen gerät seitensweise zu einer „sachlichen“, aber nicht durchgehend ergiebigen Aufzählung von Tagesordnungen. In ähnlicher gewissenhafter Deskriptivität sind auch die folgenden, bereits genannten Themenfelder gehalten. Sicherlich – man erhält viele Kenntnisse zu den ständisch-regionalen Angelegenheiten des Moskauer Adels, zu seinen Vertretern, zu seinem Horizont, zu seinen Problemen und den dazugehörigen Lösungsversuchen, zu der sich ausweitenden Verhandlungsintensität, zum strukturellen wie persönlichen Wandel in der „Belegschaft“ der Adelskorporation. Cvetkovs Studie ist informativ, penibel, gut belegt – aber völlig dramaturgie- und spannungsfrei.

Neben der Fülle an Details zum institutionellen Wirkungsfeld des Moskauer Adels vermittelt bzw. bestätigt das Buch auch übergreifende Erkenntnisse, allen voran natürlich, dass Russlands Oberschicht keineswegs eine dekadente, ahnungs- und perspektivenlos vor sich hin lebende Gruppe von Selbstsüchtigen war. Im Gegenteil: Die Korporationen des Moskauer Adels waren sehr aktiv im gesellschaftlichen Leben, politisch interessiert, dabei klar für Kaiser und Autokratie positioniert, aber auch eigene Interessen nicht aus den Augen verlierend. Inwieweit freilich die Adelsinstitutionen anderer Gouvernements mit denen Moskaus vergleichbar sind, könnte nur ein breiter horizontaler Blick zu Tage fördern. Vieles spricht dafür, dass dem nicht so war, denn die Moskauer Adelskorporation profitierte von Reichtum, Anciennität, Prestige und Einfluss zahlreicher ihrer Vertreter. In weiter an der Peripherie gelegenen Gouvernements konnte man mit Russlands altem Herz nicht so ohne weiteres mithalten. Dass die autokratische Politik keine Vernetzung auf Selbstverwaltungsebene gestattete, trug selbstredend auch zur fortgeschriebenen Unterschiedlichkeit der regionalen Adelsverbände bei.

Cvetkovs Beschreibung der Handlungsfelder der Moskauer Adelskorporation bestätigt die enormen Veränderungen, die von der einschneidenden Sozialpolitik Aleksandrs II. auch für den Adel hervorgerufen wurden: So nahm die Verarmung eines Teils des Adels nach der Aufhebung der Leibeigenschaft deutlich zu, weshalb auch die Moskauer Adelsversammlung ihre Tätigkeitsschwerpunkte neu justieren musste: Repräsentationsanliegen (Mitwirkung an Krönungsfeierlichkeiten, Bälle, Empfänge, Denkmalserrichtungen, Kirchenbauten etc.) wurden zunehmend von der Lösung

rechtlicher und finanzieller Probleme insbesondere der verarmenden Teile des Adels überlagert. Deutlich wird freilich auch, dass das ‚zivilgesellschaftliche‘ Engagement des Moskauer Adels auf eigene Standesgenossen beschränkt blieb. So integrativ das Standesbewusstsein innerhalb des Adels wirkte (Adel blieb Adel, auch wenn er seinen Besitz verlor), so exklusiv war seine Haltung gegenüber den anderen gesellschaftlichen Schichten, auch wenn Cvetkov einen lebendigen Austausch mit der Gesamtgesellschaft auszumachen glaubt. Jenes Bemühen, den Adelsstand ‚zusammenzuhalten‘, stärkte durchaus auch die Autokratie, deren soziale Stütze der Adel war und blieb. In jedem Fall ist Cvetkovs für den Moskauer Adel gebrochene historiographische Lanze zu begrüßen, da sie zur weiteren Differenzierung des Bildes von Moskaus Oberschicht beiträgt. Allerdings werden die streckenweise unkritische Herangehensweise sowie die Neigung zur deskriptiven Sammlung einer Breitenwirkung des Buches nicht förderlich sein.

MATTHIAS STADELMANN
Erlangen-Nürnberg

JGO 67, 2019/2, 325–327

Johann-Amvrosij Rozenštrauch – Johannes Ambrosius Rosenstrauch
Istoričeskie proisšestvija v Moskve 1812 goda vo vremja prisutstvija v sem gorode neprijatelja – Geschichtliche Ereignisse in Moskau im Jahre 1812 zur Zeit der Anwesenheit des Feindes in dieser Stadt. Vstupitel'naja stat'ja i komentarii A. Martina, perevod s nemeckogo Ju. Korjakova, perevod s anglijskogo E. Lemenovoj
Moskva: NLO, 2015. 289 S., 8 Abb. = Archivalia Rossica. ISBN: 978-5-4448-0270-0.

Der Titel der Publikation ist ein wenig irreführend, denn Rosenstrauchs Memoiren über seine Moskauer Erlebnisse im Jahr 1812 machen in deutschem Original und russischer Übersetzung zusammen nur ein gutes Drittel des Textes aus (S. 169–280), während der „Einleitungsaufsatz“ des US-amerikanischen Historikers Alexander M. Martin eine Monographie zum Leben des Autors bietet (S. 9–168). Diese etwas ungewöhnliche Kombination von historischer Biographie und Quellenedition stellt allerdings eingehend eine schillernde Persönlichkeit der deutschen Russland-Emigration des frühen 19. Jahrhunderts vor und bietet zudem ein informatives *close reading* eines außergewöhnlichen Ego-Dokuments.

Johannes Ambrosius Rosenstrauch (1768–1835) wurde in einer katholischen Familie des Breslauer Bürgertums geboren. Über seine Jugend ist praktisch nichts bekannt. Die erste urkundliche Notiz ist sein Heiratseintrag von 1788 im Kirchenregister des westfälischen Brilon, der ihn als Feldscher bezeichnet; Martin vermutet, dass er in dieser Zeit als reisender Barbier arbeitete und, wie damals in diesem Beruf üblich, nebenbei kleinere chirurgische Eingriffe vornahm. Ab etwa 1790 ist er als Schauspieler in einer Wandertheaterkompanie in Nordwestdeutschland nachgewiesen, mit der es ihn in den Folgejahren in die Niederlande verschlug, wo er Zeuge der französischen Invasion wurde. Seit 1794 gehörte er zum Ensemble des Hoftheaters des Landgrafen von Hessen-Kassel; auch dort erreichten ihn die Revolutionskriege, als die Residenzstadt 1795 von französischen Trup-

pen belagert wurde. In derselben Zeit trennte sich Rosenstrauch von seiner Frau. Im Jahr 1800 wechselte er an das Hoftheater des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin. Vier Jahre später ging er von dort aus an das deutsche Theater in St. Petersburg. Bereits in seiner niederländischen Zeit hatte sich Rosenstrauch den Freimauern angeschlossen und blieb in Schwerin und Petersburg ein sehr aktives Logenmitglied. Zudem konvertierte er zum Protestantismus in seiner damals verbreiteten pietistischen Spielart. 1809 verließ Rosenstrauch das Schauspielgeschäft, um sich fortan als Kaufmann im Import von Luxuswaren zu betätigen. Im November 1811 siedelte er nach Moskau über und eröffnete auf der als Ladenzeile beliebten *Kuzneckij most* ein Geschäft. So erlebte er im Folgejahr die napoleonische Besetzung der Stadt. Nicht zuletzt, weil es Rosenstrauch gelang, seine Warenbestände weitgehend vor Plünderung zu bewahren, prosperierte er nach dem Krieg als Kaufmann. Er war ein angesehenes Mitglied der Moskauer lutherischen Diaspora und der Gemeinde der St.-Michaelis-Kirche. Darüber hinaus war er weiterhin in mehreren Freimaurerlogen aktiv, besaß Beziehungen bis hinein in die russische Hofgesellschaft und war angeblich persönlich mit Kaiser Alexander I. bekannt. 1820 vollzog er nach der Übersiedlung nach Odessa einen weiteren Laufbahnwechsel: nach einer kurzen Ausbildung wurde er 1821 ohne reguläres Theologiestudium zum lutherischen Pastor geweiht und war noch wenige Zeit in der Schwarzmeer-Metropole als Hilfspfarrer tätig. 1822 ging er schließlich als Pfarrer der deutsch-lutherischen Gemeinde nach Char'kov (Charkiv), wo er bis zu seinem Tod 1835 blieb. In dieser Zeit erwarb er sich einige Bekanntheit als Autor pietistischer Schriften.

Die Memoiren über seine Erlebnisse in Moskau während der Okkupation durch die *Grande Armée* verfasste Rosenstrauch wenige Monate vor seinem Tod. Das Manuskript ist in drei Fassungen überliefert und blieb zu Lebzeiten des Autors unveröffentlicht. Abgesehen von einer kurzen Erwähnung in einem Aufsatz des Historikers M. S. Korelin von 1890, dem die Identität des Autors offenbar unbekannt war, wurde das Dokument in der Geschichtsschreibung nicht beachtet. Seine hier erstmalige Veröffentlichung folgt der in der Handschriftenabteilung des Staatlichen Historischen Museums der Stadt Moskau aufbewahrten eigenhändigen Reinschrift Rosenstrauchs.

Diese Memoiren sind die einzige von Rosenstrauch überlieferte, explizit autobiographische Schrift. Ansonsten pflegte der Autor Stillschweigen über seine bewegte Vergangenheit zu bewahren; selbst die Verbindung zu seinem Sohn Wilhelm (1792–1870), der von seinem Vater das Moskauer Ladengeschäft übernahm und es damit zu einiger Bekanntschaft in der Gesellschaft bis hin zu Erwähnungen in der russischen Belletristik (u. a. bei Ivan Turgenev) brachte, blieb den meisten in seiner direkten Umgebung verborgen. Martin erklärt dies mit Rosenstrauchs Scham, sich in seiner Eigenschaft als lutherischer Pfarrer zu seiner merkantilen Vergangenheit und gleich gar zu seinen jüngeren Jahren am Theater zu bekennen, zumal die Schauspielerei damals noch als anrüchiges Gewerbe außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft galt. Trifft dies zu, ließe es auf einen besonders konservativen Zug in Rosenstrauchs Persönlichkeit und Umgebung schließen; die Alternative wäre gewesen, die Abkehr vom Theater im Stile des Bildungsromans à la „Wilhelm Meister“ als persönliches Erweckungs- oder Bekehrungserlebnis zu deuten.

Während es nicht an Augenzeugenberichten auf Seiten der napoleonischen Invasionsarmee mangelt, sind solche Memoiren von zivilen russländischen Zeitzeugen und insbesondere von in Russland ansässigen Ausländern eher rar. Allein deshalb eröffnet Rosenstrauchs Erlebnisbericht einen willkommenen Perspektivwechsel. Selbstverständlich sollte wie bei allen rückblickend und nach Bekenntnis des Autors ohne zeitgenössische Notizen (sowie in Unkenntnis aller über 1812

bereits vorhandenen Veröffentlichungen!) geschriebenen Erinnerungen eine gesunde faktographische Skepsis walten. Beispielsweise bleibt unklar, wie sich Rosenstrauch in mehreren durchaus gefährlichen Begegnungen mit russischen Plünderern, die er allein durch seine persönliche Überzeugungskraft von ihrem Tun abgehalten haben will, überhaupt kommuniziert hat; denn nach Auskunft eines Bekannten waren seine Russischkenntnisse selbst noch in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts mangelhaft. Martin weist zurecht darauf hin, dass die Literarizität des Textes einen dem Verfasser vielleicht noch aus seiner Theaterzeit verbliebenen Sinn für die Entwicklung von Spannungsbögen, dramatische Zuspitzung und episodische Inszenierung erkennen lässt. Andererseits erhalten Rosenstrauchs Ausführungen eine gewisse Glaubwürdigkeit durch seine entwaffnende Auskunft, den Kaiser der Franzosen kein einziges Mal zu Gesicht bekommen zu haben, obwohl dieser wiederholt auf dem Weg vom und zum Kreml das Haus passiert haben muss, in dem Rosenstrauch Unterschlupf gefunden hatte.

Was den Autor offenbar vor Plünderung und Brandschatzung bewahrte, war die Einquartierung vierer französischer Offiziere in diesem Haus, die Rosenstrauch dem Stab des Marschalls Berthier zuordnet und mit denen er sich durch Bewirtung und kleine Gefälligkeiten gutzustellen verstand. Überhaupt hat es den Anschein, dass aus seiner Sicht die schlimmsten Gefahren nicht von der Besatzungsmacht ausgingen, vielmehr die Ankunft der napoleonischen Armee Gewalttaten verhinderte, die den in der Stadt verbliebenen Ausländern seitens des städtischen Mobs und von aus dem Umland zusammenströmenden Plünderern drohten. Auch seien Gerüchte über die Aufhebung der Leibeigenschaft in Umlauf gewesen, welche die zur Bewachung der herrschaftlichen Häuser zurückgebliebene Dienerschaft und die Bauern aus dem Umland besonders rebellisch gemacht hätten.

Wie auch Alexander Martin in seiner Analyse des Quellentextes betont, sind es gerade Krisenmomente wie diese, welche die sozialen Netzwerke und Einstellungen eines Menschen besonders klar hervortreten lassen. Es wird deutlich, dass Rosenstrauch auch als Pfarrer in Char'kov keine größere Vertrautheit mit dem einfachen russischen Volk hatte gewinnen können, sondern ganz in seinem bürgerlich geprägten, deutsch-lutherischen Umfeld befangen blieb.

ANDREAS R. HOFMANN

Leipzig

JGO 67, 2019/2, 327–329

Irina V. Gerasimova

Pod vlast'ju ruskogo carja. Sociokul'turnaja sreda Vil'ny v seredine XVII veka
[Unter der Herrschaft des russischen Zaren. Das soziokulturelle Milieu Vilnius' in der Mitte des 17. Jahrhunderts]

S.-Peterburg: Izdat. Evropejskogo universiteta, 2015. 341 S., 24 Abb., 4 Tab.,
Notenbeispiele. = Territorii istorii, 7. ISBN: 978-5-94380-195-2.

Wie entwickelte sich das Leben der Bevölkerung der Stadt Vilnius während der russischen Oberherrschaft in der Mitte des 17. Jahrhunderts, genauer im kurzen Zeitraum der Jahre 1655–1661? In-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

wiefern spaltete sich die Stadt in dieser Zeit entlang ihrer konfessionsethnischen Gruppen auf? Und über die engeren Stadtgrenzen hinaus: Welchen Einfluss hatte Vilnius als kulturelles Kontakt- und Diffusionszentrum zwischen der polnisch-litauischen Adelsrepublik und dem Moskauer Zarenreich auf die kulturelle Entwicklung des Letzteren? Diesen Fragen geht Irina Gerasimova in ihrer Monographie nach.

Bereits im einleitenden Kapitel zur Forschungs- und Quellenlage macht die Autorin ihren kritisch-analytischen Zugang zur Thematik deutlich: Sie reflektiert die in der Forschungsliteratur bisher üblichen Bezeichnungen für diese Periode der Geschichte distanziert und unterzieht die publizierten Quellen (vorwiegend aus dem 19. Jahrhundert) einer editionskritischen Analyse – und weist so deren beschränkte Brauchbarkeit nach.

Die Stärke ihres quellenkritischen Vorgehens stellt Gerasimova bei der Beschreibung der Einnahme Vilnius' durch die Moskauer Truppen im August 1655 unter Beweis, indem sie die verschiedenen Berichte kontrastiert. Die erfolgreiche Eroberung der Stadt bewog den russischen Zaren unmittelbar dazu, seinen Herrschertitel mit dem Zusatz als Zar über das Große, das Kleine und neu auch das Weiße Russland zu ergänzen. Er unterstrich damit die Bedeutung, die er der Einnahme von Vilnius im Rahmen des Sammelns der Länder der Rus' beimaß.

Vilnius war nach der Eroberung durch die russischen Truppen eine veränderte Stadt. Die vermögenden Teile der Stadtbevölkerung, und zwar aller Glaubensrichtungen, waren unmittelbar vor der russischen Einnahme in Richtung Königsberg geflüchtet. Nachdem etwas Ruhe eingekehrt war, kehrten insbesondere Kaufleute und Handwerker aus Sorge um das zurückgelassene Hab und Gut wieder in die Stadt zurück. In Vilnius selbst verblieb etwa die Hälfte der Bevölkerung der Vorkriegszeit. Sie schwor dem Zaren zu großen Teilen die Treue und bewies damit Loyalität gegenüber der neuen Ordnung. Die konfessionelle Zusammensetzung der Einwohnerschaft hatte sich allerdings zugunsten der Orthodoxen verschoben (50 % Orthodoxe, 40 % Katholiken), wobei Juden, Unierte und Protestanten/Calvinisten im Vergleich zur Zeit von vor 1655 nur mehr Randgruppen stellten. Auch die Wirtschaftskraft der Stadt lebte nur sehr zögerlich wieder auf. Und das städtische Marktgeschehen war von großer Unsicherheit geprägt, da russische Soldaten, aber auch der lokale Adel die mangelnde Rechtssicherheit und Durchsetzungsfähigkeit der russischen Burgverwaltung zu ihren Gunsten nutzten. Zudem lebten seit 1657 neben den gerichtlichen Instanzen der russischen Wojewodschaftsverwaltung auch jene des städtischen Magistrats wieder auf, was zu einer rechtlichen Doppelherrschaft führte.

Nach dem Übergang unter russische Oberherrschaft begann der Vorwurf des Loyalitätsverrats in der Gesellschaft von Vilnius langfristig interkonfessionellen Zwiespalt zu säen. Der Verdacht traf besonders die Orthodoxen, wobei die Repräsentanten des größten rechtgläubigen Klosters tatsächlich der russischen Wojewodschaftsverwaltung vielfach zuarbeiteten. Der Verratsvorwurf traf jedoch auch die jüdische und die evangelische Bevölkerung. Trotz der umfassenden Amnestie durch den polnischen König nach der Wiedereinnahme der Stadt trieb die Erfahrung des Krieges und der russischen Besatzung so einen bleibenden Keil in die multikonfessionelle städtische Gesellschaft.

In den Jahren 1657/58 wurde Vilnius von der Pest heimgesucht. Gerasimova beschreibt deren Auswirkungen: die Entvölkerung durch Flucht und Sterben, die Sicherheitsmaßnahmen, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern. So wurde zum Beispiel die Korrespondenz mit dem Moskauer Zarenhof auf dem Weg dorthin mehrmals auf neues Papier abgeschrieben. Die Erfahrung der Pest

scheint die verschiedenen Gesellschaftsschichten der Stadt zusätzlich voneinander entfremdet zu haben. Unmittelbar nach der Pestzeit machten weitere Moskauer Regimenter in Vilnius Station. Schlecht oder gar nicht bezahlt, im Unterschied zur russischen Garnison nur auf eine kurze Verweilzeit eingestellt, kannte diese Soldateska gegenüber der Bürgerschaft keine Rücksicht und hauste auf deren Kosten, was sogar den russischen Wojewoden zur Intervention veranlasste.

All diese Erfahrungen verstärkten die innerstädtischen Spannungen. Die russische Besatzungsverwaltung ging nun dezidiert gegen die Unierten vor und verlangte deren orthodoxe Neutaufe. Auf der anderen Seite nutzte die Bürgerschaft die Gelegenheit einer Gesandtschaft an den Zarenhof im Frühling 1658 nicht nur dazu, eine möglichst weitgehende Bestätigung ihrer Rechte zu erhalten. Sie verlangte in diesem Zusammenhang auch, die Ansiedlung von Juden und die wirtschaftliche Konkurrenz durch selbige zu beschränken.

Die Erfahrungen des Jahres 1658 und die sich wiederum verschärfende kriegerische Situation führten zu einem Umbruch im Verhältnis zwischen Stadt und Besatzern. Denn die Bürgerschaft von Vilnius ging nun nicht mehr von einer langfristigen russischen Oberherrschaft aus. Unter dem neuen russischen Wojewoden verschlechterte sich zudem das Verhältnis zwischen der Stadtbevölkerung und der russischen Verwaltung: Im Gegensatz zu seinem Vorgänger praktizierte dieser ein belastendes militärisches Besatzungsregime, ohne mit den städtischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Mit der fortschreitenden Rückeroberung des Umlandes und der Stadt beschränkte sich sein Wirkungskreis 1660/1661 nur noch auf das engere Umfeld der Burg, bevor er schließlich nach deren Einnahme – öffentlich der Stadtbevölkerung zur Schau gestellt – hingerichtet wurde.

Die kulturelle Ausstrahlung der russischen Oberherrschaft über Vilnius ins Zarenreich zeichnet Gerasimova zum Abschluss ihrer Monographie nach. Sie rekonstruiert die Ausfuhr von Kulturgütern durch die Bewohner von Vilnius selbst kurz vor der russischen Eroberung und dann schließlich durch die russische Besatzungsmacht und deren Soldaten, für deren Auskommen diese Kriegsbeute wichtig war. Den Weg einiger Kulturgüter kann Gerasimova dabei rekonstruieren. Vermittelt durch die russischen Soldaten und insbesondere ukrainische Kosaken fanden viele Wertgegenstände aus Vilnius ihren Weg ins Zarenreich, wo sie anschließend insbesondere in den Grenzstädten verkauft wurden. Zum „kulturellen Export“ ins Zarenreich gehörten neben den Kulturgütern auch spezialisierte Handwerker aus Vilnius. Diese Form des Kulturkontakts scheint zwar nicht ausschließlich auf Druck beruht zu haben, aber in letzter Konsequenz hatten die Beauftragten des Zaren doch die Möglichkeit, Handwerker mit ihren Familien zur Übersiedlung nach Moskau zu zwingen, wo sie insbesondere in der Rüstkammer des Kremls beschäftigt wurden. Auch Liedgut fand vor dem Hintergrund der zeitweiligen Eroberung in der Mitte des 17. Jahrhunderts seinen Weg nach Russland.

Gerasimova erschließt mit ihrer Studie nicht nur ganz neues Quellenmaterial zur Geschichte von Vilnius während der russischen Oberherrschaft. Sie breitet dieses in ihrem Werk auch ausführlich aus, ohne dabei einer der damaligen gegnerischen oder heutigen historiographischen Parteien zuzuneigen.

CHRISTOPHE VON WERDT

Bern



JGO 67, 2019/2, 330–332

Klaus von Münchhausen

Geheime Reichssache Auschwitz. Hitlers Befehle zum Völkermord an den Ostjuden

Bielefeld: AJZ, 2016. 381 S., zahlr. Abb. ISBN: 978-3-86039-032-0.

Die Geschichte der Aufarbeitung der NS-Verbrechen ist auch eine solche des Übergehens und Übersehens, des Verschweigens und ungenauen Auslegens von Schlüsseldokumenten der braunen Diktatur. Noch im 21. Jahrhundert mühen sich die Nachgeborenen, die Absichten des Hitler-Regimes *in all ihrer Radikalität* zu begreifen. Anders wären immer neu aufbrandende Debatten und erstaunliche Bucherfolge von Daniel Goldhagen bis Götz Aly kaum verständlich.

Die an der Universität Hamburg von Frank Golczewski betreute, nun leicht überarbeitet vorliegende Dissertation von Klaus von Münchhausen aus dem Jahr 2013 versucht sich an einer weiteren Akzentverschiebung bei der Erklärung, wie der nationalsozialistische Judenmord in Gang gesetzt werden konnte. Sie erschien mit abweichendem Untertitel bereits im Netz: Die NS-Maßnahmen zur Tarnung des Völkermordes an den osteuropäischen Juden (<http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2014/7027/pdf/1.Dissertation.pdf>). Dieser ist insofern zutreffender, als der Autor wiederholt auf Weisungen eingeht, die von Heinrich Himmler ergingen, der bei der Vorbereitung und Durchführung des Judenmords als Befehlsgeber im Mittelpunkt stand – und zwar in seiner Funktion als SS-Chef und als sogenannter Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Seine Quellen bezieht der Verfasser vor allem aus dessen Überlieferung im Bundesarchiv (Bestand R 49). Daneben befasst er sich mit der aus Tarnungszwecken betriebenen Leichenbeseitigung an den Massengräbern (S. 166–180) wie auch mit Täuschungs- und Ablenkungsmanövern des NS-Regimes wie dem sogenannten Madagaskar-Plan. Dritter Schwerpunkt diese Studie ist die „Bau- und Tarnungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau“.

In kritischer Auseinandersetzung mit oftmals älterer Sekundärliteratur besonders jener Historiker, die mit dem Institut für Zeitgeschichte verbunden waren, fragt Klaus von Münchhausen, ob es einen nicht aufgefundenen Geheimbefehl Hitlers zum Mord an den Juden gegeben habe. Er verneint dies und argumentiert, dass der nationalsozialistische Judenmord auf Hitlers Geheimerlass vom 7. Oktober 1939 zurückgeht, in dem er Himmler zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums berief (S. 322–324). Damit wurde dieser ermächtigt, die Utopie vom neuen deutschen Lebensraum in Ost(mittel)europa *mit allen Mitteln* durchzusetzen. In späteren Anweisungen haben sich die Nationalsozialisten immer wieder auf diesen Erlass und andere Entscheidungen Hitlers aus den ersten sechs Wochen nach Kriegsbeginn bezogen. Umgesetzt wurde sein Völkermordprogramm vom Spätsommer und Herbst 1939 von ihm treu Ergebenen, die an dem Erfahrungserbe des Ersten Weltkriegs, am „Dolchstoß“ und an der „Kriegsschuldfrage“ ebenso wie an dem verlorengegangenen Großmachtstatus Deutschlands gelitten und die im Rausch der Tage nach dem 30. Januar 1933 den Eindruck gewonnen hatten, dass sich sturer Radikalismus über kurz oder lang auszahlt.

Wiederholt wirft der Verfasser der historischen Forschung vor, sie habe den „Ausschaltungs-befehl“ übergangen (S. 297–298; mit dem Datum 7. Dezember 1939, S. 301). Auch Himmlers Anordnung vom 19. Juli 1942, die Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement bis Jahresende abzuschließen, sei hierzulande kaum bekannt und nur einmal veröffentlicht worden

(S. 102). Doch hat der Autor selber dem Anhang zufolge – mit einer Ausnahme (S. 306) – keine der gängigen Quellensammlungen benutzt (eine weitere wird im Text genannt).

Der Verfasser beweist einen kritischen Blick, etwa wenn er in Bezug auf Hitlers Rede vom 6. Oktober 1939 darauf hinweist, dass er nicht eine Neuordnung der „ethnographischen Verhältnisse“, sondern eine von Vertreibung und Massenmord begleitete Umwälzung der ethnischen Verhältnisse ankündigte (S. 9, 108).

Nicht von der Hand zu weisen ist, dass Hitler sich im Herbst 1939 über die Grundlinien eines umfassenden Völkermords an unerwünschten Bevölkerungsteilen im eroberten Raum klar war – aufgrund der bei den führenden Nationalsozialisten gegebenen „moralischen und ethischen Grundlagen“, die heute nur schwer nachvollziehbar sind; sie galten auch für das „rechtlich-moralische Wertesystem der Täter“ (S. 295). Zugestanden wird, dass der Kriegsverlauf in der Sowjetunion und der Generalplan Ost die Planung für die Völkermorde veränderten. Wie diese Absicht konkret umgesetzt wurde, lässt sich aber erst vor Ort und in Verbindung mit den selbstgeschaffenen Sachzwängen innerhalb der von 1939 an unterjochten Territorien betrachten, wobei niedere Instanzen mit zu berücksichtigen sind wie etwa im Generalgouvernement von Hans Frank und Odilo Globocnik und in Arthur Greisers Warthegau. Von Faktoren wie den militärischen Erfolgen und Misserfolgen ganz abgesehen, wurde die Lage in den Zwangswohnvierteln für Juden von Vertretern des Besatzungsregimes schon Mitte 1941 als so katastrophal wahrgenommen, dass sie Planspiele entwarfen, die im avisierten deutschen Lebensraum unerwünschten Teile der Bevölkerung in Lagern massenhaft zu ermorden.

Klaus von Münchhausens Klagen darüber, dass die von ihm herangezogenen Schlüsseldokumente in der Forschung keine Berücksichtigung gefunden hätten, haben sich spätestens 2011 und 2014 mit dem Erscheinen der einschlägigen Bände 4 und 9 der Edition *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* erledigt. Dass von Münchhausen diese bislang umfassendste Quellensammlung nicht angesehen hat, beruht offenbar darauf, dass er deren Herausgeber und Bearbeiter als „funktionalistisch orientiert“ abqualifiziert (S. 23). In seinem Buch bezieht sich der Autor selber nur auf (einige wenige) ältere Quellenbände, die in der Volksrepublik Polen entstanden. Was in englischer Sprache vorliegt und was im Netz erschienen ist, bleibt von ihm unberücksichtigt.

Es ist wohl kein Wissenschaftsbereich gegen autistische Tendenzen gefeit, auch nicht die sogenannte Holocaust-Forschung. Schwer nachzuvollziehen ist aber, dass sich der Verfasser am Ende seiner Forschungskritik zugutehält, er habe einen „frühen Befehl Hitlers an Himmler zum Völkermord in Polen“ entdeckt (S. 301). Weiterführend erscheint mir dagegen, wenn sich Klaus von Münchhausen in seinen Schlussfolgerungen dafür ausspricht, Auschwitz-Birkenau nicht mehr (nur) als ein Symbol für den seriellen und technisierten Massenmord zu betrachten. Es sei dort vielmehr um den Versuch „der Führungsgruppe um Hitler“ gegangen, „die deutsche Bevölkerung schrittweise in ein neues ethisches und moralisches System zu überführen [...], in dem die SS-Führungselite Herr über Leben und Tod der ‚Fremdrassigen‘ aber auch der Deutschen sein würde“ (S. 260). So bleibt am Ende die Erkenntnis, dass das Dritte Reich von Anfang an über die zwölf Jahre und drei Monate seiner Existenz ein Verbrecherstaat gewesen ist, da seine Politik von einem unbelehrbaren Psychopathen bestimmt wurde. Die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung dieser Kulturkatastrophe nach 1945 erklären sich dann durch die Beschämung jener, die Hitler begeistert zugejubelt und ihm viel zu lange – und allzu viele bis zuletzt – die Treue gehalten hatten.

Der Anhang enthält zahlreiche Faksimiles von Dokumenten aus dem Bundesarchiv; dabei sind insbesondere die Abbildungen zu den Planungen für monumentale Bauten der SS in Auschwitz hervorzuheben, die auf dem Boden der Mordstätten entstehen sollten. Wenn der Verfasser allerdings feststellt, dass den Nazis das „Verschwinden lassen (sic!) der Vernichtungslager“ (S. 176) zunächst gelang, so ignoriert er die (Medien-)Geschichte des Lagers Lublin-Majdanek, wo die Rote Armee bei der Einnahme der Stadt schon Mitte 1944 ähnliche Zustände vorfand wie ein halbes Jahr später in Auschwitz.

KLAUS-PETER FRIEDRICH

Marburg/Lahn

JGO 67, 2019/2, 332–334

Johannes Gleixner

„Menschheitsreligionen“. T. G. Masaryk, A. V. Lunačarskij und die religiöse Herausforderung revolutionärer Staaten

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016. 269 S. = Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit, 9. ISBN: 978-3-525-31034-2.

Untersuchungen zum Verhältnis von Religion und Politik fokussieren meistens auf die Beziehungen zwischen der Staatsmacht und der (Staats-)Kirche, umfassen also eher institutionelle bzw. rechtliche Aspekte. Religiosität ist jedoch ein Phänomen, das nicht nur im Rahmen der institutionalisierten Kirche stattfindet, und das sich nicht nur auf die Ausübung bestimmter Rituale beschränkt. Gesetzlich kodifizierte Werte und sozialpolitische Ordnungsvorstellungen haben oft einen religionsbezogenen Ursprung. Somit kommt immer wieder die Frage auf, ob ein politisches System mit einer Religion konkurrieren oder sie sogar ersetzen kann.

Hier setzt die Dissertation von Johannes Gleixner an. Am Beispiel der frühen Sowjetunion sowie der frühen Tschechoslowakischen Republik widmet sich der Autor dem „Thema des Verhältnisses von Religion und Politik in der europäischen Moderne“ (S. 21). Leider wird nicht präzisiert, inwieweit die Tschechoslowakische Republik als ein „revolutionärer Staat“ zu verstehen ist. Anliegen seines Vergleiches ist es zu zeigen, dass das religiös motivierte, utopische Politikverständnis nicht nur für die kommunistische Sowjetunion, sondern auch für die demokratische Tschechoslowakische Republik charakteristisch gewesen sei (S. 235). Die neuen intellektuellen Religiositätskonzepte gehörten laut Gleixner zu einem breiteren europäischen „(anti)religiösen Expertendiskurs“ um die Jahrhundertwende (S. 236). Dabei richtet der Autor den Blick auf die aus der deutschen Forschung entlehnte Figur „des religiösen Intellektuellen“ (S. 35). Es ist sehr zu begrüßen, dass der Autor in seiner Analyse über den bekannten Topos des Kommunismus als (Ersatz-)Religion hinausgeht und die Debatten der russischen *intelligencija* im Rahmen der komparativen historischen Semantik als einen integralen Teil der europäischen Religionsdebatten betrachtet, da er dadurch tatsächlich einige Ähnlichkeiten aufzeigen kann. Beide Länder befanden sich in dem Untersuchungszeitraum in einer wichtigen Phase der Staatsgründung. In beiden offensichtlich religiös pluralistischen Gesell-

schaften fand eine Neudefinition der staatlichen und nationalen Gemeinschaft statt, die in Opposition zum *ancien régime* und zu den einflussreichen Staatskirchen formuliert wurde.

Die religiösen Expertendiskurse werden jeweils zweigeteilt dargestellt. Zunächst wird die Situation in den Böhmisches Ländern vor dem Ersten Weltkrieg geschildert, danach folgen zwei Kapitel über die Debatten im Russländischen Reich sowie über die „Sowjetreligionen“, schließlich ein verhältnismäßig kurzer Überblick über die diskursiven Kontinuitäten in der Tschechoslowakischen Republik. Zusammenfassend fragt der Autor nach der Nachhaltigkeit des Konzeptes einer „neuen Religion“. Das umfangreiche Quellenmaterial stammt aus tschechischen und russischen Archiven und wird durch zahlreiche Zeitschriftenartikel ergänzt. Dabei kommen beide im Buchtitel genannten Persönlichkeiten, Tomáš G. Masaryk (1850–1937) und Anatolij V. Lunačarskij (1875–1933) leider viel zu selten zu Wort. Wünschenswert wären tiefere Einblicke in die vom Autor eingesehenen Briefe an Masaryk (S. 103) sowie die öffentlichen religiösen Dispute von Lunačarskij (S. 181, 191) gewesen, zumal der reine Intellektuellendiskurs um die Wahrnehmungsebene erweitert werden könnte. Es wäre spannend zu erfahren, in welcher Sprache über welche religionsbezogenen Probleme mit beiden Experten gesprochen und gestritten wurde. Die Leser finden zwar punktuell heraus, an welchen Situationen der Autor die von breiten gesellschaftlichen Teilen anerkannte Expertenrolle von Masaryk und Lunačarskij festmacht, doch diese Informationen gehen in den allgemeinen Kontextualisierungen etwas unter.

Überraschenderweise geht Gleixner nicht auf Masaryks Russland-Faszination ein. Der Verfasser erwähnt zwar Masaryks Buch *Russland und Europa*, fragt aber nicht vertiefend nach, inwieweit die Kenntnisse der russischen Philosophie und Literatur Masaryks Religionsdenken beeinflusst haben könnten. In seiner Abhandlung zeigt Masaryk jedenfalls seine Kenntnis der Schriften Lunačarskij. Es wäre daher begrüßenswert, einen Einblick zu bekommen, ob zwischen den Protagonisten persönliche Kontakte bestanden und ob bewusste ideelle Anknüpfungen feststellbar sind.

Erkenntnisreich ist dagegen die von Gleixner an mehreren Stellen hervorgehobene Parallele zwischen tschechischen und russischen Diskursen, die ihren Antiklerikalismus und Antikatholizismus betrifft, wobei der Antikatholizismus in Russland noch eine klar antiwestliche, antimoderne Komponente hat, die Gleixner jedoch nicht anspricht. Sehr deutlich wird hier eine Suche nach der reinen, von der kirchlichen Hierarchie nicht verdorbenen Ursprungsreligion, deren Aufkommen eine Selbstbefreiung und eine moralische Gesamterneuerung der Gesellschaft versprach. Die Tschechen sollten demnach aus der katholischen Kirche austreten, für die Russen war der Katholizismus seit Jahrhunderten der religiös gefährlichste Feind. Eine besondere Bereitschaft zur Umsetzung der neuen, freien Religiosität ließ sich nach Gleixner besonders bei religiösen Minderheiten (die in Russland unter dem Sammelbegriff Sekten existierten) beobachten. In beiden Ländern seien sie daran interessiert gewesen, das alte Imperium und die herrschende Kirche zu entmachten (S. 157). Diese Feststellung überrascht nur teilweise, handelte es sich bei den religiösen Minderheiten doch um unterdrückte Gruppierungen, die sich von einer neuen sozialpolitischen Ordnung mehr Freiheit für sich erhofften. Trotzdem finden Vergleiche zwischen protestantischen und von der russischen Orthodoxie abgefallenen Gruppierungen in der Fachliteratur sonst kaum statt. Wünschenswert an dieser Stelle wäre, etwas mehr über die „Zweiteilung religiöser Gemeinschaften in apolitische und modernistische“, die der Autor nur in einem Satz (S. 205) diagnostiziert, zu erfahren, da eine solche Klassifizierung alles andere als selbstverständlich ist.

Zusammenfassend konstatiert der Verfasser, dass die Suche nach dem „Reich Gottes auf Erden“ in beiden Fällen als unerfülltes intellektuelles Konzept bezeichnet werden kann. Dieses Scheitern (S. 235) habe jedoch nicht nur strukturelle Ursachen gehabt. Sowohl Masaryk als auch Lunačarskij hätten keine neue Definition des Verhältnisses zwischen Religion und Politik erbracht, sondern stattdessen mit einem möglichst breiten Religionsbegriff operiert. Der Traum, eine Erneuerung der Menschheit durch die Herstellung der Einheit und Eindeutigkeit in der Sphäre des Religiösen, blieb in beiden Ländern unerfüllt.

Insgesamt handelt es sich um ein lesenswertes Buch, das sehr deutlich zeigt, an welchen Stellen ein weiterer Forschungsbedarf besteht. Die zweifellos interessante Perspektive, die der Autor einnimmt, eröffnet eine Chance, Diskurse über nationale Grenzen hinaus miteinander zu vergleichen. Gleichzeitig ist es ein Buch für fortgeschrittene Leserinnen und Leser. Wer das tschechische politische Leben um 1900 oder russische revolutionäre Diskurse nicht kennt, wird Gleixners Argumentation vermutlich nicht ohne weiteres folgen können.

AGNIESZKA ZAGAŃCZYK-NEUFELD

Bochum

JGO 67, 2019/2, 334–337

Karl Schlögel

Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt

München: Beck, 2017. 912 S., 86 Abb., 2 Ktn. = Edition der Carl Friedrich von Siemens Stiftung. ISBN: 978-3-406-71511-2.

Mit der Lektüre dieses Buches kann man an jeder beliebigen Stelle beginnen, und dann lässt einen der Sog der Erzählung nicht mehr los. Selten kann man den Stil historischer Abhandlungen als „fesselnd“ bezeichnen. „Das sowjetische Jahrhundert“ gehört zweifellos zu diesen Ausnahmen. Karl Schlögel ist für dieses Können, breites Fachwissen in ein ästhetisch schönes literarisches Narrativ zu verpacken, bekannt. Auch bei dieser, zum Jahrestag der Russischen Revolution erschienenen Revue des „sowjetischen Jahrhunderts“, handelt es sich um 845 Seiten äußerst plastischen, ja spannenden Text, angereichert mit wertvollem Fotomaterial. Leserinnen und Leser werden wohl vor allem die Dramaturgie des Buches schätzen: Wie man in einem Museum die Räume, thematische *parcours*, je nach Interesse, Lust und Laune begehen kann, ist es auch möglich, an jeder gerade interessierenden Stelle ins Buch einzusteigen. Der Aufbau des Buches und die Logik der Erzählung gleicht der eines Museums: Karl Schlögel selbst nennt seine Kapitel „Parcours“ und erzählt die Geschichte anhand von Exponaten. Seine „Museumsgegenstände“ sind Ergebnisse einer „archäologischen“ Arbeit. Es werden „Sonden“ angesetzt, Schichten „freigelegt“, die Objekte werden im „Museum“ bzw. in diesem Fall in der vorliegenden literarischen Verarbeitung „geborgen“ und zum Sprechen gebracht. Zudem geht man zusammen mit dem Autor „flanieren“ (Walter Benjamin) oder begibt sich auf eine „Exkursion“ (Nikolaj Anziferov). Schließlich versucht Schlögel die Anordnung der von Objekten erzählten Geschichten in einer „literarischen Montage“ (Benjamin).

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Wie im „klassischen“ Museum – einer Wunderkammer zur bürgerlichen Aufklärung, wie es in der Moderne entstanden ist, – werden die Leserinnen und Leser von einem materiellen Gegenstand zum anderen geführt. Die „sowjetische Zivilisation“ wird ihnen durch den Autor anhand der „Dinge“ erklärt. Gewiss, durch die textuelle Schicht kann uns die eigentliche „Aura“ der Dinge nicht erreichen, umso deutlicher kommt hier die Bemühung des Autors, Dinge zu erklären, zum Vorschein. Ob vielleicht den Objekten zu viel an Sprache aufgedrängt wurde?

Jedenfalls bleiben viele starke Metaphern bzw. „Exponate“ in Erinnerung: „Schubkarren-Professor“ (Šalamov), „rollende Basare“ (Züge der neunziger Jahre), „Bewegung des Verschwindens“ (Haus an der Moskva 1937/38), „Arterien“ der Macht (Telekommunikationsnetz des Kremls), und vieles mehr.

In dieser Rezension ist es praktisch unmöglich, den Inhalt des Buches darzulegen: Allein das Inhaltsverzeichnis nimmt neun Seiten ein. Darum sollte es hier auch nicht gehen, steht doch hier nicht die Präsentation neuer Erkenntnisse sowjetischer bzw. russländischer Geschichte oder das Schließen von Forschungslücken im Vordergrund. Eine Russlandhistorikerin oder ein Russlandhistoriker wird in diesem Buch kaum etwas Neues lesen. Das Neue liegt in dem Konzept, in dem Zugang zur sowjetischen Geschichte: Es geht um Musealisierung der sowjetischen Zivilisation. Zusammen mit den „freigelegten Schichten“ aus der „untergegangenen Welt“ musealisiert Schlögel auch das gegenwärtige Russland. So enden alle „Parcours“ zu sowjetischen Zeiten auch mit einem Exkurs über ihren Ist-Zustand: Wir bekommen den Schnellzug Sapsan, den Begriff „Glamour-Gulag“ und Fastfood-Restaurants im Gorki Park erklärt. Die „Parcours“ sind vielfältig: Schlögel erklärt uns u. a. Zeichen, Körper, Sound, Geschmack, Kochkunst, Duft, Mode, Reisen, Liebesaffären am Schwarzen Meer, Kommunalwohnung, Pflanzen, Film und Literatur, Kommunikation, Gewalt ...

So kann und soll es in der Rezension um Anmerkungen konzeptueller Art gehen, um Einschränkungen, Selbstbeschränkungen, Leerstellen und Funktionalisierungen der Erzählung, die Schlögel hier entwirft. Zunächst zu Figuren der Abwesenheit. Die auffälligste ist der Zweite Weltkrieg, oder der Große Vaterländische Krieg, auch wenn der Autor dies im Vorwort reflektiert: Der Vernichtungskrieg sei das einzige Thema, vor dem er zurückgeschreckt sei; aber auch der Afghanistankrieg kommt im Buch nicht vor. Der Krieg wird bestenfalls angerissen, es geht um Paraderituale auf dem Roten Platz oder um Kapitel zu Dioramen. Dabei blieb kaum eine sowjetische Familie vom Krieg unberührt, und die Kriegerfahrung, die Trauer um verlorene Familienangehörige gehörten und gehören zum Alltag der russländischen Gesellschaft. Dies konzentriert sich in den materiellen (Kriegsdenkmäler) und rituellen (z. B. Tag des Sieges) Objekten, die aber bei Schlögel außer Acht gelassen werden. Kritisch kann man hier anmerken, dass das Verstehen der sowjetischen Zivilisation – Schlögels selbstgewähltes Ziel – ohne das Bild des „schrecklichen“, „heroischen“ Krieges schwer möglich ist. Aus den vielfältigen Bewältigungsprozessen und der offiziellen Propaganda resultierte die Loyalität zum Sowjetsystem – und auch zu Stalin. Sinnggebung des Krieges, „making sense of war“ (Amir Weiner) war ein Teil des „sowjetischen Laboratoriums“; so wie der Afghanistankrieg und die Kultur der Verzweiflung an der Sowjetmacht für die spätsowjetische Gesellschaft ihr destruktives Potential entfaltet. Dagegen nehmen im Buch „Parcours“ zum stalinistischen Terror und Gulag einen großen Raum ein – dass sie eine größere Wirkung auf die Gesellschaft als die Kriege hatten und immer noch haben, darf bezweifelt werden.

Der Begriff des „Laboratoriums“, bezogen auf die Entstehung des Sowjetmenschen, und von „Zivilisation sui generis“ darf jedenfalls kritisiert werden. Gegen die vermeintliche „Eigenart“ des

homo sovieticus spricht ja die von Schlögel selbst entfaltete Erzählung in den Kapiteln zum spätsowjetischen „Konsumismus“ und der Wohnungsfrage in der Zeit Chruschtsëvs und Brežnevs: „Konsolidierung, Ruhe, Sorge um das private Glück löste die Dynamik der Gründerjahre ab“ (S. 433). Hier wirkte westliche Konsumkultur. Auch in anderen „Parcours“ scheint die sowjetische Gesellschaft sich von der westlichen kaum zu unterscheiden: Es geht nicht mehr um ideologische Visionen, sondern um Konsum. Die „Sowjetmenschen“ unterschieden sich kaum von den „Westlern“ in dieser Zeit: Ihre Interessen richteten sich meistens auf Gegenstände des häuslichen Komforts wie die eigene Wohnung, eine Gartenparzelle, tschechoslowakisches Mobiliar, ein Auto, einen Garagenplatz. Die Sowjetgesellschaft wurde zu einer Konsumgesellschaft. Der Held der Zeit war derjenige, der etwas „anschaffen“, (*dostavat'*) konnte, eine Figur, von niemandem so plastisch beschrieben wie von Juri Trifonov. Der sowjetische Schriftsteller traf in seinem Roman *Haus an der Moskva* (*Dom na naberežnoj*) den Zeitgeist am besten. Wenn etwas den Zerfall der Sowjetunion überdauert hat, dann war es – neben der Kriegserinnerung – gerade dieser Konsumkult, der in der Stagnationszeit den Leninkult ablöste. Ist dann eigentlich die Welt – wie der Untertitel uns nahe legt – wirklich „untergegangen“? Wenn Schlögel uns das sowjetische und postsowjetische Leben der „Dinge“ erzählt und somit die Kontinuitäten und Kontingenzen aufzeigt, scheint es, es gibt mehr von den ersteren.

Schlögel beschreibt Trifonov und dessen *Haus an der Moskva* im „Parcours“ „Korridore der Macht“ und diskutiert das „Haus“ – neben Gorki Park und Lubjanka – als einen der Orte, in dem die Errichtung des Museums der Sowjetzivilisation möglich wäre. Schließlich schreibt er: „Es gibt für die Errichtung eines solchen Museums kaum einen besseren Ort als die Lubjanka in Moskau“. Die Portraits der Opfer und der gefolterten Inhaftierten sollten den Besucherinnen und Besuchern das „Epos vom Leben und Überleben im Ausnahmezustand“ (S. 835) erzählen. An dieser Idee kann und soll sich eine Diskussion bzw. Kritik entfalten. Dieser Typ von Museum (in seiner Logik ein Gedenkmuseum) ist im postsozialistischen Raum verbreitet und allgemein bekannt: das Budapester „Haus des Terrors“ (*Terror Haza*), die Genozid- bzw. Okkupationsmuseen im Baltikum, die sich in den ehemaligen KGB-Zentralen oder Gefängnissen befinden. Ihr Museumsnarrativ wird vor allem aufgrund der überspitzten Emotionalisierung durch Aura und Ausstellen des Schreckens kritisiert. Doch diese historischen Orte können aufgrund ihrer spezifischen Aura („hier ist es geschehen“) auch nicht anders, als Besucherinnen und Besucher emotional anzusprechen. Ist die Lubjanka wirklich ein geeigneter Ort? Wäre es nicht verkürzt, die sowjetische Geschichte auf das Thema Gewalt der Geheimdienste zu reduzieren? Vielleicht wäre es angemessener, das Museum der Sowjetzivilisation im „Haus an der Moskva“ zu errichten: Hier könnten die Stalinsche Zivilisation (Opfer und Täter auf einem Flur) und die spätsowjetische Zivilisation (Trifonovs Konsumthematik) gezeigt werden.

Die letzte Anmerkung betrifft die Frage nach der Rolle der historischen Zunft in den (politischen) Debatten der Gegenwart. Schlögel ist eindeutig auf der Seite jener, die aus dem Elfenbeinturm herausgehen; er versteckt die politische Tonlage nicht: Auf der ersten Seite des Buches spricht er über den Krieg des postsowjetischen Russlands gegen seine Nachbarstaaten, und ferner sieht er in der Annexion der Krim und im Krieg Russlands gegen die Ukraine einen wichtigen Impuls zur Entstehung des Buches.

Das Zielpublikum des Buches ist – aufgrund der ungewöhnlichen Art der Erzählung und der politisch engagierten Sprache – primär eine breite Leserschaft. Doch auch Fachkolleginnen und -kollegen und vor allem Studierende finden mit Hilfe eines reichen Anmerkungsapparates einen

schnellen Einstieg in den Forschungsstand zahlloser Themen der Sowjetgeschichte. Und: Mit diesem Buch gelingt es Schlögel, eine Vielfalt an gesellschaftsrelevanter Fragen anzuregen, – auch für eine Fachdiskussion.

EKATERINA MAKHOTINA

Bonn

JGO 67, 2019/2, 337–339

Alexander Vatlin

Agents of Terror. Ordinary Men and Extraordinary Violence in Stalin's Secret Police

Ed., transl., and with an introduction by Seth Bernstein. Foreword by Oleg Khlevniuk. Madison, WI: University of Wisconsin Press, 2016. XXXIV, 171 S., 20 Abb. ISBN: 978-0-299-31080-6.

Vor knapp 15 Jahren, im Jahr 2004 veröffentlichte der Moskauer Historiker Aleksandr Vatlin eine der ersten Lokalstudien zur Geschichte der Massenoperationen in der Sowjetunion: *Terror rajonogo masštaba: ‚massovyje operacii‘ NKVD v Kunccevskom rajone Moskovskoj oblasti v 1937–38 gg.* Vatlin war in den früheren KGB-Archiven des Moskauer Gebietes auf NKVD-Ermittlungsakten aus dem Vorort Kunccevo gestoßen. Mit der Auswertung dieser Quellen leistete er Pionierarbeit für die Stalinismus-Forschung. Über ein Jahrzehnt danach öffnet Seth Bernstein mit seiner englischen Übersetzung Vatlins Arbeit nun für ein größeres Publikum.

Agents of Terror folgt der Frage, wie die Massenoperationen zwischen Sommer 1937 und Frühjahr 1938 durch lokale (sprich: Bezirks-)Ebenen des NKVD umgesetzt, wie die Verhaftungs- und Mordquoten durch die Beamten vor Ort implementiert wurden. Bemerkenswert ist bereits die Quellenauswahl. Der Kunccevo-Bestand umfasst unter anderem Haftanträge, Verhörprotokolle und auch Personalunterlagen der dortigen NKVD-Stelle der Jahre 1937 und 1938. Vatlin stellte ausgehend von dieser Überlieferung zusätzliche Informationen und Archivgut über die Opfer der Massenverhaftungen aus Kunccevo zusammen, um möglichst viele Lücken im Überlieferungsprozess der Geheimpolizei schließen bzw. benennen zu können. Unter den heutigen deutlich restriktiveren Bedingungen im Umgang mit Archivmaterial in Russland ist ein solches Buch, so bemerkt Bernstein zu Recht, nicht mehr denkbar.

Oleg Khlevniuk und Seth Bernstein liefern in Vorwort und Einführung die nötige Einordnung von Vatlins Werk in die aktuelle Forschungslandschaft. Insbesondere Bernstein gibt einen kompakten Forschungsüberblick, um auch Leserinnen und Lesern außerhalb der Fachgemeinschaft einen Zugang zur Geschichte der Massenoperationen und ihrer Kontroversen zu ermöglichen. Vatlin selbst teilt sein Buch in zwei Teile. Vorab stellt er die „Bühne“ Kunccevo vor. Der Bezirk im Moskauer Südosten umfasste damals 38 Dörfer und eine Stadt mit insgesamt etwa 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, statistisch gesehen ein gewöhnlicher zentralrussischer Provinzbezirk. Außergewöhnlich war dieser Bezirk insofern, als dass sich hier die Datschen der sowjetischen Po-

litprominenz befanden. Das NKVD war entsprechend überproportional stark präsent, die Zahl der (vermeintlich) aufgedeckten Verschwörungen und Spionagenetzwerke überdurchschnittlich hoch. Nicht unbedingt für die ganze Sowjetunion, jedoch für die Arbeitsweise der Geheimpolizei präsentiert Vatlin eine anschauliche Untersuchungsregion.

Die beiden Hauptteile widmen sich jeweils den ausführenden Organen („executors“) des Terrors und den „Schablonen“, denen Personen gruppenweise in diesem Terror zum Opfer fielen („patterns of victimization“). Vatlin benennt Täter und Opfer, ohne sich in seiner Analyse von einer Täter-Opfer-Dichotomie leiten zu lassen. Machtmechanismen, Verhaltensmuster und Strategien der Akteure stehen im Vordergrund seiner Betrachtungen, nicht die Psychopathologie des Massenmordes oder die emotionalen Abgründe einer Täterkaste.

Im ersten Hauptteil legt er das Augenmerk daher auf die Clan-Strukturen des NKVD. Am Beispiel des stellvertretenden Leiters des Moskauer NKVD, Aleksandr Radzivilovskij, rekonstruiert Vatlin, wie Karrieren in der Provinz ‚gemacht‘ und wieder beendet wurden. Radzivilovskij rekrutierte gezielt Mitarbeiter nach Kuncovo, denen ein biographischer oder beruflicher Makel anhaftete. Über solche kompromittierenden Details seien Loyalitäten erzwungen und der Corps-Geist gestärkt worden. Ganz im Stil einer Untergrundorganisation suchten die Untergebenen den Schutz ihres Patrons, konnten gleichzeitig ihrerseits mit persönlichen Kontakten in der Gunst ihres Vorgesetzten aufsteigen. Diese Netzwerke wurden mit Angst geschmiedet und in einer Atmosphäre aus Kameradschaft, Gier, Konkurrenzdenken und nicht zuletzt wieder der Angst zusammengehalten, mit dieser verschworenen Gemeinschaft in den Abgrund gerissen zu werden.

Parallel dazu skizziert Vatlin, wie das NKVD in Kuncovo auf die Verhaftungs- und Erschießungsvorgaben aus Moskau reagierte. Um den Quoten gerecht zu werden, zeigten sich die Beamten äußerst fantasievoll. Über alle Informationskanäle stellten sie Zielgruppen zusammen oder wärmten teilweise eingestellte Verfahren aus dem Polizeiarchiv wieder auf, um möglichst spektakuläre Kriminalfälle zu erschaffen. Die Beamten übten dieses ‚Handwerk‘ individuell aus. Einige erpressten das Geständnis durch Folter, andere bedienten sich der Aussagen eigens angestellter Zeugen („staff witness“). Ganz gleich, wie absurd die Anschuldigungen waren, haftete ein Ermittler für ein glaubwürdiges, sprich: widerspruchloses Narrativ und eine (zumindest oberflächlich) lückenlose Beweiskette.

Teil zwei behandelt die Opfer des Terrors durch die Augen des NKVD. Auch hier arbeitet Vatlin eindrucksvolle Fallbeispiele aus den Ermittlungsunterlagen heraus und thematisiert so, was die Einwohnerinnen und Einwohner Kuncovos wissend und vor allem unwissend zur Dynamik der Verhaftungen beigetragen haben konnten. Der Autor beleuchtet in Fallbeispielen unterschiedlichste Muster, nach denen Menschen ins Fadenkreuz der Ermittlungen gerieten. Abhängig von der Strategie des jeweiligen Ermittlers, konnten die ethnische Zugehörigkeit oder nur eine Zufallsbekanntschaft der Zielperson zum Verhängnis werden. Denunziationen spielten für das Klima der Angst eine zentrale Rolle, doch die eigentliche Logik der Verhaftungen im Zuge der Massenoperationen habe sich an den „Risikogruppen“ orientiert. Ab Sommer 1937 verkürzten Beamte die Ermittlungsprozedur und filterten verdächtige Zielpersonen für ihre Anschuldigungen aus den Personalunterlagen – entlang national-ethnischer oder sozialer Kategorien und biographischer Auffälligkeiten.

All diese Beobachtungen leitet Vatlin von Beispielen ab, die er kritisch hinsichtlich ihrer Aussagekraft und Quellengrundlage kommentiert. Die Bandbreite dieser Fallbeispiele ist in beiden Kapiteln immens. Vatlin betrachtet Korruptionsskandale im NKVD ebenso wie das Schicksal von Exilkommunisten. Auf diese Weise entsteht einerseits ein Geflecht aus Verhaltensweisen auf Täter-

und Opferseite, das das Gesamtbild des Terrors um neue Einblicke, wie etwa die Erschaffung von imaginären Terrorzellen, ergänzt. Vatlin veranschaulicht, wie lokale Polizeiergane das Tempo und die Ausrichtung der Massenoperationen erheblich beeinflussten. Andererseits verzichtet er auf ein Leitnarrativ. Bernstein warnt, es sei „difficult to identify the book's main claim“. Tatsächlich überlässt es der Autor dem Leser und der Leserin, die für die Fragestellung relevanten Schlussfolgerungen miteinander in Beziehung zu setzen. Vatlin verweist auf Widersprüche im Material und interpretiert die Fallbeispiele meist isoliert.

Durch diese Vorgehensweise kommt leider auch kein wirklicher Lesefluss auf. Die enge Chronologie wird durch Einlassungen und thematische Exkurse immer wieder durchbrochen, was den Leser, auch angesichts der zahlreichen Namen, um die Orientierung im Text bringt. Ungeachtet dessen bietet die englische Übersetzung dieses Werkes Studierenden fundamental wichtige Einblicke in die Mechanik der Massenoperationen. Vatlins Buch ist in diesem Sinne keine klassische Fachmonographie, sondern liest sich wie ein ausgedehnter, spannend erzählter und kritischer Quellenkommentar, der, unter Zuhilfenahme aktueller Forschungsarbeiten, in den Lesekanon eines Stalinismus-Seminars gehört.

IMMO REBITSCHKE

Jena

JGO 67, 2019/2, 339–341

Irina Schulmeister-André

Internationale Strafergerichtsbarkeit unter sowjetischem Einfluss. Der Beitrag der UdSSR zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess

Berlin: Duncker & Humblot, 2016. 580 S. = Beiträge zum Internationalen und Europäischen Strafrecht, 27. ISBN: 978-3-428-14867-7.

Sowjetische Justiz unter Stalin und internationales Recht erschienen schon vielen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen als kaum miteinander zu vereinbaren. Für die allgemeine Wahrnehmung spielte keine Rolle, dass es während des Zweiten Weltkriegs zunächst einmal Churchill war, der den Gedanken favorisierte, deutsche NS-Größen und Kriegsverbrecher ohne weitere Umstände zu exekutieren. Dagegen beharrte Stalin auf Gerichtsprozessen und gewann hierfür die Unterstützung der USA. Washington übernahm bald die Initiative in der Debatte sowie in der Vorbereitung des internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg. Im Laufe des Prozesses gerieten die Vertreter der UdSSR zunehmend ins Abseits. Am Ende formulierte der sowjetische Richter abweichende Voten, unter anderem zum Charakter des Oberkommandos der Wehrmacht als verbrecherische Organisation. Daneben sollten parallele öffentliche Prozesse in der UdSSR sowie, etwas später, in der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland demonstrieren, dass nur die Sowjetunion konsequent alle Hintergründe und Mechanismen der NS-Herrschaft aufdeckte und Recht gegen alle Verantwortlichen sprach. Die strafrechtliche Zusammenarbeit der Sieger war mit Nürnberg offenkundig an ihre Grenzen gestoßen. Ungeachtet dessen zeichneten und zeichnen die sowjetische sowie heute

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

die russische Historiografie ein positives Bild des sowjetischen Beitrags zu Nürnberg und damit zur Entwicklung des modernen Völker- und Völkerstrafrechts. In der übrigen internationalen historischen und völkerrechtlichen Forschung verschwand die sowjetische Seite, abgesehen von ein paar wenigen Spezialstudien, weitgehend aus dem Blickfeld. Diese Tendenz führte letztlich die kritische Sichtweise des US-Hauptanklägers Robert H. Jackson auf die sowjetischen Kollegen fort. Die vorliegende rechtshistorische Studie leuchtet nun die sowjetische Rolle neu aus. Sie stützt sich hierbei zum einen auf eine genaue juristische Analyse der relevanten Fachliteratur des Zeitraums. Darüber hinaus wertete die Autorin erstmals relevante Aktenbestände von Politik und Rechtswissenschaft der UdSSR ab 1941/1942 aus. Auf dieser Basis entwirft Schulmeister-André ein ebenso detailliertes wie differenziertes Panorama der sowjetischen juristischen und politischen Erwägungen, die Moskaus Zugang zum Nürnberger Prozess zugrunde lagen. Dabei wird deutlich, dass es bündnis-, deutschland- und generelle außenpolitische Vorstellungen und nicht juristische Grundsätze waren, die sowjetische Kernentscheidungen bestimmten. Allerdings verfolgte die sowjetische Politik in diesem Bündel ebenfalls das Anliegen, dass die sowjetische Justiz aktiv mit den anderen Koalitionspartnern zusammenarbeiten und sich hier durchaus auch durch Kompromisse Anerkennung und Mitsprache verschaffen sollte. Auf diese Weise wurden auf fachlicher Ebene genuin sowjetische rechtswissenschaftliche Argumentationen in internationale Diskussionen eingespeist und entfalteten hier ihre Wirkung. Immerhin war es der sowjetische Strafrechtler Aron N. Trajnin, der den späteren internationalen Tatbestand „Verbrechen gegen den Frieden“ wesentlich entwickelte. Dies war möglich, weil die politische Führung in Moskau seit Mitte der dreißiger Jahre der Anbindung der sowjetischen Rechtswissenschaft an internationale, systemübergreifend geführte völkerrechtliche Debatten eigenen Wert einräumte.

Der deutsche Überfall auf die UdSSR sowie das Ausmaß deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen verliehen derlei Überlegungen zusätzliche Aktualität und Dringlichkeit. Bereits Mitte Januar 1942 forderten neun Exilregierungen in London in einer gemeinsamen Erklärung die alliierte Bestrafung deutscher Verbrechen. Spätestens jetzt war das Gesamthema Gegenstand alliierter Kriegspolitik. Sowjetische Erklärungen und Maßnahmen reflektierten den Wunsch des Kremls, in diesem Bereich gemeinsame Regelungen zu finden. Diese sollten sicherstellen, dass sowjetische Anliegen gleichberechtigte Berücksichtigung finden und westliche Alleingänge verhindert würden. Zugleich durchzogen Zweifel an der westlichen Kooperationsbereitschaft sowie die Entschlossenheit, auch im Bündnis sowjetische Kerninteressen nicht aufzugeben, die Aktivitäten der UdSSR. Vor diesem Hintergrund schürte der britische Umgang mit Rudolf Heß nur sowjetisches Misstrauen. Von der westlichen Initiative zur Etablierung der United Nations War Crimes Commission (UNWCC) fühlte man sich in Moskau offenbar überrollt. Die generelle Verflechtung justizpolitischer Fragen mit der allgemeinen Bündnis- und Außenpolitik wurde in dieser Zeit nicht zuletzt daran deutlich, dass die Sowjetunion daran dachte, über die Zusammensetzung der UNWCC die Anerkennung der sowjetischen baltischen Republiken zu forcieren. Unabhängig hiervon lancierte Moskau öffentlich die Idee eines internationalen Strafgerichtshofs, um eine einheitliche Politik der Alliierten in dem Themenfeld zu bewahren. Zugleich wappnete man sich mit der Gründung der „Außerordentlichen Kommission für die Feststellung und Untersuchung der Gräueltaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen“ (ČGK) im November 1942 für multi- wie unilaterale Entwicklungen. Man hätte sich gewünscht, dass die Autorin in ihrer Beschreibung der politischen und justiziellen Schachzüge der Kriegsjahre die ČGK genauer verortet hätte.

Stalin dachte bei dem von ihm geforderten internationalen Strafgerichtshof nie an eine unabhängige Instanz, die unvoreingenommen individuelle Schuld oder Unschuld von Angeklagten feststellen sollte. Es ging Moskau vielmehr darum, einer politischen Entscheidung gegen die deutschen Spitzen zusätzliche internationale Legitimität zu verleihen. Zugleich, so das Kalkül, betrachtete der Kreml den Prozess als Möglichkeit, die sowjetische Interpretation von deutschen Verbrechen und Motiven einem internationalen Publikum nahezubringen. Gemäß diesem Verständnis leiteten ab 1945 gleich zwei Kommissionen unter Vorsitz von Andrej Vyšinskij die Tätigkeit der sowjetischen Vertreter vor Ort. Nachdem sich insbesondere Großbritannien und die USA auf ein internationales Gerichtsverfahren eingelassen hatten, gelang es ihnen jedoch, dies im Wesentlichen am eigenen juristischen Grundverständnis auszurichten. Dies glückte ihnen nicht zuletzt deshalb, weil die sowjetische Seite ihre politischen Ambitionen und Ziele nicht durch ausreichende personelle und organisatorische Mittel unterfütterte. Es fehlte an Übersetzern, an Juristen und an Schreibmaschinen. Es fehlte gleichfalls an substantiellen Vorbereitungen auf die juristischen Herausforderungen und Finessen eines Strafverfahrens nach anglo-amerikanischen Muster. Der Prozessverlauf legte, wie bereits erwähnt, sukzessive die inneralliierten inhaltlichen Diskrepanzen offen. Aus sowjetischer Sicht erwies sich das gesamte Verfahren als von letztlich ambivalentem Wert. Es erfüllte weder alle juristischen noch politischen Hoffnungen – ein Resultat, das 1941/1942 keineswegs abzusehen war. Dieser Befund stellt ein wesentliches Ergebnis der Arbeit dar. Ihre detaillierte Rekonstruktion der sowjetischen Fachdebatten sowie der konkreten sowjetischen Maßnahmen und Entscheidungen im Umfeld des Gesamtprozesses beschreibt sehr genau und differenziert die sich wandelnden Möglichkeiten und Grenzen juristischer und politischer sowjetisch-westallierter Zusammenarbeit. Sie liefert am Beispiel der Justizpolitik aufschlussreiche Einsichten in alliierte Gemeinsamkeiten, Kompromissfelder und Unvereinbarkeiten während des Übergangs vom fragilen Kriegsbündnis zum Kalten Krieg. Dabei macht es die klare Konstruktion der Arbeit auch Nichtjuristen leicht, den komplexen, teils parallelen, teils verflochtenen juristischen und politischen Argumentationslinien zu folgen.

ANDREAS HILGER

Moskau

JGO 67, 2019/2, 341–345

R. W. Davies / Oleg V. Khlevnyuk / Stephen G. Wheatcroft
**The Industrialisation of Soviet Russia. Vol. 6: The Years of Progress.
 The Soviet Economy, 1934–1936**

London: Palgrave Macmillan, 2014. XVI, 496 S., 31 Tab. ISBN: 978-0-333-58685-3.

Dieser Band setzt Robert Davies' Studie zur sowjetischen Industrialisierung fort. Er ist der ökonomisch erfolgreichsten Phase unter Stalin, den Jahren 1934 bis 1936 gewidmet: In diesen „drei guten Jahren“ (Naum Jasny) konnten nicht nur die Früchte der vorhergehenden Investitionen in die Schwer- und Schlüsselindustrien geerntet werden. Das geplante Wachstumstempo wurde drastisch

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

verringert, aber mehr Mittel in zurückgebliebene Bereiche wie den Verkehrssektor investiert. Nur in dieser Periode schenkte Stalin auch dem Konsum große Beachtung.

Davies befasst sich vor allem mit der Ressourcenverteilung im Zentrum, der Lenkung der Geldmenge und der Investitionsplanung. Seine großen Themen sind: die Aufhebung der Rationierung zunächst von Brot und dann der anderen Lebensmittel, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Stachanov-Bewegung und die Vermeidung einer gravierenden Hungersnot nach der Ernte 1936, der schlechtesten der dreißiger Jahre. Davies belegt, dass auf Anweisung Stalins eine grundlegende Umgestaltung der Konsumgüterversorgung erfolgte. Das Ende der Rationierung bedeutete die Abkehr von einem Verteilungssystem: Stalin setzte ab 1934 auf einen „Markt“ im Bereich des Konsums. Die Verbraucher sollten ihre Kaufentscheidungen frei fällen können (S. 267–269). Dafür musste das staatliche Handelssystem anders organisiert werden.

Davies vorrangiges Interesse gilt den weitergehenden Reformvorschlägen, die die ökonomischen Experten Stalin zur Überwindung der auftretenden Probleme machten: zum Ausgleich von Warenangebot und kaufkräftiger Nachfrage, zur Umgestaltung des Handelssystems und zur Bekämpfung der Inflation (u. a. S. 51–53, 227–232, 301). Stalin setzte keinen dieser Vorschläge vollständig um. Vielmehr griff er heraus, was ihm zur Konstruktion eines ökonomischen, auf seine diktatorischen Interessen zugeschnittenen Lenkungssystems nützlich erschien.

Robert Davies, mittlerweile über 90 Jahre alt, stützt sich bei der Abfassung dieser Studie auf die Mitarbeit von Oleg Chlevnyuk (in Bezug auf den Gulag) und Stephen Wheatcroft (für die Landwirtschaft). Entscheidende Ergebnisse zur Aufhebung der Rationierung und der Stachanov-Bewegung sind bereits veröffentlicht worden. (O. Khlevnyuk / R. W. Davies: *The End of Rationing in the Soviet Union 1934–1935*, in: *EAS* 51 [1999], S. 557–609; R. W. Davies / O. Khlevnyuk: *Stakhanovism and the Soviet Economy*, in: *EAS* 54 [2002], S. 867–903)

Der Band ist streng chronologisch gegliedert. Er zeichnet in den einzelnen Kapiteln penibel die Jahres-, Halbjahres- und Quartalsplanung nach, für die Direktiven von oben – in wichtigen Punkten häufig von Stalin – erteilt wurden. Deutlich wird, dass getroffene Festlegungen immer wieder umgestoßen wurden. Zur besseren Verortung der ökonomischen Entwicklung geht Davies in den Kapiteln 2 (S. 15–37), 4 (S. 90–113) und 10 (S. 275–295) auf die allgemeinen Rahmenbedingungen (Repressionen, Entwicklung der inneren und außenpolitischen Lage) ein. Kapitel 5 (S. 113–135) ist u. a. der Entscheidung zur Abschaffung der Brotrationierung gewidmet. Im 8. Kapitel behandelt Davies die Folgen der sich 1935 abzeichnenden Stabilisierung der Wirtschaft (S. 193–263): Stalins „Über-Optimismus“ über die guten ökonomischen Aussichten habe ihn neuerlich dazu verleitet, die Vorsicht aufzugeben und den Investitionsplan für 1936 deutlich anzuheben (S. 193–194). Kapitel 9 schildert diesen letztlich verhängnisvollen Umschwung: die ehrgeizigen Planungen für 1936 (S. 264–274). Kapitel 11 zieht die ökonomische Bilanz für 1936 nach Quartalen und geht auf die Missernte ein (S. 296–320). In der Jahresbilanz stellt Davies auch für 1936 einen Erfolg fest (Kapitel 12: S. 321–369) und spielt damit direkt auf die Vermeidung einer neuerlichen Hungersnot mit Millionen Toten an: Er dokumentiert Stalins Anweisungen zur Getreidebeschaffung und zur Ausgabe von Getreidedarlehen an die Regionen (Appendix A und B, S. 370–383). Es folgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse (S. 384–396).

Davies belegt seine Aussagen sehr sorgfältig. Zugleich ist er – nicht unüblich für die angelsächsische Historiographie – sehr zurückhaltend bei der Formulierung seiner Ergebnisse. Das ist bedauerlich, denn was er präsentiert, ist durchaus sensationell: Er weist nach, wie stark Stalin durch die

vorhergehenden Katastrophen (die ökonomische Krise 1931–1932, die aus dem Hochpeitschen der Wachstumsraten erwuchs, und die Hungersnot von 1932/33) verunsichert war: Davies spricht von Stalins „Vorsicht“ beim Stecken von Wachstumszielen zwischen 1933 und 1935. Er belegt, dass Stalin ab 1933 konsequent die Bildung einer großen staatlichen Getreidereserve verfolgte, um im Falle einer Missernte nicht wieder in Bedrängnis zu geraten. Er vermag also einen Stalin zu präsentieren, dem bewusst war, dass falsche Lenkungsentscheidungen seine Herrschaft gefährdet hatten. Ob er seine eigene Verantwortung dafür erkannte, lässt sich nicht eindeutig sagen.

Davies zeigt gravierende Widersprüche in Stalins Konstruktion des Wirtschaftssystems auf: Eine im Produktionsbereich zentral regulierte Wirtschaft, die dennoch im Bereich des Konsums den Individuen eine freie Kaufentscheidung einräumte. Das Verteilungsprinzip war aber auch zuvor mit der Rationierung nur halbherzig umgesetzt worden, weil die gleichen Waren zu extrem hohen „kommerziellen“ Preisen im Staatshandel angeboten wurden. Die große Preisdifferenz legte die Grundlage für die Spekulation mit Lebensmitteln und industriell erzeugten Konsumgütern. Ein weiterer Widerspruch in Stalins Wirtschaftskonzeption bestand darin, dass er auf eine *economics of scale* setzte, während im Handel das Prinzip des Wettbewerbs durch Konkurrenz gelten sollte (S. 232). Angesichts der weitgehenden Monopolstellung des Staatshandels hätte dieser sich selbst Konkurrenz machen müssen! Beide Widersprüche bestanden bis Ende der achtziger Jahre fort. Ich möchte einige wichtige Ergebnisse dieser Studie festhalten, die unser Wissen über den Stalinismus wesentlich erweitern:

Davies präsentiert, was das Archivmaterial über die Lenkung der Wirtschaft von oben und Stalins persönliche Motive hergibt. Er beleuchtet damit die Informationsgrundlage für Entscheidungen der Parteispitze und insbesondere Stalins. Anders als Paul Gregory verzichtet er zur Erklärung von Stalins Handeln auf einen theoretischen Ansatz. Dabei wird deutlich, wo die Grenzen der Betrachtung von oben liegen. So lassen sich zwar Anhaltspunkte für Stalins Handeln finden, die dahinterstehenden Überlegungen und Motive sind aber nur selten festgehalten. Das gilt selbst für die Anweisung, das Wachstumstempo im 2. Fünfjahrplan drastisch zu reduzieren (S. 12 f.). Der Planungsprozess basierend auf einer Revision vorheriger Entscheidungen brach offenbar niemals ab. Wirklich „endgültige Pläne“ brauchte niemand. Die Unberechenbarkeit Stalins wurde dadurch verstärkt, dass der Diktator zu jedem Zeitpunkt die Plandirektiven auch wieder verändern konnte. Fast alle grundlegenden Entscheidungen, die Davies behandelt, fielen ad hoc, ohne gründliche Vorbereitung und ohne vorherige Aufnahme in die Jahresplanung: so die Aufhebung der Rationierung und die Verlagerung von Investitionen in den Rüstungssektor. Es ist lediglich nachzuweisen, dass Stalin nachhaltig versuchte, eine neuerliche Hungersnot zu vermeiden. Jedoch legte er auch hier sein Kalkül niemals offen. Davies kann zur Getreidebeschaffung 1934 nur mutmaßen: „The extent of Stalin’s anxiety – if he did not already have the abolition of bread rationing in mind – would be surprising“ (S. 122). Offizielle Plandirektiven hatten also oft wenig Bedeutung, entscheidende Weichstellungen ergaben sich aus der operativen Wirtschaftsführung.

Zu den erzielten Erfolgen hält Davies fest: „[...] it would be wrong to conclude that this progress depended on consistent and regular planning methods“ (S. 395). Weiterhin verband Stalin die Planung mit Mobilisierungskampagnen (u. a. Stachanov-Bewegung). Alle finanziellen Planungen wurden in wichtigen Aspekten immer wieder umgeworfen. Ging der zweite Fünfjahrplan davon aus, dass die Rationierung über 1937 hinaus beibehalten würde, schuf Stalins Entscheidung, die Brotrationierung Ende 1934 zu beenden, erhebliche Regulierungs- und Kontrollprobleme: die

Brotpreise im Kleinhandel stiegen, danach auch die Preise für andere Lebensmittel (S. 121–129, 173–176). Jedes Jahr wurden die Investitionen zunächst niedrig geplant, dann aber zugunsten viel höherer Werte umgeworfen. Gosplan erteilte immer wieder Direktiven, die Preise zu senken. In der Praxis wurden sie aber nicht eingehalten (S. 268–274). Davies hält dennoch fest, dass das Zentrum Kosten und Preisen – anders als zu Anfang der dreißiger Jahre – viel Aufmerksamkeit geschenkt und sich durchgehend um eine Kostenreduzierung bemüht habe.

Der Finanzwirtschaft und der Geldmenge kam für das Auslösen von Problemen im Stalinismus offenbar größere Bedeutung zu, als bisher angenommen wurde. Die Aufhebung der Rationierung war ökonomisch erforderlich, um überhaupt die Einnahmen des Staatsbudgets zu erhöhen (S. 62 f.). Sie wurde mit Kompensationen für alle verbunden, die bisher Getreide zu günstigen Rationierungspreisen erhalten hatten: die Industriearbeiter sowie die Produzenten von Baumwolle, Flachs und Zuckerrüben. Für die Arbeiter wurde der Lohn angehoben. Für die betroffenen Agrarproduzenten dekretierte Stalin, die staatlichen Aufkaufpreise zu verdrei- oder sogar zu vervierfachen. Davies weist nach, dass es danach nicht gelang, die Finanzwirtschaft in den Griff zu bekommen und so die Wirtschaft effektiv zu kontrollieren: Verantwortlich dafür waren gerade die ökonomischen Erfolge: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität führte 1935 und 1936 zu einem ungeplant schnellen Anstieg des Lohnfonds (S. 73–75; 240 f.). Ab 1935 erzwang dann der Erfolg bei der Steigerung der Baumwollproduktion eine zusätzliche Geldemission, um die Aufkäufe zu finanzieren (S. 240 f.). Der Verlust der Kontrolle über die Geldmenge beeinträchtigte die Umsetzung des Plans. Die kaufkräftige Nachfrage der Bevölkerung stieg stark und erschütterte nachhaltig das Marktgleichgewicht. Ad hoc mussten mehr Konsumgüter auf den Markt gegeben und Preise verändert werden (S. 179 f.).

Die Spekulation mit Waren stellte bereits Mitte der dreißiger Jahre ein erhebliches Problem dar. Die gewaltige Preisdifferenz zwischen rationierten Waren und solchen im kommerziellen Staatshandel machte es zunächst attraktiv, Waren aus Rationierung umzulenken und im kommerziellen Handel zu verkaufen (S. 60–63). Anschließend übte die ungedeckte kaufkräftige Nachfrage den gleichen Effekt aus. Solange sie fortbestand – bekanntlich bis Januar 1992 –, blieb die Spekulation mit knappen Waren attraktiv. So führte schon 1934 die extreme Knappheit an Baumaterialien zu Diebstählen von Baustellen (S. 59–61). Eine Überprüfung durch Politbüro-Mitglieder vor Ort deckte 1934 verbreitet geschlossene Fabrikkläden auf, in denen die zu Rationierungspreisen erhaltenen Lebensmittel und Waren illegal zu kommerziellen Preisen verkauft wurden. Die Verhaftung oder Exilierung von Spekulanten – allein im ersten Halbjahr 1934 über 100.000 Personen –, konnte das Problem nicht lösen. Mikojan erkannte, dass diese illegalen Aktivitäten nur durch den Ausgleich von Einzelhandelspreisen und Einkommen überwunden werden könnten (S. 10). Es gelang nicht, den Kaufkraftüberhang zu bekämpfen, weil Stalin den weitergehenden Vorschlägen der Spezialisten, die staatliche Preisfestsetzung zu lockern und den Handelsorganen mehr Freiheit zu geben, nicht folgen wollte. Davies hält fest: „The relatively low prices of industrial consumer goods meant that shortages were endemic“ (S. 349).

Wenig beachtet wurde bisher auch, wie stark Stalin Mitte der dreißiger Jahre auf Konsum setzte. Die Aufhebung der Rationierung sollte den Rubel – und damit Löhne und Preise – wieder zum entscheidenden Anreiz machen (S. 124). Er entschied, dass von den erhöhten Investitionsmitteln 1936 vor allem auch der Konsum profitieren sollte (S. 266–272). Die Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Gesundheit sollten um mehr als 60 Prozent steigen. Davies sieht Stalin als „the moving force in this decision“. So schrieb dieser an Molotov: „[...] everything that increases the

production of consumer goods for the mass market must be given more emphasis from year to year. Without this it is not possible to advance at present“ (S. 267).

Davies zeigt auf, wie Stalin nach der Missernte 1936 eine Hungersnot verhinderte. Er schenkte Getreide im Umfeld der Ernten 1934–1936 besondere Beachtung (S. 56 f., 66–68, 82–84, 156, 252–263). Vor allem die von ihm angeordneten zusätzliche Getreideaufkäufe (*zakupki*) dienten zur Bildung eines unantastbaren Getreide-Reservfonds (S. 258–261). Die Schwierigkeiten, die Bevölkerung mit Brot zu versorgen, waren 1936 erheblich, aber nicht vergleichbar mit 1932 (S. 365): Es gab kaum Todesfälle durch Hunger oder Unterernährung. Davies erklärt das damit, dass zum einen weniger Druck auf die Bauern ausgeübt und die Pläne für die Pflichtablieferung etwas gesenkt wurden. Den lokalen Behörden wurde erlaubt, 20 Prozent des regional aufgekauften Getreides zu Staatspreisen an die Bevölkerung zu verkaufen. Zum anderen wurden umfangreiche staatliche Getreidedarlehen an die Regionen ausgegeben: In insgesamt nicht weniger als 120 Einzelbeschlüssen stellte das Politbüro knapp vier Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung. „It is no exaggeration to claim that the availability of these stocks, and the decision to draw on them so drastically, was crucial in avoiding a famine which could well have resulted in the deaths of as many millions of peasants as in 1933 (S. 366 f.).

Auch wenn Davies' Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung zunächst spröde erscheinen mag, erweitern seine Ergebnisse unser Wissen über den Stalinismus und Stalins Handeln grundlegend. Sie stellen zentrale Aussagen der „Gewaltforscher“ und zur Hungersnot 1932/33 in Frage. Davies belegt, dass Stalin hinter allen entscheidenden Korrekturen in der Wirtschaftslenkung stand. Dabei stützte er sich zum Teil auf die Vorlagen der Experten. Davies gelingt es, die Gründe für Stalins Fehlschlag bei der Konsumorientierung genau zu beschreiben. Sie führte zu einem weitgehenden Kontrollverlust über die Finanzwirtschaft und damit auch über die Investitionen. Das Ziel, die Bevölkerung über den Konsum einzubinden, wurde 1936 dramatisch verfehlt. Die Sowjetwirtschaft war in der Lage, neue Panzer und Flugzeuge zu entwickeln. An der Produktion von Ausrüstungen und Werkbänken für die Leicht- und Konsumindustrie scheiterte sie kläglich. Für die Mitte der dreißiger Jahre spricht Davies von einer qualitativ neuen Periode der sowjetischen Industrialisierung. Die Arbeitsproduktivität stieg jetzt bei der Industrie und im Transportwesen erheblich. Doch warnt er davor, das zu hoch zu bewerten. Eine „voll industrialisierte Wirtschaft“ sei noch nicht erreicht worden: So blieb etwa die Importabhängigkeit bei Buntmetallen und anspruchsvolleren Werkmaschinen stark (S. XV). Dieser Beitrag zum Stalinismus ist mit einem ausgezeichneten wissenschaftlichen Apparat ausgestattet und verdient große Beachtung!

STEPHAN MERL
Bielefeld



JGO 67, 2019/2, 346–347

Reiner Tosstorff

Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937

Paderborn: Schöningh, 2004. 791 S. ISBN: 978-3-506-71793-1.

Reiner Tosstorff

The Red International of Labour Unions (RILU) 1920–1937

Transl. by Ben Fowkes. Leiden, Boston, MA: Brill, 2016. XVIII, 918 S. = Historical Materialism Book Series, 120. ISBN: 978-9-004-23664-6.

Das 2004 vom Verlag Ferdinand Schöningh veröffentlichte Buch über die Profintern, die gewerkschaftliche Unterorganisation der Komintern, ist eine überarbeitete und gekürzte (!) Fassung der 1999 von Reiner Tosstorff an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz vorgelegten Habilitationsschrift. Im Jahre 2016 erschien bei Brill eine inhaltsgleiche englische Ausgabe. Letztere ist Anlass für diese Buchbesprechung, die sich aber auf die deutsche Ausgabe bezieht, die seinerzeit in den „Jahrbüchern“ keine Rezension fand.

Insgesamt ruft diese detailreiche Studie zwei Fragen auf, die sich auf den Wandel des Wissenschaftsbetriebes im 21. Jahrhundert beziehen. Für eine Monographie ist 119 Euro bereits ein stolzer Preis. Die englische Ausgabe ist noch einmal doppelt so teuer, was sich sicherlich nicht nur aus der bekannten Preisgestaltung des Brill Verlags, sondern auch aus den Übersetzungskosten erklären mag. Die Folge ist, dass das Buch für jede Universitätsbibliothek ein Muss ist, es sich aber keine Wissenschaftskollegin und kein Wissenschaftskollege leisten wird. Die zweite Frage betrifft den Umfang von knapp 800 bzw. fast 1000 Seiten. Die Studie bewegt sich zwischen erschöpfender Quellensammlung und theoretischer Analyse. Wer sich tiefgehend mit kommunistischer Gewerkschaftspolitik und ähnlichen Themen befasst, wird sich immer noch selbst zum RGASPI-Archiv in Moskau aufmachen müssen. Eine Habilitationsschrift ist verständlicherweise keine Quellenedition. Wer sich eher cursorisch mit dem Thema befasst, wird sicherlich von Preis und Umfang des Buches abgeschreckt werden. Die Habilitationsschrift bietet verständlicherweise keine kompakte, leicht zugängliche Auseinandersetzung mit der existierenden Forschungsliteratur.

Die mit sieben Seiten erstaunlich kurze Einleitung verrät den narrativen und deskriptiven Ansatz des Buches. Einzelne Themenbereiche (wie die Erste Internationale) werden entschuldigend ausgeklammert, aber über die Fragestellungen zu den übriggebliebenen Themen, Organisationen und Phasen erfährt der Leser nahezu nichts. Die Entscheidung, die Profintern aus der Innenperspektive zu betrachten, ist vielversprechend. Zu oft wurde sie lediglich als Marionette der Komintern betrachtet, die ihrerseits als Marionette des Kremls galt. Nicht die Einflussnahme beider Organisationen der Weltrevolution im Ausland im Dienste der sowjetischen Politik steht hier im Mittelpunkt: Wie die Komintern insgesamt wurde die Profintern (aber auch die Krestintern für die Bauern) der Sowjetführung alsbald lästig. Tosstorff erklärt die Tatsache, dass sie trotzdem weiterexistierten, aus dem „Selbsterhaltungsdrang“ heraus und wirft nicht die Frage auf, ob die Komintern und ihre Unterorganisationen nicht einen eigensinnigen Hort ideologischer Weltrevolutionäre bildeten, der sich vergeblich, aber unbeirrbar gegen die neuen stalinistischen Strategien auflehnten. Diese naheliegende Hypothese würde die Entscheidung des Autors, das Hauptaugenmerk auf die

Vor- und Gründungsgeschichte der Profintern sowie den Streit um ihre Auflösung Mitte der dreißiger Jahre zu legen, infrage stellen. Gerade das Weiterarbeiten in den Jahren (ab 1924), in denen die Organisation und ihre Führung vom Kreml bestenfalls vernachlässigt und schlimmstenfalls unterdrückt wurden, hätte dann mehr Aufmerksamkeit verdient. Von den 700 Seiten des Haupttextes sind gut 400 Seiten der Vorgeschichte, den Vorläufern und dem Gründungskongress sowie dem Auflösungsprozess 1934–1937 gewidmet. Die Zeit der Krisen der Profintern von 1921 bis 1934, geprägt von Kurswechseln und Auflösungsforderungen, wird auf 300 Seiten aufgearbeitet.

Die Bewertung der Auseinandersetzung mit der Historiographie fällt schwer, nicht nur weil die letzte Aktualisierung der Bibliographie erwartungsgemäß (mit einigen wenigen Ausnahmen) 1999 beendet wurde. Auffällig ist, dass die Liste der Primärquellen doppelt so lang ist wie die der Sekundärliteratur. Demgegenüber steht die unfassbar umfangreiche Sammlung von Archivbeständen in mehr als einer Handvoll Staaten, die für die Studie herangezogen wurde, sowie Zeitungen, veröffentlichte Konferenzberichte, zeitgenössische und (auto)biographische Literatur auf Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch, Spanisch, Italienisch und Niederländisch – eine Leistung, die man bestenfalls von einem Autorenkollektiv, nicht von einem einzelnen Autor erwarten dürfte. Seit 1999 ist viel neue und relevante Literatur erschienen, wie z. B. das dreibändige Werk *Deutschland, Russland, Komintern* und genauso umfangreiche Studien zu den Komintern-Kongressen in der gleichen Verlagsreihe „Historical Materialism Books“. Somit hat eine derart umfassende Studie mit einer solch langen Umlaufzeit einerseits den Anspruch, die definitive Monographie zur betreffenden Organisation der Profintern zu sein. Andererseits werden Forschungsansatz und Einordnung in der sich immer erweiternden und erneuernden Fachliteratur über kurz oder lang eingeholt. Die Einordnung beschränkt der Autor weitgehend auf die Studien zur Profintern, zur Komintern und zu internationaler Gewerkschaftsorganisation von kommunistischer Seite. Angesichts der endlosen vielsprachigen Literatur ist dies mehr als verständlich.

Knapper noch als Einleitung fallen die Schlussbemerkungen aus (S. 712–716). Ähnlich wie sich die Geschichte der politischen Ereignisse nach einer kurzen Einleitung über die Begriffspaare Kommunismus und Syndikalismus sowie Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu entfalten beginnt, endet die Geschichte abrupt mit der förmlichen Auflösung der faktisch bereits nicht mehr existierenden Organisation. Das eigentliche Fazit lautet: „Insgesamt zeigte sich die RGI somit als ein für die internationale kommunistische Bewegung vor allem in der Anfangszeit wichtiger und einflussreicher Faktor, der dem Bolschewismus die Gewinnung einer zuvor gegenüber der marxistischen Sozialdemokratie skeptischen Strömung und allgemein eine Verbreiterung des Einflusses ermöglichte“ (S. 715). Durch die exklusive Ausrichtung auf die „große Politik“ einer schlussendlich doch kleinen Organisation (Kongresse, Führungspersonen, Machtgefüge und Strategiewechsel) bleiben neuere Ansätze wie die der institutionellen Kultur einer Organisation gänzlich außen vor. Hier, mehr noch als in den fehlenden zwanzig Jahren Fachliteratur zum Thema, zeigt sich die Halbwertszeit einer solchen umfassenden und definitiven Biographie einer politischen Institution.

WIM VAN MEURS
Nijmegen/Kleve



JGO 67, 2019/2, 348–350

Valentina V. Mar'ina

SSSR – Slowakei 1939–1945 gg. Voенно-političeskie aspekty

[UdSSR – Slowakei 1939–1945. Militärpolitische Aspekte]

Moskva: Inslav RAN, 2017. 495 S. ISBN: 978-5-7576-0383-4.

Aus Anlass des 90. Geburtstags von Valentina Vladimirovna Mar'ina hat das Moskauer Institut für Slawenkunde (*Institut Slavjanovedenija*) ihre Monographie über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Slowakei während des Zweiten Weltkriegs veröffentlicht. Diese erste Gesamtdarstellung des Themas bindet zahlreiche Einzelstudien der Verfasserin zusammen. Während ihrer langjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit hat sie dazu zahlreiche Bestände in zentralen russischen Archiven sowie die ausländische, d. h. besonders die slowakische Literatur ausgewertet. Eine Auswahl bisher meist ungedruckter Dokumente ergänzt die Monographie.

Nach einem ersten Kapitel über die Entstehung der Slowakischen Republik unter dem Druck des nationalsozialistischen Deutschland im März 1939 untersucht sie im zweiten Kapitel die Entscheidung der Sowjetführung, diesen neuen Staat *de jure* anzuerkennen. Sie revidiert die Aussage der sowjetischen Historiographie, dieser Schritt habe der Kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) helfen sollen. Vielmehr habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum neuen Kurs der Sowjetunion nach dem Ribbentrop-Molotov-Pakt gehört. Für ihr drittes Kapitel über das Verhältnis beider Staaten nutzt die Verfasserin vor allem die Berichte des sowjetischen Gesandten in Bratislava. Themen waren die Versuche des slowakischen Außenministers ebenso wie kommunistischer Funktionäre, die Abhängigkeit von Deutschland durch begrenzte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu mildern. Der sowjetische Gesandte bezeichnete die Slowakei Ende 1940 als „kompaktes Militärlager“ (S. 116) und berichtete ebenso wie der TASS-Korrespondent in Bratislava über Gerüchte über einen baldigen deutschen Angriff auf die Sowjetunion, beeilte sich jedoch zu versichern, dass er nicht daran glaube. Die Verfasserin beurteilt seine Berichte über die slowakische Innenpolitik als zuverlässig, während die slowakische Mission in Moskau offenbar kaum Zugang zu Informationen besaß.

Die Slowakei nahm am deutschen Ostfeldzug teil, ohne der UdSSR den Krieg zu erklären. Das Vorgehen der slowakischen Divisionen auf sowjetischem Boden sei aus politischen Gründen kaum behandelt worden, stellt die Verfasserin im vierten Kapitel fest. Erst Jozef Bystrický habe das Schweigen gebrochen. Staatspräsident Jozef Tiso und Verteidigungsminister Ferdinand Čatloš rechtfertigten den Kriegseintritt mit dem Kampf gegen den Bolschewismus, der sich aber nicht gegen das russische Volk richte. Die „Schnelle Division“ nahm auch am Kampf um Kiev teil. Sie wurde nicht wegen etwaiger Desertionen zurückgezogen, die bis 1942 seltener waren, als in der Nachkriegspropaganda behauptet wurde, sondern um sie umzurüsten. Danach beteiligte sie sich auch am Vormarsch im Nordkaukasus. Sie habe auch Strafaktionen gegen Partisanen und deren Helfer unternommen. Erst beim schnellen Rückzug aus dem Nordkaukasus war ein Teil der slowakischen Soldaten demoralisiert und ergab sich der Roten Armee. Als 1. Infanteriedivision wurde die geschwächte Einheit zum Bau von Verteidigungsanlagen und hinter der Front auf der Krim eingesetzt. Als sowjetische Panzer Ende Oktober 1943 auch diese Verteidigungslinie durchbrachen, ließen sich viele slowakische Soldaten lieber gefangen nehmen, als ihr Leben zu riskieren. Die ande-

re, die sog. Sicherungsdivision beteiligte sich am Schutz der Verkehrsverbindungen und wichtiger Objekte in der Nordwest-Ukraine. Auch hier gab es Überläufer, doch half sie auch der SS bei der Erschießung von Juden. Auch führte sie sog. Sühnemaßnahmen gegen Partisanen durch.

Im fünften Kapitel geht die Verfasserin auf den Aufbau tschechoslowakischer Einheiten auf dem Boden der Sowjetunion seit 1942 ein. Im Juni 1943 gab Stalin zudem sein Einverständnis zur Anwerbung von Kriegsgefangenen. Allerdings sei nur ein Teil der etwa 2.000 Slowaken, die sich im Chaos des Rückzugs ergeben hatten, auch zum Dienst in der tschechoslowakischen Auslandsarmee bereit gewesen. Die Verfasserin zeichnet penibel den Entscheidungsprozess nach, der zum Aufbau der Fallschirmjäger-Brigade führte, die zu 70 Prozent aus Slowaken bestand. Vom Exilpräsidenten Edvard Beneš erhielten die Slowaken im Dezember 1943 nur das Versprechen, dass ihre Rechte in jeder Beziehung garantiert würden, aber nicht die gewünschte Zusage einer slowakischen Autonomie.

Im Zentrum der Arbeit steht aber der „Slowakische Nationalaufstand“ (SNP). Im sechsten Kapitel widmet sich die Verfasserin der sowjetischen Sicht auf die Vorbereitung des Aufstands. Während des Staatsbesuchs von Edvard Beneš in Moskau im Dezember 1943 wurde der Sowjetführung die Planung des Aufstands vorgestellt. Dieser sollte ausgelöst werden, wenn sich die Front der slowakischen Grenze näherte, wobei zwei in der Ostslowakei stehende slowakische Divisionen durch ihren Seitenwechsel den sowjetischen Truppen den Übergang über die Ostkarpaten erleichtern sollten. Notfalls sollte der Aufstand auch bei einem vorzeitigen deutschen Einmarsch beginnen. Die Exilregierung ging also von einem Militärputsch aus. Die sowjetischen Generäle hielten die slowakischen Divisionen selbst im Falle einer Landung der Fallschirmjäger-Brigade auf Aufstandsgebiet für zu schwach, um erobertes Territorium zu verteidigen. Zugleich verhandelte die KPČ-Führung über die Entsendung von Partisaneneinheiten in die Karpatenukraine und die Slowakei, während der Wunsch der Exilregierung nach einem eigenen Vertreter im Kiever Partisanenhauptquartier abgelehnt wurde. Dadurch konnte sich die Partisanenbewegung unabhängig von der Planung des Aufstandszentrums entwickeln. Weder die Sowjetunion noch die Moskauer KPČ-Führung verfügten bis August 1944 über eigene Kenntnisse über die Lage in der Slowakei. Anfang August trafen jedoch zwei Flugzeuge aus der Slowakei mit Vertretern der militärischen und zivilen Aufstandsführung, der KPS sowie des slowakischen Verteidigungsministers Čatloš ein, über deren Berichte und Aufnahme durch die sowjetischen und Exilorgane in Moskau die Verfasserin differenziert berichtet. Čatlošs Ziele kann sie aufgrund seiner Aussagen in Moskauer Gefangenschaft herausarbeiten. Jedenfalls entschied sich Stalin gegen jeglichen Kontakt zu diesem Quisling, um die Zusammenarbeit mit Beneš nicht zu gefährden.

Im nächsten Kapitel untersucht Mar'ina die sowjetischen Hilfsmaßnahmen für den SNP. Die Exilregierung hatte sich intensiv darum bemüht, die sowjetische Regierung zu überzeugen, dass sie beim SNP keine antisowjetischen Hintergedanken wie die polnische Regierung verfolge. Die Verfasserin gesteht ein, nicht zu wissen, warum Stalin den Befehl gab, über die Pässe der Ostkarpaten dem SNP zu Hilfe zu kommen. Denn ursprünglich war geplant gewesen, das Gebirge wegen der erwarteten hohen Verluste zu umgehen. Außerdem hatte Stalin einige Tage zuvor erfahren, dass er beim geplanten Durchbruch nicht mehr mit der Hilfe der beiden in der Ostslowakei stationierten slowakischen Divisionen rechnen konnte, die in einer Blitzaktion von den Deutschen entwaffnet worden waren. Die Ostkarpaten-Operation ist wegen der schrecklich hohen Verluste unter den Truppen der 1. Ukrainischen Front, der auch das 1. Tschechoslowakische Armeekorps eingegliedert

war, stark kritisiert worden. Die Verfasserin hält es für möglich, dass es einfach zu spät war, um die Operation abzublasen. Sie wehrt sich gegen „modische“ antisowjetische Behauptungen, die Sowjetunion habe absichtlich nicht genügend Waffen und Material an die Aufständischen geliefert, und ist der Meinung, sie habe gegeben, was ihr unter den Umständen möglich war. Während des SNP schickte das Kiever Partisanen-Hauptquartier weitere 15 Einheiten in die Slowakei. London und die Aufstandsarmee verlangten die Unterstellung der Partisanen, was Moskau und die Kommunisten aber nicht zugestanden. Gustav Husák kritisiert diese Zweigleisigkeit als Schwächung. Die Verfasserin stimmt seiner Einschätzung nicht zu, dass die Partisanen dem Aufstand eher geschadet hätten.

Für den Kampf und das Verhalten der Roten Armee in der Slowakei gebe es seit der politischen Wende kaum Interesse, stellt Mar'ina fest. Überall seien die sowjetischen Soldaten sehnsüchtig erwartet und mit Begeisterung aufgenommen worden, besonders auch das Tschechoslowakische Armeekorps. Die sowjetischen Organe hätten allerdings viele Menschen verhaftet, darunter russische und ukrainische Emigranten, Magyaren, Deutsche, aber auch Slowaken, wobei sie sich auf Listen stützten, die von örtlichen Kommunisten und Partisanen sowie dem Nachrichtendienst der Armee zusammengestellt worden waren. Die Verfasserin bezweifelt aber die großen in der slowakischen Literatur genannten Zahlen. Schnell hätten sich „Gerüchte“ über Fälle von Marodeurwesen, Raub und Vergewaltigung durch Soldaten der Roten Armee verbreitet und sich auf die Stimmung in der Slowakei ausgewirkt. Die Verfasserin weist auch auf den Einfluss der Roten Armee auf die „Wahl“ der örtlichen Machtorgane hin.

Im letzten Kapitel geht es um die Haltung der Sowjetführung zur künftigen Gestaltung der Tschechoslowakei. Stalin habe die Kommunistische Partei angewiesen, auf ihre Forderung nach einer föderativen Umgestaltung der Tschechoslowakei zu verzichten, die bei Beneš auf entschiedenen Widerstand traf. Auch in der Frage der sozialistischen Umgestaltung der Republik hielten sie sich gemäß Stalins Befehl zurück. In diesen wie anderen Streitfragen legt die Verfasserin die unterschiedlichen Positionen dar und kommt zu einem gut begründeten Urteil.

DETLEF BRANDES
Berlin/Düsseldorf

JGO 67, 2019/2, 350–352

Botakoz Kassymbekova

Despite Cultures. Early Soviet Rule in Tajikistan

Pittsburgh: University of Pittsburg Press 2016, 272 Seiten.

Kassymbekovas Buch ist aus einem Forschungsprojekt der VW-Stiftung und als Doktorarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin entstanden. Es ist ein Beitrag zur Forschungskontroverse um Stalinismus und Gewalt, vor allem aber eine Studie über die Strategien des sowjetischen *state-building*-Projektes in Tadschikistan. Der Verfasserin geht es dabei nicht um die Rekonstruktion der Ereignisgeschichte der bolschewistischen Herrschaftsetablierung in einzelnen Orten und Regionen der Sowjetrepublik, sondern um die Frage, wie und welche Strategien die Bolšewiki entwickelten,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

um die Kontrolle über diesen geographisch vielgestaltigen, ethnisch gemischten, kulturell verschiedenen, aber politisch und wirtschaftlich für die Sowjetmacht sehr wichtigen Teil Zentralasiens zu gewinnen. Kassymbekova untersucht damit einen wesentlichen Aspekt der bolschewistischen Machtübernahme am Pamir, dessen Beherrschung bereits unter den Emiren von Buchara sowie der zarischen Verwaltung des Generalgouvernements Turkestan eine nie wirklich bewältigte Herausforderung darstellte.

Methodisch geht die Historikerin dabei neue Wege, indem sie auf einen normativen Ansatz verzichtet. Sie fragt weder nach der Modernität des bolschewistischen Projekts noch nach Elementen traditioneller Herrschaft. Anstatt Anspruch und politische Praxis auf Brüche und Unvereinbarkeit zu untersuchen, werden Berichte, Pamphlete, Proklamationen und Debatten in Plenen und anderen Foren funktional als Taktiken und Ausdruck von Regierungshandeln betrachtet. Kommunikation, deren Formen und Wandlungen, ihre Leistung und Defizite stehen dabei im Zentrum der Studie. Kassymbekova untersucht, wie „Stimmen von unten“ produziert, ignoriert bzw. instrumentalisiert wurden, um Herrschaft in der jungen Sowjetrepublik durchzusetzen. Nur so, die These der Autorin, konnten die Bolševiki angesichts knapper materieller Ressourcen ihre bescheidene Revolution („small revolution“) in einer kulturell und sozial sehr komplexen Großregion sichern.

Basierend auf einem beeindruckenden Quellen-Korpus entfaltet die Verfasserin ihre Untersuchung, die bis zum Ende der stalinistischen Terrorperiode 1938 reicht. In den ersten Kapiteln analysiert sie, wie angesichts der Armut des Landes, fehlender Infrastruktur, grassierenden Hungers, einer analphabetischen Bevölkerung und Bürgerkriegswirren pure Gewalt („Soviet officials as gunmen“, S. 37) zum Mittel von Herrschaft und Verwaltungshandeln wurde. Dabei konnten die neuen Administratoren angesichts der schwierigen Verhältnisse gar nicht anders, als etwa mit traditionellen Institutionen, regionalen Clanstrukturen und Ältesten zu kollaborieren bzw. sich gemein zu machen. Denn die Herausforderungen des Territoriums sowie der wirtschaftlichen Planvorgaben zwangen die Verantwortlichen, das neue System primär lokal und regional zu organisieren, wie Kassymbekova anschaulich herausarbeitet. Die möglichst flächendeckende Präsenz sowjetischer Akteure war die wichtigste Voraussetzung der Sowjetisierung. Aber auch diese bedurfte entsprechender Kommunikationsstrukturen, die in der Regel fehlten. Badachschan war im Winter praktisch vom Rest des Landes isoliert und damit auch ein großer Teil der Bevölkerung. Umsiedlungen sollten daher Abhilfe schaffen, aber auch Arbeitskräfte für die Landwirtschaft liefern. Der Anbau von Baumwolle sollte zum wichtigsten Wirtschaftssektor Tadschikistans werden.

Umsiedelungen wurden aber auch aus ethno- und außenpolitischen Gründen durchgeführt. Tadschiken sollten in strategisch wichtigen Regionen Usbeken verdrängen, die im Gegensatz zur sesshaften Titularnation als „tribal“ und daher historisch rückständig galten. Sie wurden als Unterdrücker der Tadschiken apostrophiert und ihre Oberschicht der Kollaboration mit den Eliten Bucharas geziehen. Außerdem galten sie als militärisch gefährlich und den Basmatschi nahe stehend. „A nation to serve empire“ (S. 53), wie das entsprechende Kapitel überschrieben ist, wurden die tadschikischen Umsiedler aber eher selten, da sie in ihren neuen Siedlungsgebieten fremd blieben bzw. als Bergbewohner wenig von intensiver Landwirtschaft verstanden. Zudem „kollaborierten“ die sowjetischen Funktionäre lokal durchaus mit den Usbeken, wenn es ihnen Vorteile verschaffte.

In den weiteren Kapiteln wird die Instrumentalisierung des Justizwesens in Tadschikistan beleuchtet, wo die Moskauer Verantwortlichen auch zur persönlichen Machtsicherung darauf

verzichteten, umzusetzen, was sie vorher „gepredigt“ (S. 110) hatten, wie es Kassymbekova ausdrückt. Zudem werden die Säuberungen in Stalins „Empire of Chauvinists and Nationalists“ seit den beginnenden dreißiger Jahren, die Kollektivierung als Zentralisierungsmaßnahme sowie die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen sowjetischen Institutionen in der Zeit der Fünfjahrespläne im Spannungsfeld von ideologischen Vorgaben und den Techniken der imperialen Herrschaftspraxis vorgestellt und analysiert. So werden Entlassungen und Neuernennungen von Parteiführern sowie die offensichtlich gewollte Desorientierung der Partei- und Staatsfunktionäre über die von ihnen erwartete Politik bzw. zu gewärtigenden Sanktionen von Kassymbekova mit überzeugenden Belegen als bewusste Strategie Moskaus dem Leser vor Augen geführt. Sie ermöglichte es Stalin, in allen Fragen auch im entferntesten Winkel des Sowjetreiches als letzte Instanz Entscheidungen zu treffen und die Kontrolle zu behalten.

Allerdings konnte Moskau so keine validen Informationen über die wahren Verhältnisse erhalten. Denn wie die gesamte Sowjetunion war auch Tadschikistan ein Ort der Lügen und Vertuschungen („a place of liars“, S. 160). Von den Bauern angefangen, die ihre grotesk überhöhten Produktionsziele nicht erreichen konnten, bis hin zu den Staats- und Parteifunktionären, die aus Angst falsche Angaben machten, suchten alle Zuflucht im Lügen, so die Autorin, und Moskau wusste dies. Daher der permanente Kampf gegen Lügner und Konterrevolutionäre sowie immer neue Strategien des Zentrums zur Informationsgewinnung und Sicherung der Kontrolle über die Verhältnisse. Diese geradezu absurde Situation bringt Kassymbekova mit der Feststellung auf den Punkt, dass der Versuch des sowjetischen Zentrums, Ziele, Programme und Entscheidungen zu kontrollieren – bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den lokalen Bedingungen und entsprechenden Anpassungen – Spannungen und Misstrauen zwischen den Macht-Eliten in Moskau und ihren Untergebenen vor Ort hervorrufen musste. Wenn man sich dann noch vor Augen halte, dass die sowjetischen Verlautbarungen selbst von Funktionären als opak und wenig zuverlässig betrachtet wurden, dann schien die Anwendung von Terror ein adäquates Mittel zur Lösung von Fragen der Disziplin und Kontrolle.

Botakoz Kassymbekovas Studie belegt auf das Anschaulichste, wie die Etablierung des Sowjetsystems in Tadschikistan moderne wie traditionelle Herrschaftsformen verband, keinem festen Plan folgte, ja nicht einmal folgen konnte. Sowjetisches Regierungshandeln und Herrschaftssicherung waren oft situativ bestimmt, verliefen weitgehend improvisiert und basierten auf sich widersprechenden Strategien und Taktiken. Raum und Zeit waren mächtiger als ideologische Konzepte. Kassymbekovas Buch beseitigt ein Desideratum der Geschichte Tadschikistans und ist ein sehr wichtiger Beitrag zum Verständnis der Zusammenhänge von Stalinismus und Gewalt nicht nur am Pamir.

RUDOLF A. MARK
Hamburg



JGO 67, 2019/2, 353–354

Deniz-Osman Tekin

Von Sèvres nach Lausanne. Die Neuordnung Südosteuropas

Stuttgart: Ibidem, 2015. 217 S., 10 Ktn., 3 Abb., 5 Tab. ISBN: 978-3-8382-0580-9.

Im „langen 19. Jahrhundert“ kam es zwischen den Großmächten immer wieder zu Spannungen und Konflikten. Nicht zuletzt war die südosteuropäische Region stark davon betroffen. Insbesondere der Wettstreit um das ersehnte Erbe „des kranken Mannes am Bosphorus“ und die darauffolgenden Grenzziehungen hatten gravierende Folgen für die einzelnen Staaten sowie deren ethnische und kulturelle Vielfalt. Besonders einschneidend war das, weil sich gerade Südosteuropa immer durch seine Heterogenität auszeichnet hat.

Die Studie von Tekin Deniz-Osman „setzt sich mit der Neuordnung des südosteuropäischen Raumes vom 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts und den damit einhergehenden Konsequenzen für die betroffenen Menschen auseinander“ (S. 17). Der Autor verfolgt dabei zwei Ziele. Zum einem stellt er „die Aufteilung und Neuordnung der ehemals osmanischen Gebiete“ vom Berliner Kongress über Sèvres bis Lausanne dar, zum anderen geht er der Frage nach, „welche Folgen dies für die Landkarte, Politik und Ethnien der Region hatte“ (S. 17). In den Vordergrund seiner Forschung rückt er dabei die Friedensverträge von Sèvres und Lausanne sowie die armenische Tragödie von 1915.

Das vorliegende Werk besteht aus acht Teilen. Nach einer kurzen Einführung, in der Deniz-Osman seine Ziele und Vorgehensweise erläutert (Teil 1, S. 15–17), zeigt er im zweiten Teil der Studie die Heterogenität Südosteuropas aus naturräumlicher und kulturgeographischer Perspektive auf (S. 19–30). Unter dem Begriff „Südosteuropa“ versteht der Autor einen Raum „ohne Natur- und Staatsgrenzen, dafür aber mit breiten Übergangszonen der Kulturlandschaften“ (S. 23). Zu diesem Raum zählt er u. a. die Territorien des heutigen Serbiens, Albanien, Makedoniens, Kroatiens.

Die nächsten drei Teile bilden das Herzstück der Forschung. Im dritten Teil skizziert der Autor zunächst ganz allgemein und wohl zu weit chronologisch zurückreichend die Geschichte der drei Vielvölkerstaaten – des Russischen Reiches, der Habsburgermonarchie Österreich-Ungarn und des Osmanischen Reiches – und berücksichtigt dabei deren ethnische und kulturelle Besonderheiten (S. 31–41). Dann verfolgt er den Prozess der „Balkanisierung“ des südosteuropäischen Raumes, der diese Region in das „Pulverfass Europas“ verwandelte. Er veranschaulicht die Veränderungen der Staatsgrenzen vom Berliner Kongress bis zum Vertrag von Sèvres (S. 41–64) sowie von Sèvres bis Lausanne (S. 64–68).

Im vierten Teil liefert Deniz-Osman einen Überblick über die Bewertung der Friedensverträge von Sèvres und Lausanne aus türkischer Perspektive (S. 69–81). Die schwerwiegenden Folgen der Homogenisierungspolitik Südosteuropas analysiert er am Beispiel der armenischen Tragödie (S. 83–116). Am Ende der Forschung macht der Autor „ungelöste Territorialprobleme“ sowie eine „Verabsolutierung der Nation“ für ethnische Konflikte verantwortlich (Teil 6, S. 117–119). Dem Werk wurden zahlreiche Anhänge (Teil 8, S. 129–217) sowie ein Glossar (S. 9–13) beigelegt. Außerdem verfügt es über ein Quellen- und Literaturverzeichnis (Teil 7, S. 121–128), historische Landkarten und Statistiken.

Insgesamt hinterlässt die Studie von Tekin Deniz-Osman einen ambivalenten Eindruck. Einerseits ist das Werk gut fundiert sowie logisch und strukturiert aufgebaut. Ein großer Vorteil der Studie ist eine interdisziplinäre und quellengesättigte Schilderung der „Neuordnung Südosteuropas“. Die Schlussfolgerungen des Autors sind nachvollziehbar. Eine der wesentlichen Stärken des Buches stellt die Heranziehung einer Vielzahl von türkischsprachigen Primär- und Sekundärquellen dar. Trotz der stellenweise schwierigen Terminologie ist das Buch einfach zu lesen.

Andererseits wurden in der Studie einige Aspekte nur oberflächlich erörtert bzw. kaum erwähnt. Es fehlt z. B. eine detaillierte Beleuchtung der machtpolitischen Interessen aller Beteiligten während der Verhandlungen über die Friedensverträge. Außerdem wäre eine grundlegende Quellenkritik der Erinnerungen an die armenische Tragödie eine Bereicherung gewesen.

Auch die Proportionen zwischen den Kapiteln lassen etwas zu wünschen übrig. Die Geschichte Südosteuropas wird auf fast 30 Seiten abgehandelt, was im Hinblick auf die Seitenanzahl zum eigentlichen Thema (55 Seiten) als etwas zu lang erscheint. Der Anhang (89 Seiten) wäre wohl auch verzichtbar gewesen, weil alle Friedensverträge und Konventionen im Internet leicht zu finden sind.

Ungeachtet dieser Schwachstellen stellt die Studie von Tekin Deniz-Osman eine sinnvolle und anregende Ergänzung zur bisherigen Historiographie dar. Das vorliegende Werk trägt dazu bei, einige Leerstellen in der facettenreichen Geschichte Südosteuropas „von Sèvres nach Lausanne“ zu füllen.

EKATERINA S. LJUBOMIROVA
Moskva

JGO 67, 2019/2, 354–356

Esther Abel

Kunstraub – Ostforschung – Hochschulkarriere.

Der Osteuropahistoriker Peter Scheibert

Paderborn: Schöningh, 2016. 285 S. ISBN: 978-3-506-78543-5.

Peter Scheibert war ein streitbarer Mensch, mit dem „Drang aufzufallen“ (S. 249 f.). Oder mit den Worten Dietrich Geyers 1985 in der „Zeit“: „der vielleicht temperamentvollste deutsche Osteuropahistoriker [...], ein Mann, der noch als Emeritus mit der Erfahrung lebt, den Protagonisten der bolschewistischen Revolution in den sechziger und siebziger Jahren an der Philipps-Universität in Marburg begegnet zu sein“. Esther Abel hat in ihrer Bochumer Dissertationsschrift mit Scheibert einen prominenten Historiker porträtiert. Mithilfe einer sozialgeschichtlichen Biographie ordnet sie ihn in sein historisches Umfeld ein. Die Autorin interessiert sich dafür, wie sich der Forscher und der Lehrer Scheibert in der Waffen-SS, dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), in der Nachkriegszeit, im wissenschaftlichen Umfeld und in der Universität verhielt, wie er mit seiner Vergangenheit umging und wo er im Feld der Osteuropäischen Geschichte einzuordnen ist. Dies ist der Autorin eindrucksvoll und quellengesättigt gelungen.

Scheibert, 1915 geboren, trat mit 18 in die SA ein und studierte in Berlin, Breslau und Königsberg Geschichte, Kunstgeschichte, Philosophie und Slawistik. Zu seinen bedeutendsten Lehrern gehörten Otto Hoetzsch und Hans Uebersberger, sein späterer Doktorvater. In seiner Dissertation untersuchte er die russische Finnlandpolitik unter den Kaisern Alexander I. und Nikolaus I. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs veränderte sich Scheiberts Aufgabenbereich: Aus dem Wissenschaftler wurde ein Mitarbeiter im Auswärtigen Amt. Seine Tätigkeit in der „Kommission zur Auswertung erbeuteter Akten“ führte ihn 1940 nach Warschau. Wenig später beteiligte sich der Historiker als Mitarbeiter des sogenannten Sonderkommandos Künsberg am Kunst- und Kulturrab in Osteuropa (S. 44).

Der Historiker arbeitete an der Sichtung von Aktenmaterial und fungierte vielfach als Dolmetscher – seine Sprachenkompetenz wurde auch in späteren Jahren stets gelobt. Bei seinem Einsatz um die Sicherstellung von Akten in Stalingrad machte Scheibert auf Korruption und andere Verfehlungen seiner Kollegen aufmerksam – 1942 warf man ihm deswegen „Wehrkraftzersetzung“ vor. Ihm wurde trotz dieser Anklage lediglich ein Verweis ausgesprochen, da er sich durch „Unerschrockenheit und Mut bewährt“ habe (S. 73). Jahrzehnte später rechtfertigte er sich in autobiographischen Skizzen für seine Haltung: „Der Russlandfeldzug war [...] mehr und mehr entartet zu einem Raubzug.“ (S. 74) Dabei war er anfangs überzeugt gewesen, mit „kultivierten Leuten“, so Scheibert über die SS, auf die „Bildung einer europäischen Elite“ hinzuarbeiten. (S. 78) Doch in den besetzten Gebieten erblickte er lediglich „eine schwammige Masse von in der Regel korrupten Bonzen“ (S. 74).

In ihrer Auseinandersetzung mit Scheiberts Rolle im Sonderkommando Künsberg liefert Esther Abel eine Geschichte dieses Tätigkeitsbereichs der „Ostforscher“. Immerhin hatten die „Forscher“ insgesamt 304.697 Werke gestohlen: Bücher, Karten, Archivalien, Kunst- und Museumsgegenstände. Die Arbeit des Sonderkommandos ordnet die Autorin so zurecht „in den Kontext kolonialer Ausbeutung und rassistischen Größenwahns“ ein (S. 89). Eine Frage bleibt dabei offen: Hat sich Scheibert persönlich bereichert? (S. 119) Zumindest ist die Herkunft seiner Ikonensammlung unbekannt. Testamentarisch vermachte er diese Stücke der Marburger Universität.

Im Sommer 1944 wurde Scheibert wieder in das Auswärtige Amt überstellt – zur Arbeit im Konsulat des ungarischen Kaschau. Hier musste er von der Verschleppung der ungarischen Juden erfahren und kam dadurch mit dem Holocaust in Berührung. Anschließend ist Scheiberts Weg von seiner Biographin bis 1948 kaum mehr nachzuvollziehen. Seine Tätigkeiten, seine Aufenthaltsorte bleiben für fast drei Jahre im Dunkeln.

Erst mit seinem Entnazifizierungsverfahren bekommt Esther Abel ihren Protagonisten wieder mit Quellen zu fassen. „In Russland habe ich in den beiden ersten Kriegssommern nach Akten gesucht, was eine völlig normale Tätigkeit ist“, erklärte er 1949. Ein Jahr später entnazifiziert, setzte er seine wissenschaftliche Karriere fort: 1956 habilitierte er sich bei Theodor Schieder in Köln mit der Arbeit „Von Bakunin zu Lenin“. Einer Karriere in der Bundesrepublik standen seine Tätigkeiten im Krieg nicht mehr im Wege.

1959 folgte Scheibert einem Ruf auf das Extraordinariat für Osteuropäische Geschichte nach Marburg. Er strebte danach, in Mittelhessen einen eigenen Schülerkreis „heranzuzüchten“ (S. 181). Esther Abel bezweifelt, ob Scheibert „schulbildend“ war. Es fehlte an einem gemeinsamen theoretisch-methodischen Ausgangspunkt und an längerfristiger Ausstrahlungskraft (S. 183 f.). Der Umgang mit zwei „Schülern“ lässt zudem Zweifel an Scheiberts wissenschaftlicher und persönlicher

Beweglichkeit anmelden. Es geht um die Habilitation von Richard Lorenz und um das Verhältnis zu seinem Assistenten Heiko Haumann – beide späterhin namhafte Osteuropahistoriker.

Mit der Marburger Studentenbewegung wusste Scheibert nicht recht umzugehen. Er hatte Angst vor der Abschaffung der „Ordinarienuniversität“ (S. 190 f., 199) – Esther Abel spricht ihm in diesem Kontext eine „Herrenmentalität“ zu (S. 192). Gegenüber Haumann, der sich für die Gründung eines „Anstaltsbeirats“ ausgesprochen hatte, verhielt sich der Hochschullehrer fortan feindlich. Der Konflikt eskalierte: „Der Spiegel“ berichtete über die Auseinandersetzung zwischen Haumann und Scheibert im Sommer 1971 (S. 196). Die Sympathien der Studentenschaft und der Journalisten lagen bei Haumann, Scheibert kämpfte trotzdem weiter, wobei vor allem seine Vorbehalte gegen Nichthabilitierte, denen jegliche fachliche Kompetenz fehle (S. 197), deutlich wurden.

Ähnlich verlief der Konflikt mit Richard Lorenz. Nach Jahren der Kollegialität stuft Scheibert im Dezember 1970 die Habilitationsschrift von Lorenz als „gelingen“ ein; nur drei Monate später beurteilte er das Werk äußerst negativ. Nach der gegen seinen Willen erfolgten Habilitation tobte Scheibert und trat um sich – mit Briefen an seine Fachkollegen, mit gerichtlichen Klagen, mit direkten Angriffen auf Lorenz (S. 210 f.).

Zur selben Zeit, Anfang der siebziger Jahre, thematisierten die Studierenden Scheiberts NS-Vergangenheit. Seine SS- und Partei-Mitgliedschaften konnte er nicht verschweigen, wohl aber wehrte er sich gegen den Vorwurf, ein Kunsträuber zu sein (S. 223). Scheibert zog sich verbittert zurück. 1980 wurde er emeritiert. Ein Jahr später schrieb er Gotthold Rhode in Mainz: „Meine letzten Semester sind hier glanzlos zu Ende gegangen. Mich hat der Boykott der Studenten doch sehr getroffen.“ (S. 228)

Die Autorin weiß ob der Leerstellen in Scheiberts Biographie. Andererseits geht sie vielleicht zu schnell über einen wichtigen Teil seines Lebens hinweg, über seine Homosexualität (S. 13). Dies hätte durchaus stärkere Aufnahme verdient: Wie war das Leben als Homosexueller in der SS? Wie als Professor in der so biedereren frühen Bundesrepublik? Scheibert musste viele Jahre heimlich sein Leben genießen – dies wird doch auch eine Rolle bei seinen Handlungen gespielt haben?

Mit seinem Tod 1995 endete das Leben einer Forschergestalt, die bis heute als Marburger Professor und „Ostforscher“ hoch interessant ist und zwischen seinen „Schülern“ polarisiert. Esther Abel hat mit ihrer Biographie weit mehr geleistet, als den streitbaren Mann von vielen Seiten zu beleuchten; sie hat eine Geschichte des Fachs Osteuropäische Geschichte, des Kunstraubs, der Ostforschung und der Hochschulkarrieren nach 1945 vorgelegt – samt einer kritischen Würdigung von Scheiberts wissenschaftlichem Gesamtwerk (S. 230–244).

JÖRN HAPPEL

Basel



JGO 67, 2019/2, 357–358

David R. Verbeeten

The Politics of Nonassimilation. The American Jewish Left in the Twentieth Century

DeKalb, IL: Northern Illinois University Press, 2017. IX, 229 S.

ISBN: 978-0-87580-753-9.

In seiner Studie über linksorientierte Juden in den USA gelingt es David Verbeeten, den bisherigen Forschungsstand mit neuen Erkenntnissen voranzubringen. Ausgangspunkt ist die Fragestellung: Warum fühlten sich jüdische Einwanderer aus Osteuropa und ihre Nachkommen zu linken, aufklärerischen und radikalen politischen Positionen stärker hingezogen als andere? Abweichend von bisherigen Begründungen, wonach Juden das Erbe von Aufklärung und Emanzipation mit sich in die USA gebracht und hier zunächst Not und Entbehrung kennengelernt sowie radikalisierte Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht hätten, sieht Verbeeten einen engen Zusammenhang zwischen linker Orientierung und dem Beharren auf ethnischer Differenz unter dem Druck einer rasanten Verweltlichung. Ausgehend von einer jüdischen „Selbstmarginalisierung“ (S. 6) stellt der Verfasser in weiten Teilen der jüdischen Gemeinschaft in den ersten drei Generationen seit der Einwanderung aus Osteuropa Abwehr und Verweigerung der (völligen) Assimilation fest. Verbeeten führt dies in drei Kapiteln aus, die sich – mit stetem Bezug auf das einschlägige Material in US-amerikanischen Archiven – dem Lebensweg von Alexander Bittelman (1890–1982), dem Verband American Jewish Congress und der Gruppierung New Jewish Agenda widmen, die jeweils für die drei untersuchten Generationen stehen.

Bittelmans politische Karriere lässt sich anhand seiner ausführlichen Selbstbiografie nachvollziehen. Er stammte aus kleinen Verhältnissen im ukrainischen Berdičev, besuchte eine religiöse Schule (*Cheder*), doch als Jugendlicher wandte er sich vom Glauben ab und schloss sich der jüdischen sozialistischen Arbeiterpartei Bund an. Seine gegen das Zarenregime gerichtete politische Tätigkeit brachte ihm eine einjährige Verbannungsstrafe in Nordrussland ein, nach deren Verbüßung er in die USA ausreiste: Anfang 1912 traf er in New York ein.

In den Vereinigten Staaten war Bittelman ein halbes Jahrhundert lang einer der führenden Politiker der sozialistischen und kommunistischen Linken. Als solcher hieß er die bolschewistische Revolution willkommen, später reiste er mehrmals zu Besprechungen nach Moskau und war von dort aus einige Zeit selbst für die Kommunistische Internationale tätig. In den USA hatte er wechselnde Positionen in radikalen Splitterparteien und deren Publizistik inne.

Die meiste Zeit lebte Bittelman in oder bei New York, wo sich auch der Großteil der jüdischen Ankömmlinge niederließ. Die Lage der ostjüdischen Einwandererinnen und Einwanderer war zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der unerwarteten Erfahrung geprägt, sich in einer säkularen, großstädtischen Umgebung zurechtfinden zu müssen. Mehr als andere nutzten sie die Chancen, die ihnen ein rascher ökonomischer Aufstieg bot. Doch viele blieben kritisch gegenüber den gesellschaftlich anerkannten Werten. Osteuropäische Juden integrierten sich in der neuen Heimat weit weniger in die Mehrheitsgesellschaft als die übrigen Einwanderergemeinschaften. Und weit stärker als diese hatten sie ihre Vorlieben für die politische (radikale) Linke – auch dann noch, als immer mehr von ihnen nicht zu den einfachen Arbeitern, sondern zu den Arrivierten zählten. „Ethno-

centricity and radicalism were complementary“, bringt es Verbeeten auf den Punkt (S. 54), denn jene Vorkämpfer des Radikalismus in den USA hörten nicht auf, sich als Juden zu fühlen, sondern bewahrten gewöhnlich ihre jüdische Identität (S. 59).

Trotz seines Bekenntnisses zum Internationalismus trat Bittelman für eine multikulturelle Gesellschaft ein (S. 60). In seinen Augen fielen die Verbundenheit mit dem Jüdischsein – oder jüdischen Anderssein – und die sozialistische Vision zusammen (S. 64). Er machte die Kehrtwendungen der sowjetischen Politik mit, die er – ebenso wie sein eigenes jüdisches Volk – durch das nationalsozialistische Deutschland bedroht sah. Aus einem Schuldgefühl heraus setzte er sich für das „Überleben der Juden als Nation“ ein (S. 33), ehe er in den USA seit 1948 wegen seines nun für umstürzlerisch erachteten Einsatzes für den Kommunismus verfolgt wurde. Während einer dreijährigen Gefängnishaft erfuhr er von Chruščevs Kritik an den Stalin'schen Herrschaftsmethoden. Bittelmans bisherige Verkennung der Sowjetunion wich einer realistischeren Einschätzung.

Wie der Autor im zweiten Kapitel darlegt, verschaffte der Anschluss an die Partei der Demokraten, Roosevelts *New Deal* und die Bürgerrechtsbewegung der 2. Generation erheblich größeren politischen und gesellschaftlichen Einfluss. Dabei zeige die von ihm analysierte Tätigkeit der Interessenvertretung American Jewish Congress, dass deren politische Vorhaben „were mostly informed by ethnic Jewishness and its defense“ (S. 119). Damit war sie erheblich erfolgreicher als die Elterngeneration. Einem scharfen Gegenwind war dagegen in der 3. Generation die Gruppierung New Jewish Agenda ausgesetzt, die in den 1980er Jahren die Einhaltung liberaler Standards auch bei Juden in den USA und vor allem in Bezug auf Israel kritisch anmahnte.

Die jüdische Linke in den USA verdankt ihr Entstehen nicht der Notwendigkeit, dem Antisemitismus Paroli zu bieten („The Jewish Left was not simply anti-antisemitic“, S. 5), denn die seinerzeit gängigen antijüdischen Vorurteile bedeuteten für die Juden keine ernste Bedrohung. Heute ist dagegen offen, wie sich das Abdriften Israels und seines „nationalistischen Ethos“ (S. 164) von den zunehmend multikulturelle(re)n Gesellschaften in Westeuropa und Nordamerika auswirken wird. Für die darüber anstehenden Diskussionen und für weitere Forschungsbemühungen hat David Verbeeten eine wichtige Grundlage gelegt.

KLAUS-PETER FRIEDRICH
Marburg/Lahn

JGO 67, 2019/2, 358–360

Karl Schlögel

Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen

München: Hanser, 2016. 352 S. ISBN: 978-3-446-24942-4.

Karl Schlögel, der wie wenig andere Russland kennt und mit Sympathie betrachtet, merkte angesichts der Ereignisse auf dem Kiewer Majdan, dass die Ukraine – immerhin der zweitgrößte Flächenstaat Europas – im allgemeinen Bewusstsein nicht präsent ist. Soweit bis dahin überhaupt die Existenz eines Gebietes mit diesem Namen bekannt gewesen sei, habe man damit die Vorstellung

nicht eines eigenen Landes, sondern irgendeines russischen Teilstücks verbunden. Es sei an der Zeit, endlich mit der aus dem Zaren- und Sowjetreich stammenden Gewohnheit Schluss zu machen, das gesamte Territorium, das früher einmal politisch dazu gehört hat, als Russland anzusehen und ihm damit insgesamt eine russische Nationalität zuzuschreiben, die sogar in den slawischen Westgebieten Ukraine und Weißrussland irreal und im Baltikum, im Kaukasus und in Zentralasien vollends absurd ist, aber der früheren Gewohnheit entspricht, diese Länder als Provinzen oder auch Kolonien zu betrachten und zu behandeln. Schlögel stellt klar: Wenn man nach der Selbstauflösung der UdSSR daran festhält, ihre früheren Bestandteile pauschal als Russland zu bezeichnen, unterstützt man faktisch die kolonialen Ambitionen des Kremls.

Wie überzeugend dargelegt wird, hat das gravierende Auswirkungen. Namentlich bezieht sich das Schuldgefühl, das die Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion und das folgende Wüten auf ihrem Territorium weckt, nur auf „die Russen“. An ihnen habe man daher etwas gutzumachen. Tatsächlich jedoch hatten die Ukrainer am meisten zu leiden; ihre Verluste und Verheerungen waren ungleich größer. Jeder sechste von ihnen verlor sein Leben; von insgesamt 2,6 Millionen sowjetischen Zwangsarbeitern wurden 2,1 Millionen aus der Ukraine verschleppt; ihre Städte und ihre Industrie waren mit wenigen Ausnahmen zerstört; vielfach wurden auch die Dörfer verwüstet. Lässt man die Schuld der Vergangenheit nur gegenüber Russland gelten und nimmt deswegen bei Konflikten für den Kreml Partei, dann kommt – in direkter Umkehrung dessen, was im Verhältnis zu der am schlimmsten zugerichteten Seite geboten wäre – der emotionale Bonus den Aspirationen eines Regimes zugute, das die Ukraine als ihm zustehenden Besitz beansprucht, ihre Rechte in Abrede stellt und ihre Existenz bedroht. In Moskau beschuldigt man den Westen der Komplizenschaft mit den abtrünnigen, wie es heißt, „Faschisten“ in Kiew und rechtfertigt damit zugleich eine generelle Ablehnung der liberalen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung.

Der Kreml begründet seine Haltung mit dem Argument, der Westen habe – so wie es einst die deutschen Faschisten versucht hätten – Russland durch die Auflösung der Sowjetunion seines Ranges und seiner Größe beraubt. Diese „größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ müsse wieder rückgängig gemacht werden. Der behauptete Opferstatus gibt demnach der russischen Seite das Recht, ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Normen und vertragliche Zusagen auf eine Revision des Status quo hinzuarbeiten. Die Klage, erniedrigt worden zu sein, dient damit einer – sich zur Zeit vor allem gegen die ‚abtrünnige‘ Ukraine richtenden – imperialistischen Politik. Die Begriffe werden verwirrt: Aggression gilt als Aggressionsabwehr und umgekehrt. Durch die gleichzeitig betriebene Aufrüstung soll Eskalationsdominanz hergestellt werden, welche die hybride Kriegführung und die Destabilisierungsversuche absichert. Das hat negative Folgen nicht nur für die bedrohte Ukraine. Auch Russland leidet darunter, weil die Energie auf auswärtige Ziele gerichtet ist, was auf Kosten der dringend erforderlichen Modernisierung im Innern geht. Die Führung im Kreml vernachlässigt eklatant die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung. Statt an die Lösung der Aufgaben im eigenen Land zu gehen, hält sie es für wichtiger und, wie Schlögel vermutet, auch leichter, ein konfrontatives Verhältnis zum Westen zu schaffen und diesen für alle Mängel und Übel verantwortlich zu machen.

Die westliche Seite wird durch die russische Politik fundamental herausgefordert. Dabei geht es nicht nur um die Durchsetzung der Unabhängigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Ukraine. Die nach dem Ende des Kalten Krieges geschaffene Ordnung wird generell in Frage gestellt. Das Vorgehen Moskaus macht die Gewalt zur Dominante der internationalen Beziehungen

und verhindert die Regelung von Streitfragen mittels Verhandlungen. Diese erweisen sich als nutzlos, wenn es der anderen Seite mit der Bereitschaft zum „Dialog“ nicht ernst ist, weil sie auf die Wirksamkeit des Gewaltgebrauchs setzt. Schlögel befürchtet, dass diese Herausforderung von den Regierungen und der Öffentlichkeit im Westen noch nicht verstanden worden ist. Wird Europa standhalten und die Einheit wahren? Den Politikern dort fällt es schwer zu akzeptieren, dass die Zeit vorbei ist, als sich die Sicherheitsprobleme einvernehmlich mit dem Kreml lösen ließen, und zögern daher, daraus die Konsequenz des vollen Einsatzes für die Unabhängigkeit und die Demokratie der Ukraine zu ziehen. Der russischen Eskalationsdominanz müsse Einhalt geboten und jede Erpressbarkeit vermieden werden.

Die Gleichgültigkeit, die dem Kampf der ukrainischen Demokraten für die Unabhängigkeit ihres Landes und seine Hinwendung zum Westen verschiedentlich entgegengebracht wird, resultiert, wie Schlögel darlegt, auch daraus, dass die Revolution auf dem Kiewer Majdan nicht der Vorstellung von einer „wahren“ Revolution im „postheroischen“ Zeitalter entspricht, die friedlich verläuft, weil die Machthaber, deren Regime längst brüchig geworden waren, dem Druck der protestierenden Massen rasch nachgeben. Diese Bilder aus dem Jahr 1989 haben sich dem Bewusstsein als scheinbarer Normalfall eingepägt. Das brutale Vorgehen der Unterdrücker auf dem Majdan 2013/14, der heldenhafte Widerstand oppositioneller Kräfte und das in Strömen geflossene Blut passen nicht dazu und veranlassen eher zu misstrauischer und schockierter Distanzierung als zu Sympathie und Identifikation. Dabei werde vergessen, dass man es damals in der Ukraine mit völlig anderen Verhältnissen zu tun hatte als im sich schon auflösenden äußeren Sowjetimperium, wo Gorbatschows Wille zum Verzicht auf Gewalt letztlich den Geschehensverlauf bestimmte. Und man lasse auch außer Betracht, dass die Revolutionen, die in früheren Zeiten zur Grundlage der Liberalität und Demokratie im Westens geworden sind, weithin eher den Ereignissen auf dem Majdan als dem Umbruch von 1989 glichen.

Der Darstellung dieser und anderer politischer Zusammenhänge widmet Schlögel die ersten Kapitel. Ein zweiter Teil enthält auf persönlicher Anschauung beruhende informative und einfühlsame Porträts wichtiger ukrainischer Städte, die dem Leser ihre heutige Gestalt und ihre historische Entwicklung vor Augen führen. Die Spezifika von Kiew, Odessa, Charkiv, Dnipropetrovsk (das inzwischen auf den Namen des Sowjetfunktionärs verzichtet hat und nur noch Dnipro heißt), Černivci, Lwiw sowie Jalta (noch vor der Annexion der Halbinsel Krim) und Doneck (nach seiner gewaltsamen Abtrennung) zeigen die vielfältigen Prägungen des Landes, die es als „ein Europa im Kleinen“ erscheinen lassen, machen aber auch in bedrückender Weise deutlich, wie sehr dieses in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert eine Kernzone der „Bloodlands“ (Timothy Snyder) im europäischen Osten war, die jetzt erneut zum Objekt eines blutigen Konflikts geworden ist.

GERHARD WETTIG

Kommen



Außerdem wurden auf recensio.net Besprechungen in rein elektronischer Form als jgo.e-reviews 2018, 4 zu folgenden Büchern veröffentlicht:

- Al'fred Ajsfel'd [Alfred Eisfeld]: Delo „Nacional'nogo sojuza nemcev na Ukraine“. 1935–1937 gg. Dokumenty i materialy. (HIROAKI KUROMIYA)
- Ina Alber-Armenat, Claudia Kraft: Geschlecht und Wissen(schaft) in Ostmitteleuropa. (NATALI STEGMANN)
- Vladimir S. Bajkov: 1956. Vengrija glazami očevidecv. (ANDREAS HILGER)
- Marta Jadwiga Bąkiewicz: An der mittleren Oder. Eine Kulturlandschaft im deutsch-polnischen Grenzraum. (CHRISTOPHE VON WERDT)
- OLIVER BANGE: Sicherheit und Staat. Die Bündnis- und Militärpolitik der DDR im internationalen Kontext 1969 bis 1990. (GERHARD WETTIG)
- Oliver Bange, Poul Villaume: The Long Détente. Changing Concepts of Security and Cooperation in Europe, 1950s–1980s. (GERHARD WETTIG)
- V. A. Berdinskich, I. V. Berdinskich, V. I. Verem'ev: Sistema specposelenij v Sovetskom Sojuze 1930–1950-ch godov. Monografija. (DMYTRO MYESHKOV)
- Thomas M. Bohn, Rayk Einax, Stefan Rohdewald: Vlad der Pfähler – Dracula. Tyrann oder Volks-tribun? (HANS EDELMAIER)
- Marina Dmitrieva, Lars Karl, Paweł Gorszczyński: Das Jahr 1813, Ostmitteleuropa und Leipzig. Die Völkerschlacht als (trans)nationaler Erinnerungsort. (PAUL SRODECKI)
- Elzbieta Katarzyna Dzikowska, Agata Handley, Piotr Zawilski: The Great War. Insights and Perspectives. (JAKUB RÁKOSNÍK)
- Aleksandr A. Fokin: „Kommunizm ne za gorami“. Obrazy buduščego u vlasti i naselenija SSSR na rubeže 1950–1960-ch godov. (MARTIN WAGNER)
- Alexander Friedman, Rainer Hudemann: Diskriminiert – vernichtet – vergessen. Behinderte in der Sowjetunion, unter nationalsozialistischer Besatzung und im Ostblock 1917–1991. (IRINA P. PAVLOVA)
- Klaus Garber, Axel E. Walter: Siebenbürgen. Eine frühneuzeitliche Kulturlandschaft in Mitteleuropa im Spiegel ihrer Literatur. (HARALD ROTH)
- Urs Heftrich, Robert Jacobs, Bettina Kaibach, Karoline Thaidigsmann: Images of Rupture between East and West. The Perception of Auschwitz und Hiroshima in Eastern European Arts and Media. (NATALI STEGMANN)
- Stefan Karner: Auf den Spuren Wallenbergs. (GERHARD WETTIG)
- V. M. Kirilov, S. L. Razinkov, L. I. Borodkin: Kniga Pamjati Nemcev-Trudarnejcevoj ITL Bakalstroj-Čeljabmetallurgstroj 1942–1946. V 4-ch tomach. T. 4. (HANS-CHRISTIAN PETERSEN)
- Sergej V. Kretinin: Germanija i Rossija. Sobytija, obrazy, ljudi. Sbornik rossijskogo-germanskich issledovanij. Vyp. 11. (GERHARD WETTIG)
- Viktor Krieger: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen. (KATRIN BOECKH)
- Elena N. Marasynova: „Zakon“ i „graždanin“ v Rossii vtoroj poloviny XVIII veka. Očerki istorii obščestvennogo soznaniija. (EKATERINA MAKHOTINA)
- Oleg B. Mozochin: Statističeskie svedenija o dejatel'nosti organov VČK-OGPU-NKVD-MGB (1918–1953 gg.). Statističeskij spravočnik. (ZAUR GASIMOV)

- Doubravka Olšáková: In the Name of the Great Work. Stalin's Plan for the Transformation of Nature and Its Impact in Eastern Europe. (OLAF MERTELSMANN)
- Liviu Pilat, Ovidiu Cristea: The Ottoman Threat and Crusading on the Eastern Border of Christendom during the 15th Century. (LUCIEN FRARY)
- Viktorija G. Šaronova: Istorija ruskoj émigracii v Vostočnom Kitae v pervoj polovine XX veka. (HIROAKI KUROMIYA)
- Adamantios Th. Skordos: Griechenland im Kontext des östlichen Europa. Geschichtsregionale, kulturelle und völkerrechtliche Dimensionen. (VAIOS KALOGRIAS)
- Olivia Spiridon: Textfronten. Perspektiven auf den Ersten Weltkrieg im südöstlichen Europa. (DARIA KOZLOVA)
- Abraham Teitelbaum: Warschauer Innenhöfe. Jüdischer Leben um 1900. Erinnerungen. (HANNA KOZIŃSKA-WITT)
- Stefan Troebst: Zwischen Arktis, Adria und Armenien. Das östliche Europa und seine Ränder. Aufsätze, Essays und Vorträge 1983–2016. (KURT SCHARR)
- N. A. Volynčik: Posle Stalina. Reformy 1950-ch godov v kontekste sovetskoj i postsovetskoj istorii. Materialy VIII meždunarodnoj konferencii, Ekaterinburg, 15–17 oktjabrja 2015 goda. (MARTIN WAGNER)
- Matthias Winterschladen, Diana Ordubadi, Dittmar Dahmann: Auf den Spuren der modernen Sozial- und Kulturanthropologie. Die Jesup North Pacific Expedition (1892–1902) im Nordosten Sibiriens. (MARTINA WINKLER)
- Maria Zadencka, Andrejs Plakans, Andreas Lawaty: East and Central European History Writing in Exile 1939–1989. (KAI JOHANN WILLMS)

